

16. Wahlperiode

5. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 18. Januar 2007

Inhalt	Seite	Inhalt	Seite
Geschäftliches		Antrag: Flächennutzungsplan aus dem Jahr 1994 den aktuellen Bevölkerungsprognosen anpassen	
Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde		Drs 16/0132	312
Sandra Scheeres (SPD)	259	Antrag: Ausbau der Beratung und Unterstützung von Kindern, Jugendlichen sowie jungen Erwachsenen in schwierigen Lebenslagen	
Frank Henkel (CDU)	260	Drs 16/0155	312
Anja Schillhaneck (Grüne)	260	Antrag: Bericht über Berliner Kitaqualität im bundesweiten und EU-Vergleich	
Klaus-Peter von Lüdeke (FDP)	261	Drs 16/0156	312
Liste der Dringlichkeiten	311	Antrag: Gehörlose bei der Eingliederung in den Arbeitsmarkt besser betreuen	
Neuer Direktor des Abgeordnetenhauses, Herr Peter Blum	262	Drs 16/0157	312
Konsensliste		Antrag: Hochbegabte brauchen bedarfsgerechte Förderung	
I. Lesung: Gesetz zur Aufhebung des Straßenausbaubeitragsgesetzes		Drs 16/0158	312
Drs 16/0063	312	Antrag: Berlin stellt sich dem Wettbewerb – professionelles Benchmarking für die gesamte Verwaltung einführen!	
I. Lesung: Zehntes Gesetz zur Änderung der Verfassung von Berlin		Drs 16/0159	312
Drs 16/0103	312	Antrag: Betreuungsaufsicht sichern – Kitaufsicht stärken!	
I. Lesung: Gesetz zur Änderung der Verfassung von Berlin: absolute Mehrheit für die Wahl des Regierenden Bürgermeisters		Drs 16/0161	312
Drs 16/0109	312	Antrag: ÖPNV attraktiver machen	
Antrag: Keine Zustimmung zum Lotteriestaatsvertrag – Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes abwarten		Drs 16/0166	312
Drs 16/0096	312	Antrag: Öffentliche Beschaffung nach ökologischen Kriterien – gut für Umwelt, Haushalt und umweltorientierte Unternehmen!	
Antrag: Mit Wassertaxis über die Spree		Drs 16/0167	312
Drs 16/0099	312		

Fragestunde – Mündliche Anfragen**Berliner Jugendstrafvollzugsgesetz**

Sven Kohlmeier (SPD)	263, 264
Senatorin Gisela von der Aue	263, 264
Volker Ratzmann (Grüne)	264

Praxis des Berliner Senates bei der Erteilung von Nebentätigkeitsgenehmigungen für Angehörige des höheren Dienstes, insbesondere innerhalb des Landeskriminalamtes

Frank Henkel (CDU)	265
Senator Dr. Ehrhart Körting	265

Präventionsmaßnahmen gegen Scientology intensivieren

Dr. Margrit Barth (Linksfraktion)	265, 266
Senator Dr. Jürgen Zöllner	266

Trinkwasser für Großbetriebe zu Niedrigpreisen?

Heidi Kosche (Grüne)	266, 267
Bürgermeister Harald Wolf	266, 267
Daniel Buchholz (SPD)	267

Gefährdet Sonderweg die Chancen der Berliner Unis?

Sebastian Czaja (FDP)	267
Senator Dr. Jürgen Zöllner	268

Beobachtung der Scientology-Organisation durch die Berliner Verfassungsschutzbehörde

Tom Schreiber (SPD)	268
Senator Dr. Ehrhart Körting	268, 270, 271
Frank Henkel (CDU)	270
Andreas Statzkowski (CDU)	270

Gefährdet der Senat ein erfolgreiches Quartiersmanagement im Rollbergviertel?

Dr. Robbin Juhnke (CDU)	271, 272
Bürgermeisterin Ingeborg Junge-Reyer	271, 272
Daniel Buchholz (SPD)	272

Mittelabfluss aus Schul- und**Sportstättensanierungsprogramm**

Dr. Gabriele Hiller (Linksfraktion)	273
Senator Dr. Jürgen Zöllner	273
Andreas Statzkowski (CDU)	273
Christian Gaebler (SPD)	273

Fragestunde – Spontane Fragestunde**Wohnheim für psychisch kranke Straftäter in der Leonorenstraße**

Dr. Michael Arndt (SPD)	274
Senatorin Katrin Lompscher	274

Finanzmisere Berlins selbstverschuldet

Florian Graf (CDU)	274, 275
Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit	275

Identifikationsnummer für Schüler

Dr. Margrit Barth (Linksfraktion)	275
Senator Dr. Jürgen Zöllner	275, 276

Konzessionsvertrag mit Vattenfall

Michael Schäfer (Grüne)	276
Senator Dr. Thilo Sarrazin	276

Kauf des Grundstücks für das Technikmuseum

Björn Jotzo (FDP)	276, 277
Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit	276, 277

Sexualstraftäter als Freigänger

Sebastian Kluckert (FDP)	278
Senatorin Gisela von der Aue	278

Europaaktionstag an den Berliner Schulen

Oliver Scholz (CDU)	278
Senator Dr. Jürgen Zöllner	278

Heimweg von Schulkindern bei angekündigtem Orkan

Renate Harant (SPD)	278
Senator Dr. Jürgen Zöllner	279

Sympathie für die ETA

Gregor Hoffmann (CDU)	279
Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit	279

Konzeption für die städtischen Wohnungsbaugesellschaften

Andreas Otto (Grüne)	280
Bürgermeisterin Ingeborg Junge-Reyer	280

Aktuelle Stunde**Exzellenzinitiative: Zweite Chance für Berliner Universitäten nutzen – der Senat ist gefordert!****Antrag****Investitionen im Hochschulbereich langfristig absichern**

Drs 16/0160	280
Anja Schillhaneck (Grüne)	280
Dr. Jutta Koch-Unterseher (SPD)	282
Nicolas Zimmer (CDU)	284
Dr. Wolfgang Albers (Linksfraktion)	286
Sebastian Czaja (FDP)	287
Senator Dr. Jürgen Zöllner	289

Prioritäten gem. § 59 der Geschäftsordnung**I. Lesung****Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Berliner Sparkasse und die Umwandlung der Landesbank Berlin – Girozentrale – in eine Aktiengesellschaft (Berliner Sparkassengesetz – SpkG –)**

Drs 16/0133	291
Elisabeth Paus (Grüne)	291, 294
Frank Jahnke (SPD)	292
Uwe Goetze (CDU)	292
Dr. Klaus Lederer (Linksfraktion)	293, 294

Volker Thiel (FDP) 295

Anträge

Prüfung des Finanzbedarfs für ein „Gemeinschaftsschulsystem“ durch den Landesrechnungshof

Drs 16/0163 296
Mieke Senftleben (FDP) 296
Dr. Felicitas Tesch (SPD) 297
Sascha Steuer (CDU) 298
Carola Bluhm (Linksfraktion) 299
Özcan Mutlu (Grüne) 300

Berliner Aktivitäten von Scientology prüfen!

Drs 16/0162 301

Senat soll unverzüglich Beobachtung von Scientology durch den Verfassungsschutz veranlassen!

Drs 16/0168 301
Frank Henkel (CDU) 301, 303
Tom Schreiber (SPD) 302, 304
Björn Jotzo (FDP) 304
Udo Wolf (Linksfraktion) 305
Dirk Behrendt (Grüne) 306

II. Lesung

Gesetz zum Neunten Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Drs 16/0119 307

Dringliche II. Lesung

Gesetz zum Staatsvertrag zwischen dem Land Berlin und dem Land Nordrhein-Westfalen über die Übertragung von Aufgaben nach § 9 Absatz 1 und § 10 Handelsgesetzbuch zur Errichtung und zum Betrieb eines gemeinsamen Registerportals der Länder

Drs 16/0170 307

I. Lesung

Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Berlin (Schulgesetz – SchulG) – flexible Schulanfangsphase gründlich vorbereiten

Drs 16/0064 307

Beschlussempfehlungen

Nach dem Urteil den Blick nach vorn richten

Drs 16/0126 308

Konsequenzen aus dem Berliner „Gammelfleisch“-Skandal ziehen

Drs 16/0130 308

Antrag und Dringliche Beschlussempfehlung

Grundstückskauffälle nach dem Verkaufsgesetz vom März 1990 zu landeseigenen Grundstücken

Drsn 16/0114 und 16/0184 308

Dringliche Beschlussempfehlung

Vermögensgeschäft Nr. 21/2006 des Verzeichnisses über Vermögensgeschäfte

Drs 16/0185 308

Beschluss 313

Erklärung gemäß § 72 GO Abghs

Claudia Hämmerling (Grüne) 308, 309

Dringliche Beschlussempfehlungen

Bei der Sanierung der Staatsoper darf der Wowereit-Senat nicht länger kneifen

Drs 16/0186 309

Beschluss [mit neuer Überschrift:
Sanierung der Staatsoper] 313

Nachträgliche Genehmigung der im Haushaltsjahr 2005 in Anspruch genommenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für die Bezirke

Drs 16/0187 309

Vorlagen – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Abs. 3 VvB

Drs 16/0153 309

Anträge

Zinslose Darlehen für Ausbildungsbetriebe

Drs 16/0131 310

Gewalt an Schulen unterbinden – Schulen als Orte der Begegnung und Kommunikation gestalten

Drs 16/0164 310

**Lernen jenseits des formalen Unterrichts –
kulturelle Projekte für alle Schulen ermöglichen**

Drs 16/0165 310

Dringliche Anträge

**Antrag auf Verleihung des Ehrenbürgerrechts
an Wolf Biermann**

Drs 16/0189 310

**Änderung der Geschäftsordnung des
Abgeordnetenhauses von Berlin**

Drs 16/0190 310

Präsident Walter Momper eröffnet die Sitzung um 13.03 Uhr.

Präsident Walter Momper:

Ich eröffne die 5. Sitzung des Abgeordnetenhauses von Berlin und begrüße Sie, unsere Gäste und Zuhörer sowie die Medienvertreter sehr herzlich.

Am Montag, dem 15. Januar 2007, sind folgende vier Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde eingegangen:

1. Antrag der Fraktion der SPD und der Linksfraction zum Thema: „Gegen Verwahrlosung und Vernachlässigung von Kindern durch ihre Eltern – Netzwerk Kinderschutz vorantreiben“,
2. Antrag der Fraktion der CDU zum Thema: „Sciento-logy-Überwachung in Berlin – warum zaudert der Innensenator?“,
3. Antrag der Fraktion der Grünen zum Thema: „Exzellenzinitiative: Zweite Chance für Berliner Universitäten nutzen – der Senat ist gefordert!“,
4. Antrag der Fraktion der FDP zum Thema: „Konsequent für ein wirtschaftsfreundliches Berlin: Flughafen Tempelhof offen halten!“.

Zur Begründung der Aktualität rufe ich nun auf. Wer möchte begründen, SPD oder Linksfraction? – Frau Scheeres, bitte!

Sandra Scheeres (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion hat das Thema Kinderschutz als Aktuelle Stunde beantragt. Auslöser waren die wiederholten Fälle der vergangenen Tage, bei denen einzelne Kinder aufgrund von Verwahrlosung in Obhut der Jugendämter gegeben werden mussten. Diese Fälle sind schrecklich und bewegen die Berliner Öffentlichkeit. Bei vielen Menschen in unserer Stadt entsteht das Gefühl, dass die Gewalt gegen Kinder und Jugendliche und die Verwahrlosung zunehmen. Ich bin der Meinung, dass die Zahl der Fälle sicherlich gestiegen ist, aber die öffentliche Wahrnehmung macht auch deutlich, dass es gelungen ist, die Bevölkerung und die unterschiedlichen Institutionen noch mehr zu sensibilisieren, genauer hinzugucken, nicht wegzuschauen, schneller einzugreifen und unsere Kinder und Jugendlichen zu schützen. Dieses haben die unterschiedlichen Fälle bewiesen.

Wir als SPD-Regierungsfraction sahen und sehen eine wesentliche Aufgabe darin, Berliner Kinder und Jugendliche zu schützen. Wir haben die Aufgabe, dafür Sorge zu tragen, dass da, wo Schutz benötigt wird, Kinder und Jugendliche diesen Schutz auch bekommen. Diese Aufgabe prägt aber die Arbeit aller Verantwortlichen seit Jahren. Angesichts der Fälle der letzten Tage dürfen wir nicht vergessen, was Jugendämter, Sozialarbeiter/-innen, Gesundheitsdienste und andere Einrichtungen im Interesse

der Kinder und Jugendlichen an Kinderschutz in dieser Stadt leisten. Trotzdem sind alle der Verantwortlichen sich einig, dass der Kinderschutz in Berlin verbessert und optimiert werden muss.

Dieser Aufgabe stellen wir uns, und wir haben den Senat aufgefordert, ein integriertes Konzept zur Verbesserung des Kinderschutzes vorzulegen. Unter Federführung der Senatsverwaltung wurde das Konzept „Netzwerk Kinderschutz“ erarbeitet. Wie Sie alle wissen, liegt dieses Konzept dem Rat der Bürgermeister vor, weil auch von der Bezirksebene her Anregungen und Ideen in dieses Konzept einfließen müssen. Die Bezirke sind diejenigen, die dieses Konzept letztlich umsetzen müssen. Eines ist klar: Das beste Konzept kann nur so gut sein, wie die Bezirke es mit Leben füllen.

Bei der Entwicklung des Kinderschutzes haben wir als SPD-Fraktion klare Ziele: Wir wollen ein Frühwarnsystem aufbauen, um Vernachlässigungen vorzubeugen und schneller handeln zu können. Wir wollen schnelle, unbürokratische Hilfen durch kompetente Ansprechpartner vor Ort. Uns ist es wichtig, dass eine Hotline installiert wird, damit sich Bürgerinnen und Bürger direkt an diese Hotline wenden und sich Menschen melden können, wenn sie etwas mitbekommen. Wir wollen die Zusammenarbeit aller Beteiligten optimieren, die mit diesen Themen in Verbindung stehen und in diesen Bereichen arbeiten. Wir wollen Kinder schützen und Eltern unterstützen, wir wollen aber auch Straftäter auf jeden Fall bestrafen.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraction]

Das Thema Kinderschutz bewegt die Menschen in der Stadt. Sie haben sehr viele Fragen an die Politik, die wir immer wieder beantworten müssen. Wir haben diese Aktuelle Stunde beantragt, aber wie Sie wissen, hat die CDU-Fraktion einen Antrag zum Thema Kinderschutz eingereicht, und wir haben an späterer Stelle die Möglichkeit, dieses Thema zu diskutieren. Aus diesem Grund haben wir uns mit der Linksfraction geeinigt, heute dem Thema Exzellenzinitiative den notwendigen Raum zur Diskussion einzuräumen.

Ihnen ist bekannt: Die Freie Universität und die Humboldt-Universität haben sich in der zweiten Runde der Exzellenzinitiative mit dem Konzept der Spitzenforschung durchgesetzt. Wir sind der Auffassung, dass dieses Thema ein Zukunftsthema für diese Stadt ist und auch ein Zukunftsthema für uns als Wissenschaftsstandort. Wir werden also den Antrag der Grünen unterstützen.

Das Thema Kinderschutz ist uns wichtig. Ich möchte noch einmal zusammenfassen: Wir befassen uns zu einem späteren Zeitpunkt mit diesem Thema. Wir werden in Kürze das Gesamtkonzept „Netzwerk Kinderschutz“ in diesem Haus diskutieren. Wir als SPD-Fraktion werden uns auch in Zukunft immer wieder in diesen Prozess einbringen. Kinderschutz ist für uns immer ein aktuelles Thema. Wir sind der Auffassung: Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Schutz, und wir sind hier alle in der Verantwortung. – Danke!

Sandra Scheeres

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Präsident Walter Momper:

Meine Damen und Herren! Ich darf noch einmal darauf hinweisen, dass die Aktualität begründet werden muss. Bitte beachten Sie das! – Jetzt hat der Kollege Henkel von der Fraktion der CDU das Wort. – Bitte schön, Herr Henkel!

[Dr. Martin Lindner (FDP): Bitte keine Polemik!]

Frank Henkel (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Seit fast zwei Wochen diskutiert Berlin über die Eröffnung der Hauptstadtrepräsentanz von Scientology. Die Tatsache, dass diese Eröffnung die Innenverwaltung und den Innensenator völlig unvorbereitet getroffen hat, sowie die Ängste und Sorgen der Berlinerinnen und Berliner vor Scientology sind für meine Fraktion Grund genug, zu diesem Thema eine Aktuelle Stunde zu beantragen.

[Beifall bei der CDU]

Aus unserer Sicht ist dies vor allem deshalb notwendig, weil wir nicht verstehen können, warum sich der Innensenator so schwer damit tut, Möglichkeiten zu erarbeiten, um neue Erkenntnisse über Scientology und darüber, was sie in Berlin eigentlich vorhaben, zu gewinnen. Meine Fraktion findet es erschreckend, dass die Berliner Innenverwaltung erst aus der Zeitung erfahren hat, dass Scientology eine Niederlassung in der Hauptstadt errichtet. Dieser Umstand wirft kein gutes Licht auf die Sicherheitsbehörden in Berlin und ist ein Armutszeugnis für den Berliner Innensenator.

[Beifall bei der CDU]

Nach diesem schweren Versäumnis müssen Sie, Herr Innensenator, jetzt erklären, wie Sie künftig eine wirksame Beobachtung der Scientology-Organisation ermöglichen wollen. Ich denke auch, dass selbst Sie nicht verneinen können, dass Berlin in dieser Angelegenheit spätestens seit dem 13. Januar dieses Jahres ein großes Problem hat. Sie können es schon deshalb nicht verneinen, wenn Sie nur die Berichte aus Ihrem eigenen Hause ernst nehmen, denn im Berliner Verfassungsschutzbericht aus dem Jahr 2002 ist festgehalten, dass die politischen und gesellschaftlichen Zielvorstellungen der Organisation im Gegensatz zu den tragenden Prinzipien des Grundgesetzes stehen und dass das Scientology-Modell dominiert wird von einem sämtliche Lebensfelder umfassenden elitären Alleinvertretungsanspruch auf die absolute Wahrheit.

Scientology – so heißt es – erweist sich in weiten Teilen als undemokratisch. Ich denke, dass der Berliner Innensenator zunächst einmal gar keine nachrichtendienstlichen Erkenntnisse benötigt, um endlich tätig zu werden. Eigentlich, Herr Senator, müssten Sie sich nur die einschlägigen scientologischen Schriften durchlesen, auf die sich die Ordnung dieser Organisation bezieht, und sich damit befassen.

Herr Körting! Ich unterstelle, dass wir im Kern bei der Bewertung von Scientology zu einem gleichen Ergebnis kommen. Umso unverständlicher ist mir und meiner Fraktion, warum Sie bei der Frage der angemessenen Reaktion auf Scientology nach wie vor so zögerlich reagieren. Zu dieser zögerlichen Haltung gehört dann eben auch die Frage, warum Ihre Verwaltung auf einen Hinweis des Bezirksamtes Charlottenburg vom letzten Jahr bezüglich des Bauantrages für das Grundstück an der Otto-Suhr-Allee mit deutlich geäußertem Desinteresse reagiert hat und warum Sie nicht damals bereits eine Überwachung durch den Berliner Verfassungsschutz und vor allem mit einer verstärkten Öffentlichkeitskampagne reagiert haben. Um nicht nur ausschließlich den polizeilichen oder verfassungsschutzdienstlichen Aspekt, der ganz sicher in dieser Sache wichtig ist, zu beleuchten, stellt sich auch die Frage, warum die Berliner Senatsverwaltung für Bildung nicht die Kampagne des Deutschen Philologenverbands aus dem Jahr 2006, wo dieser auf die Gefahren von Scientology hinweist, aufgegriffen und nicht wie in anderen Bundesländern durch Informationsmaterial im Unterricht entsprechend reagiert hat.

Auch wenn Scientology durch eine aggressive Öffentlichkeitsarbeit und verbale Gehirnwäsche die eigentlichen Ziele zu verschleiern versucht, so verfolgt die Organisation nach Einschätzung vieler Verfassungsschutzämter der Länder und des Bundes und nach meiner persönlichen Einschätzung unter einem pseudoreligiösen Tarnmantel Ziele, die gegen unsere freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind. Wenn es darüber hinaus Ansatzpunkte gibt, dass auch wesentliche Grund- und Menschenrechte verletzt werden, dann müssen das Land Berlin und seine Verfassungsschutzbehörde tätig werden.

[Beifall bei der CDU]

Hierzu hat meine Fraktion auch einen Antrag eingebracht, den wir gerne gemeinsam mit einer Aktuellen Stunde besprochen hätten. Die Entscheidung ist anders ausgefallen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

[Beifall bei der CDU]

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Kollege Henkel! – Dann hat von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Schillhaneck das Wort zur Begründung.

Anja Schillhaneck (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Dass das von uns für die Aktuelle Stunde beantragte Thema „Exzellenzinitiative“ tatsächlich aktuell ist, wird hier sicher niemand bestreiten. Vor nicht ganz einer Woche war die Verkündung der Ergebnisse der Vorrunde, und wie schon beim ersten Mal haben die drei Berliner Universitäten unerwartet gut abgeschnitten. Ich sage „unerwartet“ nicht deswegen, weil wir in irgendeiner Art und Weise Zweifel an der Leistungsfähigkeit unserer Universitäten hätten, sondern weil die Rahmenbedingungen, unter denen Berliner Universitäten

Anja Schillhaneck

ner Universitäten in Konkurrenz zu anderen Hochschulen bundesweit treten, doch ans Prekäre grenzen bzw. längst den Zustand erreicht haben. Das allerdings ist nichts herausragend Neues und besonders Aktuelles, muss ich leider feststellen.

Vor fast genau einem Jahr war der Exzellenzwettbewerb schon einmal Thema einer Aktuellen Stunde, und schon damals wurde deutlich darauf hingewiesen, wie die Dinge liegen und unter welchen Bedingungen die gute Platzierung der Berliner Universitäten zustande gekommen ist. Seither hat sich da leider nicht viel geändert. Allerdings haben es unsere Universitäten zum zweiten Mal geschafft, und zwar diesmal noch zahlreicher, sich in der Vorrunde zu platzieren. Deshalb verdienen – so finden wir jedenfalls – unsere Universitäten im Prinzip gleich doppelt unser aller Glückwünsche.

[Beifall bei den Grünen]

Wir wissen aber auch: Noch ist nichts gewonnen, denn auch wenn Humboldt-Universität und Freie Universität als zwei von acht nominierten Hochschulen für das sogenannte Zukunftskonzept stehen, wer glaubt, dass damit bereits irgendein Euro gewonnen wäre, irrt sich. Das war eine Vorrunde. Erinnern wir uns an die erste Runde des Exzellenzwettbewerbs. Wie groß war da die Freude und wie herb die Enttäuschung hinterher, als es zur Endausscheidung kam und gerade in der dritten Förderlinie – das ist das, was dann gerne als Eliteuniversität bezeichnet wird, auch wenn das gar nicht darauf steht – die Preise zweimal nach München gingen, einmal nach Karlsruhe und nicht nach Berlin, auch wenn sich die Freie Universität in der Vorrunde, so wie jetzt FU und HU, platziert hatte.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen möchte in der Aktuellen Stunde deswegen darüber reden, was jetzt getan werden kann, um diese zweite Chance der Berliner Universitäten zu nutzen, die begehrten Exzellenzmillionen und die damit verbundene Reputation, die auch nicht zu verachten ist, einzuwerben. – Wir wollen, wie man so schön sagt, nach vorne diskutieren. Wie lässt sich der durch den Exzellenzwettbewerb entstandene Schwung insgesamt für die Wissenschaft in Berlin und in der Region nutzen? Was ist zu tun, um herausragende Forschung zu fördern? Wir fragen aber auch: Was ist mit denen, die sich nicht platzieren? – Bereits jetzt hat der Exzellenzwettbewerb ungeahnte und wegen der drastischen finanziellen Lage der Berliner Universitäten tiefgreifende Umverteilungen innerhalb der Strukturen zur Folge. Spitzenleistung braucht aber ein Fundament. Die Substanz der Universitäten muss stimmen, sonst klappt das nicht mit der Exzellenz. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist deswegen der Meinung, dass jetzt, direkt nach dieser Auswahl in der Vorrunde, wo es darum geht, unsere Universitäten tatsächlich in der Entausscheidung zu platzieren, der richtige Zeitpunkt ist, darüber zu reden ist, wie wir die uns dargebotene Chance nutzen und das Beste für den Wissenschaftsstandort Berlin als Ganzes daraus machen. Deswegen haben wir dieses Thema für die Aktuelle Stunde beantragt. – Danke!

[Beifall bei den Grünen]

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Frau Schillhaneck! – Für die Fraktion der FDP spricht nunmehr der Kollege von Lüdeke. – Bitte schön, Herr von Lüdeke, Sie haben das Wort!

Klaus-Peter von Lüdeke (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die FDP-Fraktion hat für die heutige Aktuelle Stunde das Thema „Konsequent für ein wirtschaftsfreundliches Berlin – Flughafen Tempelhof offen halten“ angemeldet. Es gibt aus unserer Sicht in dieser Stadt kaum ein aktuelleres Thema als die Wirtschaft.

[Beifall bei der FDP –

Heiterkeit bei der SPD und der Linksfraktion]

Der Regierende Bürgermeister hätte sich vielleicht auch beim Neujahrsempfang der IHK sehen lassen können, aber Sie zeigen wieder einmal, dass Sie die Wirtschaft nicht wirklich interessiert. Investoren sind möglicherweise nicht so richtig Ihre Klientel. Die hätten Ihnen vielleicht auf dem IHK-Empfang einiges zum Flughafen Tempelhof gesagt.

Ich muss nicht betonen, dass die FDP seit mehr als zehn Jahren für den Erhalt von THF eintritt, aber wir haben auch festgestellt, dass vor dem Oberverwaltungsgericht neun von zwölf Klägern Ihren Vergleich abgelehnt haben. Die Terminverschiebung um ein Jahr wird an den Umständen nichts ändern. Ein Schließungstermin für den Flughafen, der von Januar bis November 2006 fast 40 000 Starts und Landungen hatte und damit Flugbewegungen verzeichnet wie Halle-Leipzig, ist fatal. Selbst wenn der Flughafenchef kritisiert, selbsternannte Experten behaupteten, der Verkehr in Tempelhof sei auf der Höhe von Leipzig:

Er ist auf der Höhe von Leipzig, überflügelt Leipzig sogar.

[Beifall bei der FDP]

Außerdem wissen Sie genau, dass es mit den Kapazitäten im Fall der Schließung von Tempelhof sehr eng wird. Das gibt selbst der Flughafenkoordinator für die Bundesrepublik Deutschland zu. Er kann die angemeldeten Bedenken der Tempelhof anfliegenden Fluggesellschaften durchaus nachvollziehen. Herr Ulrich sagt laut „Berliner Zeitung“:

Ich kann heute noch nicht sagen, es geht oder es geht nicht. In jedem Fall wird es in Tegel sehr eng.

Die Frage sei, ob es gelinge, den Gesellschaften die gewünschten Start- und Landezeiten zuzuteilen. Sie ballen sich in bestimmten Zeiten. Auch für den Terminal Ost in Tegel ist noch eine Klage anhängig. Es ist die Frage, ob Sie dafür ein Planfeststellungsverfahren benötigen. Wir werden sehen, was die Klage der Bürgerinitiative bringt.

Klaus-Peter von Lüdeke

Besonders benachteiligt sind in Tempelhof die Geschäftsflyer. Diese sollen nach Ihren Wünschen gleich nach Tegel ziehen und ziehen damit auf eine zukünftige Baustelle. Dorthin gehören Geschäftsflyer in dieser Stadt wirklich nicht. Sie brauchen in besonderem Maß gute Verkehrsanbindungen und kurze Wege. Eigentlich sind Geschäftsflyer mit unregelmäßigen Flugzeiten auf Großflughäfen ohnehin falsch angesiedelt. Das sagt Ihnen auch der Chef der Windrose Air. In einer Umfrage des „Tagesspiegels“ haben sich kürzlich 73 % der Anrufer dafür ausgesprochen, Tempelhof für Geschäftsflyer offen zu halten. Auch das ignorieren Sie. Es spricht also vieles dafür, das Thema Flughafen Tempelhof nicht zu ignorieren, sondern in einer Aktuellen Stunde zu berücksichtigen.

Besondere Ignoranz hat der Senat jedoch aktuell in Sachen Tempelhof mit dem Angebot Langhammer/Lauder und Mehdorn/Deutsche Bahn an den Tag gelegt. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Der amerikanische Unternehmer Fred Langhammer möchte in die überwiegend leerstehenden Gebäude von Tempelhof, die ungenutzt lediglich Kosten verursachen und damit wesentlich für die Verluste von Tempelhof zuständig sind, 350 Millionen € investieren, um ein Gesundheitszentrum zu errichten. Herr Langhammer ist kein Unternehmer, den der Regierende Bürgermeister als unseriös abqualifizieren könnte, was er gelegentlich gern mit nach Berlin kommenden Investoren tut.

Voraussetzung für den Flugbetrieb – das ist die einzige Voraussetzung, die Herr Langhammer für seine Investition fordert – ist die Aufrechterhaltung des Flugbetriebes. Für den Betrieb des Flughafens hat er gleich noch die Deutsche Bahn und Herrn Mehdorn gewonnen. Es geht um eine Investition von 350 Millionen €. Das ist eine Chance, die jeder Bürgermeister der Welt zur Chefsache mit höchster Priorität erklären würde. Aber was setzt man in Berlin den Investoren entgegen? – Bedenkenträgerei und Ignoranz.

[Beifall bei der FDP]

BBI sei damit gefährdet, heißt es. Die Stilllegung von Tegel spätestens ein halbes Jahr nach Eröffnung von BBI ist rechtskräftig bestätigt. Aber, so räumt selbst Gerichtspräsident Jürgen Kipp ein, die Schließung von Tempelhof sei viel schwieriger zu beurteilen. Der Präsident des Verbandes der allgemeinen Luftfahrt, der Luftverkehrsrechtler Professor Elmar Giemulla erklärt in der „Berliner Morgenpost“, die Schließung von Tempelhof sei für die Rechtfertigung von BBI nicht zwingend. Wenn man den Geschäftsreiseflugverkehr in Tempelhof belasse, stelle dies nicht das Planfeststellungsverfahren für BBI infrage. Die gleichen Bedenken gibt es übrigens bei Eberwalde/Finow nicht. Darauf kommen wir aber bei Gelegenheit noch zurück. Das ist eine ganz interessante Sache. Dort wird plötzlich von einem Regionalflughafen gesprochen, den Brandenburg erweitern will. Das diskutieren wir später. Die Gefahr der Schließung von Tempelhof ist groß. Die Folgekosten aus Leerständen und Sicherung des Geländes tragen die Steuerzahler. Wir laufen also wieder

einmal Gefahr, die Chancen Berlins zu vertun. Es ist ein mehr als aktuelles Thema. Deshalb bitte ich um Unterstützung für unseren Antrag für die Aktuelle Stunde. – Besten Dank!

[Beifall bei der FDP]

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Kollege von Lüdeke. – Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass die Aktualität begründet werden muss und nichts Sonstiges.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich lasse über das Thema der heutigen Aktuellen Stunde abstimmen, zuerst über das Thema der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Berliner Universitäten –. Wer diesem Thema seine Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind Bündnis 90, die Linkspartei und die SPD. Danke! Die Gegenprobe! – Das sind CDU und FDP. Ersteres war die Mehrheit. Dann ist das so beschlossen. Die anderen Anträge auf Durchführung einer Aktuellen Stunde haben damit ihre Erledigung gefunden.

Ich mache Sie wieder auf die vorliegende Konsensliste sowie auf das Verzeichnis der Dringlichkeiten hinweisen. Ich gehe davon aus, dass allen eingegangenen Vorgängen die dringliche Behandlung zugebilligt wird. Sollte dies im Einzelfall nicht Ihre Zustimmung finden, bitte ich um entsprechende Mitteilung.

Für die Abwesenheit an unserer heutigen Sitzung lagen dem Ältestenrat folgende Entschuldigungen vor: Frau Senatorin Dr. Knake-Werner ist für die Sitzung aus familiären Gründen entschuldigt. Frau Senatorin Junge-Reyer wird gegen von 17.00 Uhr bis 18.30 Uhr abwesend sein, um den Vorempfang der Internationalen Grüne Woche von seiten des Senats zu bestreiten. Senator Dr. Körting wird ab ca. 18.45 Uhr abwesend sein, um dem Festakt anlässlich der Eröffnung der Handball Weltmeisterschaft beizuwohnen. Der Regierende Bürgermeister wird ab ca. 17.30 Uhr abwesend sein, um die Internationale Grüne Woche zu eröffnen.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, kann ich noch den neuen Direktor des Abgeordnetenhauses, Herrn Peter Blum, vorstellen. Ich wünsche uns gute Zusammenarbeit im Namen aller Abgeordneten.

[Beifall]

Die Abgeordneten haben ihn in Augenschein genommen. Er steht natürlich für alle Fragen, Hilfen und Sonstiges dem einzelnen Abgeordneten, aber auch den Fraktionen gern zu Verfügung.

Wir kommen zur

Ifd. Nr. 1:**Fragestunde – Mündliche Anfragen**

Präsident Walter Momper

Das Wort zur ersten Mündlichen Anfrage hat der Kollege Sven Kohlmeier von der Fraktion der SPD zu dem Thema

Berliner Jugendstrafvollzugsgesetz

– Bitte schön, Herr Kohlmeier. Sie haben das Wort. Eilen Sie herbei!

Sven Kohlmeier (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich frage den Senat:

1. Welches sind die Kernpunkte des Entwurfs für ein Jugendstrafvollzugsgesetz, den der Berliner Senat gemeinsam mit acht weiteren Bundesländern erarbeitet hat?
2. Wann wird das Parlament eingehend über den Entwurf informiert und das Gesetzgebungsverfahren eingeleitet?

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Kollege Kohlmeier! – Die Senatorin für Justiz beantwortet die Frage. – Bitte schön, Frau von der Aue, Sie haben das Wort!

Senatorin Gisela von der Aue (Senatsverwaltung für Justiz):

Vielen herzlichen Dank, Herr Präsident! – Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Abgeordneter Kohlmeier! Bevor ich Ihre Frage 1 beantworte, möchte ich betonen, dass der vorgelegte Entwurf noch kein Entwurf des Senats, sondern der Entwurf eines Jugendstrafvollzugsgesetzes einer länderübergreifenden Arbeitsgruppe ist. Der Entwurf legt als Vollzugsziel fest, dass die Gefangenen zu einem Leben ohne Straftaten in sozialer Verantwortung zu befähigen sind.

Die gesamte Vollzugsgestaltung hat sich an diesem Vollzugsziel auszurichten. Gleichmaßen hat der Vollzug die Aufgabe, die Allgemeinheit vor weiteren Straftaten zu schützen. Den Anforderungen an einen humanen, zeitgemäßen und konsequent am Erziehungsgedanken ausgerichteten Jugendstrafvollzug trägt das Gesetz insbesondere durch folgende Vorgaben Rechnung, mit denen auch die Vorgaben der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom Mai des letzten Jahres umgesetzt werden:

Die erzieherische Ausgestaltung des Vollzugs ist wesentliches Element des Gesetzentwurfs. Die Gefangenen sollen in der Entwicklung und Bereitschaft zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Lebensführung unterstützt werden. Sie haben aktiv an der Erfüllung ihrer Pflichten mitzuwirken und Verantwortung insbesondere auch für die begangenen Taten zu übernehmen. Die Jugendstrafanstalten unterstützen sie in der Entwicklung und Stärkung dieser Fähigkeiten. Ein reibungsloser Übergang vom Gefängnisalltag in ein freies Leben außerhalb des Vollzugs soll sichergestellt werden.

Der Entwurf enthält daher das Gebot der Zusammenarbeit zwischen Anstalt und Stellen außerhalb des Vollzugs einschließlich freier Träger. Durch diese Zusammenarbeit soll ein effektives Netzwerk aufgebaut werden. Das hat den großen Vorteil, dass Erfahrungswissen ausgetauscht und Hilfen gemeinsam organisiert und koordiniert werden können. Bereits so frühzeitig wie möglich müssen im Vollzug Entlassungsvorbereitungen einsetzen, damit die Nachbetreuung sichergestellt ist. Dieses sogenannte Übergangsmanagement verbessert die Eingliederungschancen der Entlassenen entscheidend.

Der Gesetzentwurf sieht die Einrichtung sozialtherapeutischer Abteilungen vor. Dort können Gefangene untergebracht werden, wenn die besonderen therapeutischen Mittel und sozialen Hilfen der Abteilung zum Erreichen des Vollzugsziels angezeigt sind.

Eine weitere Regelung ist der Grundsatz der Einzelunterbringung während der Ruhezeit. Die Gefangenen werden über Nacht in den Hafräumen allein untergebracht. Dieser Grundsatz ist außerordentlich wichtig, weil er Gewalt in der Anstalt einzudämmen hilft. Resozialisierung kann nur gelingen, wenn die Gefangenen möglichst umfassend vor wechselseitigen Übergriffen geschützt sind. Diese geschehen zumeist dann, wenn sich die Angreifer – etwa bei gemeinsamer Unterbringung in der Nacht – unbeobachtet fühlen. Auch bedürfen die Gefangenen einer angemessenen Rückzugsmöglichkeit.

Während die Gefangenen in der Nacht einzeln unterzubringen sind, steht in der übrigen Zeit die gemeinschaftliche Unterbringung im Vordergrund. Geeignete Gefangene werden laut dem gemeinsamen Gesetzentwurf in Wohngruppen untergebracht. Wohngruppen sind ein wichtiges Instrument des Erziehungsvollzugs. Ebenso wie die Einzelunterbringung zur Ruhezeit trägt der Wohngruppenvollzug dazu bei, dass subkulturelle Strukturen zurückgedrängt werden und die Wiedereingliederung der Gefangenen gelingt. Wohngruppen gewährleisten eine persönliche Betreuung und auf die Gefangenen zugeschnittene Erziehungs- und Fördermaßnahmen. Sie unterstützen den Aufbau von Kontakten und dienen der Einübung sozial adäquaten Verhaltens.

Ein Schwerpunkt des Jugendstrafvollzugs, wie ihn der gemeinsame Gesetzentwurf konzipiert, liegt in der schulischen und beruflichen Aus- und Weiterbildung der Gefangenen. Der Entwurf legt fest, dass Aus- und Weiterbildung Vorrang vor Arbeit haben. Ein solcher Vorrang ist altersangemessen.

[Mario Czaja (CDU): Wir sind hier in der Mündlichen Fragestunde!]

Die Chancen einer erfolgreichen Resozialisierung werden erheblich verbessert, wenn die Gefangenen in der Anstalt einen bisher fehlenden Schulabschluss nachholen und eine berufliche Ausbildung absolvieren können. Dies ist grundlegend für ihren weiteren beruflichen Werdegang.

Senatorin Gisela von der Aue

[Frank Henkel (CDU): Ist das ein juristisches Seminar oder eine Fragestunde?]

– Dies, Herr Abgeordneter, ist kein Seminar. Ich wurde nach den wesentlichen Eckpunkten des Entwurfs für ein Jugendstrafvollzugsgesetz gefragt. Deswegen gedenke ich auch, dem Abgeordnetenhaus diese Informationen zu geben.

[Beifall bei der SPD –
Vereinzelter Beifall bei der Linksfraktion
Frank Henkel (CDU): Das können Sie doch
zu Protokoll geben!]

Der Gesetzentwurf beachtet außerdem den besonderen Bedarf an Außenkontakten, insbesondere durch Verlängerung der regulären Besuchszeiten auf monatlich vier Stunden. Hierdurch wird eine weitere Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts umgesetzt.

Schließlich schreibt der Gesetzentwurf die Evaluation und kriminologische Forschung verbindlich vor. Behandlungsprogramme für die Gefangenen sind auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse zu konzipieren, zu standardisieren und auf ihre Wirksamkeit hin zu überprüfen. Der Vollzug soll regelmäßig durch den kriminologischen Dienst, durch eine Hochschule oder durch andere Stellen wissenschaftlich begleitet und erforscht werden. Dadurch werden aussagefähige und auf Vergleichbarkeit angelegte Daten gewonnen, anhand derer der Jugendstrafvollzug sachgerecht ausgestaltet werden kann. Außerdem wird dadurch die Grundlage für eine Wirksamkeitskontrolle des Jugendstrafvollzugs und seiner Maßnahmen und Programme geschaffen. Damit ist gewährleistet, dass der Jugendstrafvollzug auch in Zukunft einem stetigen Prozess der Überprüfung und Verbesserung unterliegt.

Zu Ihrer Frage 2, Herr Abgeordneter:

[Gelächter bei der CDU]

Es ist beabsichtigt, den Gesetzentwurf in den nächsten Tagen den nachgeordneten Behörden der Justizverwaltung zuzuleiten, die betroffenen Senatsverwaltungen in Vorbereitung auf das Mitzeichnungsverfahren zu beteiligen und solche Fachkreise und Verbände anzuhören, bei denen dies angezeigt erscheint. Gleichzeitig mit der Anhörung der beteiligten Fachkreise und Verbände wird der Entwurf den Fraktionen des Abgeordnetenhauses zugeleitet und auch ins Netz gestellt werden. – Vielen Dank!

[Beifall bei der SPD –
Vereinzelter Beifall bei der Linksfraktion]

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Frau Senatorin! – Eine Nachfrage des Kollegen Kohlmeier? – Wünschen Sie eine oder nicht? – Ja! Dann müssen Sie sich melden, sonst kann ich das nicht sehen! Jetzt nicht mehr drücken! Das Mikrofon hochrichten und sprechen!

Sven Kohlmeier (SPD):

Danke, Herr Präsident! Wir sind lernfähig. – Ich bedanke mich bei der Senatorin für die Beantwortung. – Die Kernpunkte, die Sie gerade genannt haben, werden auch finanzielle Auswirkungen für das Land haben. Wie will der Senat die von Ihnen genannten pädagogischen Standards finanzieren?

Präsident Walter Momper:

Danke schön! – Frau Senatorin von der Aue!

[Frank Henkel (CDU): Jetzt dauert das noch mal so lange!]

Senatorin Gisela von der Aue (Senatsverwaltung für Justiz):

Vielen Dank! – Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Abgeordneter Kohlmeier! Dieser Gesetzentwurf wird auch finanzielle Mehraufwendungen nach sich ziehen. Wir sind in Berlin aber in der günstigen Situation, dass wir bereits eine Vielzahl der Vorgaben dieses neuen Gesetzes umgesetzt haben – sie sind bei uns Standard –, sodass nur in Teilen nachgerüstet werden muss. Wir sind derzeit dabei, Berechnungen anzustellen, können diese aber noch nicht abschließend vorlegen. Für zwei Bereiche kann ich Ihnen schon Zahlen nennen. Die Erweiterung der Besuchszeiten auf vier Stunden wird in der Jugendstrafanstalt einen Mehrbedarf von etwa vier Stellen der Besoldungsgruppe A7/A8 nach sich ziehen. Ein weiterer Bereich ist die Erhöhung der Beschäftigung der Strafgefangenen, die auch das Bundesverfassungsgericht vorgeschrieben hat. Weil Berlin schon eine sehr hohe Beschäftigungsquote von über 70 % hat, wird sich hier ein Mehrbedarf von etwa 900 000 € ergeben. Alle weiteren Berechnungen müssen wir erst noch anstellen. – Vielen Dank!

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Frau Senatorin! – Dann ist der Kollege Ratzmann an der Reihe. – Bitte schön, Herr Ratzmann!

Volker Ratzmann (Grüne):

Frau Senatorin! Das war schon der entscheidende Punkt bei diesem neuen Gesetzentwurf. Sind Sie bereit, in dem Gesetzentwurf auch festzuschreiben, mit welchem Personalschlüssel die verbesserten pädagogischen Maßnahmen umgesetzt werden können?

Präsident Walter Momper:

Danke! – Frau Senatorin! Bitte schön!

Senatorin Gisela von der Aue (Senatsverwaltung für Justiz):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Abgeordneter Ratzmann! Personalschlüssel werden in der Regel

Senatorin Gisela von der Aue

nicht in Gesetzen festgeschrieben, weil sie bestimmten Veränderungen unterworfen sind. Bevor dieses Gesetz verabschiedet wird, werden wir Ihnen Berechnungen über den aus unserer Sicht zwingend erforderlichen Mehrbedarf vorlegen. Darüber, dass mehr wünschenswert ist, sind wir uns beide wohl einig. Aber auch der Vollzug hat sich daran auszurichten, was der Haushalt des Landes Berlin hergibt.

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Frau Senatorin!

Jetzt geht es weiter mit einer Anfrage des Kollegen Henkel von der Fraktion der CDU zu dem Thema

Praxis des Berliner Senates bei der Erteilung von Nebentätigkeitsgenehmigungen für Angehörige des höheren Dienstes, insbesondere innerhalb des Landeskriminalamtes

Frank Henkel (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich frage den Senat:

1. Wie viele Beamte des höheren Dienstes verfügen in der Berliner Verwaltung über eine Nebentätigkeitsgenehmigung, und unter welchen Voraussetzungen wird eine solche erteilt?
2. Wie viele Nebentätigkeitsgenehmigungen von Beamten des höheren Dienstes wurden innerhalb des Berliner Landeskriminalamtes erteilt, und um Nebentätigkeiten welcher Art handelt es sich hier?

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Henkel! – Der Innensenator, Herr Dr. Körting, hat das Wort!

Senator Dr. Ehrhart Körting (Senatsverwaltung für Inneres und Sport):

Herr Präsident! Herr Kollege Henkel! Nebentätigkeitsgenehmigungen für Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes – das gilt für den höheren Dienst genauso wie für die anderen – werden unter den Voraussetzungen der §§ 28 ff. des Landesbeamtengesetzes und der Verordnung über die Nebentätigkeit der Beamten erteilt. Das bedeutet, dass in gewissen Grenzzahlen – bis zu 25 % der Tätigkeit – auch Nebentätigkeiten ausgeübt werden können. Das wird in besonders hohem Maße in Anspruch genommen von Mitarbeitern, die gleichzeitig im Schulunterricht an Volkshochschulen o. Ä. Nebentätigkeiten ausüben und ihr Wissen dort weitergeben. Das betrifft auch die Berliner Polizei, auch den höheren Dienst der Berliner Polizei, der etwa in der Fachhochschule für Verwaltung über Nebentätigkeiten praktische Dinge an die Kollegen, die künftig Polizisten werden sollen, weitergibt. Es gibt keine Statistik, auch keine Statistik des Landeskriminalamtes, wie

viele Nebentätigkeiten genehmigt sind. Wie gesagt, gibt es in gewissem Umfang einen Rechtsanspruch auf Erteilung einer Nebentätigkeit. Das ist eine Einzelfrage. Der Beamte, der jeweils entscheidet, ob die Nebentätigkeit genehmigt wird und in welchem Umfang, muss klären, ob dies mit den dienstlichen Belangen vereinbar ist. Das betrifft insbesondere auch die Frage, ob die Nebentätigkeit nicht in einem Widerspruch zu der Dienststätigkeit steht. Ich kann das einfach darstellen: Ein Mitarbeiter der Bauaufsicht eines Bezirkes kann nicht gleichzeitig eine Nebentätigkeit in einem Architekturbüro haben, das dort Bauanträge einreicht. Wie gesagt, liegen mir keine Statistiken zu der Frage vor.

Präsident Walter Momper:

Danke schön! – Eine Nachfrage des Kollegen Henkel? – Bitte schön!

Frank Henkel (CDU):

Wenn ich Sie richtig verstanden habe, sind Sie nicht in der Lage zu sagen, wie viele Beamte davon betroffen sind. Dann frage ich Sie: Gehört ein Unterricht an einer Volkshochschule oder in einem gewerblichen Sportstudio zu den genehmigungspflichtigen oder eher zu den anzeigepflichtigen Nebentätigkeiten?

Präsident Walter Momper:

Herr Senator Dr. Körting!

Senator Dr. Ehrhart Körting (Senatsverwaltung für Inneres und Sport):

Diese Tätigkeiten gehören bei dem Beamten, den Sie meinen, zu den genehmigungspflichtigen. Er hat seit zehn Jahren eine Nebentätigkeitsgenehmigung.

Präsident Walter Momper:

Es gibt keine weitere Nachfrage mehr.

Jetzt ist Frau Dr. Barth von der Linksfraktion an der Reihe mit einer Anfrage zu dem Thema

Präventionsmaßnahmen gegen Scientology intensivieren

Diese Frage können wir mit der Frage Nr. 6 des Kollegen Schreiber von der SPD-Fraktion verbinden, wenn Sie damit einverstanden sind. – Bitte schön, Frau Barth!

Dr. Margrit Barth (Linksfraktion):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich frage den Senat:

1. Wie bewertet der Senat Berichte, wonach Scientology verstärkt in Berlin versucht, auf Kinder und Jugendliche Einfluss zu nehmen?

Dr. Margrit Barth

2. Stimmt der Senat mir zu, dass es angesichts der Aktivitäten von Scientology notwendig ist, Aufklärung und Prävention insbesondere an Schulen und Jugendfreizeiteinrichtungen für Kinder, Jugendliche, ihre Eltern und auch Pädagoginnen und Pädagogen zu verstärken, und welche Maßnahmen wird der Senat diesbezüglich einleiten?

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Frau Barth! – Ich bin gerade darüber informiert worden, dass die beiden Fragen doch getrennt behandelt werden, weil verschiedene Senatoren sie beantworten. Jetzt antwortet der Bildungssenator, Herr Zöllner. – Bitte schön, Herr Zöllner, Sie haben das Wort!

Senator Dr. Jürgen Zöllner (Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kenne Einzelfälle und nehme sie ernst. Ob dahinter eine Strategie steht, muss sich durch weitere Beobachtung klären. Die Einzelfälle sind für mich Anlass, Beratung anzubieten, sie zu vermitteln, und – was wichtig ist – vor allem im Umfeld tätig zu werden.

Zu Ihrer 2. Frage: Ich halte Aufklärung über konfliktträchtige Anbieter am sogenannten Lebenshilfemarkt – und das ist nicht nur Scientology – für wichtig und eine unverzichtbare Präventivmaßnahme. Ausgehend von dem konkreten Anlass, der Errichtung der neuen Scientology-Zentrale, hat meine Verwaltung neben Einzelgesprächen und Beratungen sofort der dort gelegenen Grundschule die Broschüre „Alles Sekte – oder was?“ und die als Flyer aufbereitete Checkliste, die sich an junge Menschen wendet, „Konfliktträchtige Gruppen versprechen viel ...“, zur Verfügung gestellt. Das Vorhandensein dieses Informationsmaterials ist der Beleg dafür, dass sich der Senat langfristig der Problematik bewusst ist. Alle Schulen im Umfeld werden in diesen Dialog mit einbezogen und mit entsprechenden Informationsmaterialien vor allem zur Prävention versorgt. Erforderlichenfalls bekommt auch das örtliche Jugendamt eine entsprechende Unterstützung und bietet diese wiederum für die Schulen.

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Senator! – Eine Nachfrage von Frau Dr. Barth. – Bitte schön, Frau Dr. Barth!

Dr. Margrit Barth (Linksfraktion):

Danke, Herr Senator, für die Antwort! Ich frage Sie: Wann wird der Senat den Berliner Sektenbericht fortzuschreiben – den letzten Bericht haben wir 2002 erhalten?

Präsident Walter Momper:

Herr Senator Zöllner!

Senator Dr. Jürgen Zöllner (Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung):

Ich werde das prüfen und das Hohe Haus unterrichten.

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Senator! – Es gibt keine weiteren Nachfragen.

Ich rufe auf Frau Abgeordnete Kosche von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit einer Frage zum Thema

Trinkwasser für Großbetriebe zu Niedrigpreisen?

– Bitte schön, Frau Kosche!

Heidi Kosche (Grüne):

Herr Präsident! Werte Damen und Herren! Ich frage den Senat:

1. Wie und mit welcher Absicht plant der Senat, die aktuelle Tarifstruktur der Trinkwasserpreise zu verändern?
2. Treffen Informationen zu, dass der Berliner Senat erneut plant, das Berliner Betriebe-Gesetz zu Lasten von Privathaushalten so zu verändern, dass Mengenrabatte für Großabnehmer, z. B. von Trinkwasser, möglich werden, und wenn ja, warum?

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Frau Kosche! – Zur Beantwortung der Wirtschaftssenator. – Bitte schön, Herr Wolf, Sie haben das Wort!

Bürgermeister Harald Wolf (Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Abgeordnete Kosche! Sie wissen, dass die Koalitionsvereinbarung von SPD und Linkspartei vorsieht, Grund- und Arbeitspreise für die Wasserpreise zu ermöglichen. Das ist ein System, das bei 95 % der Ver- und Entsorger in der Bundesrepublik Deutschland üblich ist – übrigens auch bei allen leitungsgebundenen Unternehmen, wie zum Beispiel bei der Elektrizitätsversorgung oder der Telekommunikation. Hintergrund dieser Überlegungen ist der Umstand, dass die fixen Kosten – das sind die Kosten, die in Rohrnetzen, Anlagen, Wasser- und Klärwerken gebunden sind – einen ausgesprochen hohen Anteil des Wasserpreises ausmachen. Bei einem Rückgang des Wasserverbrauchs werden diese hohen Kosten auf jeden Kubikmeter Wasser umgelegt. Deshalb besteht ein Interesse daran, den Wasserverbrauch zu stabilisieren. Hierzu sollen durch ein neues Tarifsysteem Anreize geschaffen werden.

Zu Ihrer 2. Frage, ob Ihre Informationen zutreffen, dass der Senat beabsichtigt, das Berliner Betriebe-Gesetz so zu

Bürgermeister Harald Wolf

ändern, dass Mengenrabatte zu Lasten von Privathaushalten eingeführt werden, antworte ich: Nein, der Senat beabsichtigt Derartiges nicht. Die Koalition beabsichtigt allerdings die Einführung eines Anschluss- und Benutzerzwangs, mit dem es Großunternehmen nicht mehr möglich ist, sich der Solidargemeinschaft der Wasserverbraucher zu entziehen, und damit auch ihrem Anteil an den Infrastrukturkosten.

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Senator Wolf! – Eine Nachfrage von Frau Kosche. – Bitte schön, Sie haben das Wort!

Heidi Kosche (Grüne):

Danke, Herr Senator, für Ihre Ausführungen! Ich habe eine weitere Frage. In einer Pressemitteilung vom 29. November 2006 der Berliner Wasserbetriebe war zu lesen:

Der Aufsichtsrat

– in dem Sie Mitglied sind –

der Berliner Wasserbetriebe hat gestern u. a. über die Tarife des Unternehmens für 2007 beraten. Nach einer ausführlichen Diskussion wurde u.a. beschlossen, Mitte 2007 eine Tarifstruktur aus Grund- und Mengenpreisen einzuführen. Ziel ist es, die Kosten für die vorgehaltene Infrastruktur nicht mehr separat, sondern verursachergerecht auszuweisen.

Da Sie qua Amt im Vorstand der Berliner Wasserbetriebe sitzen, frage ich Sie: Ist das nicht klar und deutlich eine Ankündigung der Einführung von Mengenrabatten für die Industrie auf Kosten der Berliner Privathaushalte für das Jahr 2007?

Präsident Walter Momper:

Herr Senator Wolf!

Bürgermeister Harald Wolf (Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen):

Frau Abgeordnete Kosche! Zunächst eine Korrektur: Ich bin Vorsitzender des Aufsichtsrats und nicht Mitglied des Vorstands. Das würde eine neue Nebentätigkeitserlaubnis erfordern und zudem deutlich mein Senatorengehalt übersteigen, was, glaube ich, nicht zulässig wäre.

Was Sie aus der Presseerklärung der Berliner Wasserbetriebe vorgelesen haben, deckt sich vollständig mit dem, was ich Ihnen eben geantwortet habe, nämlich der Ermöglichung einer Trennung in Grund- und Arbeitspreis. Das ist kein Mengenrabatt, eine derartige Änderung des Gesetzes ist nicht beabsichtigt. Wir prüfen momentan innerhalb der Koalition, ob eine Änderung an einer Stelle im Berliner Betriebe-Gesetz notwendig ist, um mögliche soziale Härten abzufangen. Das geht genau in die entgegengesetzte Richtung. Es geht nicht um eine Entlastung zu

Lasten der Kleinverbraucher, sondern den Versuch, ein sozialgerechtes Tarifsysteem zu finden, mit dem ungerechtfertigte Härten gerade für Kleinverbraucher verhindert werden.

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Senator! – Eine Nachfrage des Kollegen Buchholz. – Bitte schön, Herr Buchholz, Sie haben das Wort!

Daniel Buchholz (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident! – Herr Senator! Sie sprachen gerade die sozialverträgliche Umstellung der Wasserpreise, die Aufspaltung in einen Grund- und einen Arbeitspreis an. Wie kann das in der Praxis ablaufen? Kann das bedeuten, parallel zu dem Preismodell, das auch die GASAG verfolgt, dass es für Kleinverbraucher so eine Art Bestpreismodell gibt, also der jeweils günstigste Grundpreis für sie gilt?

Präsident Walter Momper:

Herr Senator Wolf – bitte!

Bürgermeister Harald Wolf (Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen):

Herr Buchholz! Wir diskutieren darüber, inwieweit es möglich ist, dass automatisch vonseiten der Wasserbetriebe die für den jeweiligen Verbraucher günstigste Zählergröße, auf die der Grundpreis berechnet wird, angenommen wird. Wir prüfen das, ich halte das aber für eine vernünftige Überlegung. Wenn es tarif- und gebührenrechtlich machbar ist, werden wir dem nähertreten.

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Senator!

Es geht weiter mit einer Anfrage des Kollegen Sebastian Czaja von der Fraktion der FDP zum Thema

Gefährdet Sonderweg die Chancen der Berliner Unis?

– Bitte schön, Herr Czaja!

Sebastian Czaja (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich frage den Senat:

1. Wieso forciert der Berliner Wissenschaftssenator, wie in den Medien zu lesen war, im Zusammenhang mit der dritten Säule der Exzellenzinitiative die Idee eines gemeinsamen Antrags der Berliner Universitäten?
2. Ist es auszuschließen, dass derartige Vorstöße angesichts der Tatsache, dass gerade bei den Zukunftskonzepten nur einzelne Universitäten antragsberechtigt

Sebastian Czaja

sind, außerhalb Berlins auf Unverständnis stoßen und die Erfolgsaussichten für die Berliner Universitäten dadurch geschmälert werden?

Präsident Walter Momper:

Danke schön! – Der Bildungssenator, Herr Zöllner, antwortet. – Bitte schön, Herr Zöllner, Sie haben das Wort!

Senator Dr. Jürgen Zöllner (Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe eine solche Idee weder gehabt noch gegenüber der Zeitung geäußert. Ich bin allerdings der Meinung – und dieses habe ich geäußert –, dass die Zusammenarbeit und Kooperation zwischen den Universitäten und vor allem zwischen den Universitäten und den hervorragenden außeruniversitären Forschungseinrichtungen verstärkt und letzten Endes über einen institutionellen Rahmen möglicherweise abgesichert und damit noch effektiver werden sollte.

Zur Frage 2 ergibt sich aus der Beantwortung der Frage 1 zwingend, wenn es einen solchen Vorstoß nicht gegeben hat, dass das im Nachhinein auszuschließen ist.

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Senator! – Es gibt keine Nachfrage.

Damit geht es weiter mit dem Kollegen Schreiber von der SPD-Fraktion mit einer Frage zu dem Thema

Beobachtung der Scientology-Organisation durch die Berliner Verfassungsschutzbehörde

– Bitte schön, Herr Kollege Schreiber!

Tom Schreiber (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Ich frage den Senat:

1. Gibt es in Berlin einen vom bundesweit üblichen Verfahren abweichenden Umgang mit der Scientology-Sekte, und wenn ja, wie ist er begründet?
2. Wie beurteilt der Senat die von Scientology ausgehenden Gefahren, und mit welchen Maßnahmen wird ihnen begegnet?

Präsident Walter Momper:

Wer antwortet? – Der Herr Innensenator Dr. Körting. – Bitte schön, Sie haben das Wort.

Senator Dr. Ehrhart Körting (Senatsverwaltung für Inneres und Sport):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Schreiber! Über Scientology gab es im Jahr 1997 auf der Innenministerkonferenz eine Diskussion, bei der sich die

Innenminister darauf verständigten, dass es in der Ideologie von Scientology, insbesondere in den Schriften ihres Begründers Ron Hubbard, Anhaltspunkte dafür gibt, dass die sektenähnliche Bewegung eine andere Gesellschaftsordnung anstrebt, und zwar eine nicht mit den verfassungsmäßigen Zielen der Bundesrepublik Deutschland vereinbare. Nach diesem Beschluss der Innenministerkonferenz von 1997 haben die Bundesländer die Beobachtung von Scientology aufgenommen. Sie werden seither bis zum Jahr 2002 in den Verfassungsschutzberichten des Landes Berlins einen Bericht über Scientology finden. In den Verfassungsschutzberichten des Landes Berlin ist allerdings erkennbar, dass diese Scientology-Bewegung in Berlin nicht richtig Fuß gefasst hat, immer eine Marginalgruppe war und praktisch kaum Aktivitäten entwickelt hat. Das ist anders als in den Bundesländern Baden-Württemberg, Bayern und Hamburg, wo die Scientology-Sekte intensiv tätig ist und dort dementsprechend intensiv vom Verfassungsschutz beobachtet wird.

Wir haben im Jahr 2001 mit Scientology einen Prozess geführt, weil Scientology das Land Berlin darauf verklagt, es zu unterlassen, die Bewegung mit nachrichtendienstlichen Mitteln zu beobachten. Das Verwaltungsgericht Berlin hat das Land Berlin in einem Urteil vom Dezember 2001 verpflichtet, entsprechend der Klage zu verfahren, das heißt, keine Beobachtung mit nachrichtendienstlichen Mitteln mehr vorzunehmen. Begründet ist diese Gerichtsentscheidung genauso wie eine parallele Gerichtsentscheidung, die am 27. April 2005 vom Oberverwaltungsgericht des Saarlands ergangen ist, damit, dass es keine tatsächlichen Aktivitäten gibt, die Bestrebungen gegen die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland belegen, und dass die bloße Ideologie, die 1950 in einem Buch niedergelegt worden sei, nicht ausreiche, sie auf Dauer weiter zu beobachten. Es reiche als Anhaltspunkt für eine Erstbeobachtung aus, aber nicht, wenn es keine tatsächlichen weiteren Anhaltspunkte dafür gebe, dass sich etwas tue.

Wir haben Scientology 2002 trotzdem noch im Verfassungsschutzbericht behandelt, allerdings nur unter Berücksichtigung dessen, was allgemein oder ohne die nachrichtendienstliche Mittel wie V-Leute zugänglich ist. Wir haben auch vorher über V-Leute nichts Sensationelles erfahren, weil Scientology hier nicht aktiv war. Daraufhin gab es eine weitere Klage von Scientology, die dazu geführt hat, dass das Gericht uns gegenüber zu erkennen gegeben hat, dass nur dann, wenn wir tatsächliche Aktivitäten von Scientology nachweisen können, Chancen für einen Gewinn des Prozesses vorhanden seien. Wir haben uns damals in Absprache mit dem Bund entschieden, dass wir die Beobachtung von Scientology einstellen, der Bund aber weiter beobachte, zumal auch ein Klageverfahren gegen den Bund anhängig war. Dass diese Haltung richtig war, ergibt sich aus der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Berlin vom Dezember, wo über die Kosten entschieden wurde. Das Gericht hat gesagt, dass die Klage von Scientology auf Unterlassung der Beobachtung voraussichtlich Erfolg gehabt hätte.

Senator Dr. Ehrhart Körting

Ich habe das deshalb so ausführlich dargestellt, weil wir vom Senat bei der Begründung des Themas der Aktuellen Stunde immer in der Situation sind, dass wir hier beschimpft werden, ohne etwas dazu sagen zu können. Herr Henkel hat ein hervorragendes Beispiel geliefert, indem er uns vorgeworfen hat, er könne nicht verstehen, wieso wir so zögerlich seien.

[Frank Henkel (CDU): Habe ich gesagt!]

Lieber Kollege Henkel, die Beachtung von Entscheidungen unabhängiger Gerichte ist für mich kein zögerliches Verhalten, sondern selbstverständlich für jemand wie mich, der hier vor dem Abgeordnetenhaus auf Verfassung und Gesetz vereidigt worden ist.

[Beifall bei der SPD, der Linksfraktion
und den Grünen –

Frank Henkel (CDU): Darum geht es jetzt gar nicht!]

Der Kollege Scheiber fragt weiter, wie die Praxis sei: Wir haben die Beobachtung eingestellt und haben, wenn uns etwas über Scientology bekannt wurde, was „spannend“ sein könnte, diese Information erst einmal an das Bundesamt für Verfassungsschutz weitergeben. Genau so ist mit der Filiale in der Otto-Suhr-Allee verfahren worden.

Übrigens irren Sie, wenn Sie meinen, dass dem Bauamt Charlottenburg lange Zeit vor Eröffnung der Filiale Kenntnis gegeben wurde. Das Bauamt Charlottenburg hat erst um den 14. Dezember 2006 durch Übersendung von Bauunterlagen für die Reklame von dieser Filiale erfahren und hat diese Unterlagen mit einem Schreiben vom 20. Dezember 2006 an die Verfassungsschutzbehörde zur Kenntnisnahme weitergegeben, die irgendwann nach Weihnachten – ich habe jetzt das Datum nicht – in der Behörde eingegangen sind. Die Verfassungsschutzbehörde des Landes Berlin hat diese Information am 2. Januar 2007, also wenige Tage nach Eingang und wenige Tage vor der Eröffnung dieser Filiale, an das Bundesamt für Verfassungsschutz weitergegeben.

[Andreas Statzkowski (CDU): Das ist falsch!]

– Lieber Kollege Statzkowski! Ich habe mit Ihrem ehemaligen Kollegen Baustadtrat Gröhler gesprochen, sonst würde ich hier nicht so etwas erzählen. Er sagte mir, sie hätten erst um den 14. Dezember davon erfahren.

Die Situation ist, dass wir jetzt neue Aktivitäten haben. Ich habe von Anfang an gesagt, neue Aktivitäten beinhalten, dass wir eventuell neue Anhaltspunkte haben, um Verfassungsschutzbeobachtungen aufzunehmen. Wir sind nicht daran gehindert, Herr Kollege Behrendt, da irren Sie nun wiederum –

[Zuruf von Dirk Behrendt (Grüne)]

– Ich kann das nur so sagen! – Wir haben uns gegenüber dem Verwaltungsgericht nicht etwa verpflichtet, die Beobachtung einzustellen, sondern wir haben dem Verwaltungsgericht seinerzeit aus prozessualen Gründen mitgeteilt, dass wir derzeit nicht beobachten. Wir sind aber jederzeit frei zu beobachten, wenn es neue tatsächliche

jederzeit frei zu beobachten, wenn es neue tatsächliche Anhaltspunkte gibt.

Ihre zweite Frage, Herr Schreiber, lautet, wie wir die von Scientology ausgehenden Gefahren beurteilen. Die Gefahren zielen nicht in erster Linie auf die Unterwanderung der verfassungsmäßigen Ordnung, so ist übrigens auch die Auffassung der meisten anderen Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder. Scientology wirkt wie andere Sekten auch, aber in besonders aggressiver und unterdrückender Form, ihre Mitglieder und hält sie bei der Stange in dieser Organisation und nimmt sie dort finanziell aus wie eine Weihnachtsgans.

Das heißt, die Mitglieder werden gezwungen, Kurse zu machen oder sich schulen zu lassen oder was auch immer und müssen dafür in wesentlichem Umfang bezahlen. Dieses Bezahlenmüssen führt übrigens dazu, dass die Scientology-Bewegung überwiegend von uns allen nicht als Religionsbewegung angesehen wird und auch nicht unter den Schutz des Artikels 4 des Grundgesetzes fällt, sondern dass wir sie als kommerzielle Bewegung ansehen. Schon früh ist begonnen worden, alles, was diese kommerzielle Bewegung beinhaltet, auch unter kommerziellen und Gewerbe Gesichtspunkten zu überprüfen. Es ist ihnen einmal untersagt worden, einen Buchladen, der nicht angemeldet war, zu betreiben. Es gibt Verfahren nach dem Gesetz über Heilkunde u. Ä. Es gibt darüber hinaus im Hinblick auf die Ideologie, die diese Sekte hat – ganz unabhängig davon, ob sie verfassungswidrig ist oder nicht –, Einschränkungen im Vergaberecht des Landes Berlin, die praktiziert werden. Scientology hat teilweise dagegen in anderen Bundesländern geklagt, aber teilweise wird auch beim Vergaberecht – gestern war dazu ein Artikel im „Tagesspiegel“ – darauf geachtet, dass nicht Ideologie von Scientology verbreitet wird.

Das ist das, was derzeit getan wird. Das ist auch das, was wir tun können. Ich weiß, dass es immer schwierig zu vermitteln ist, dass es solche Organisationen gibt, die in einem – relativ miesen – Graubereich tätig sind, dass man denen nicht immer unmittelbar und sofort oder wie auch immer das Handwerk legen kann. Aber das ist nun mal so in einem Rechtsstaat. Ich habe nur die Möglichkeit, gegen eine solche Organisation etwas zu unternehmen, wenn strafrechtlich relevantes oder gegen Vorschriften verstößendes Verhalten da ist. Dann kann konkret eingegriffen werden, entweder durch uns oder durch das Gewerbeamt oder durch jemand anderen. Wenn sie sich nur darauf beschränken, wie das der Fall ist, sich um Mitglieder zu bemühen und die Dummheit derjenigen, die zu Scientology gehen, ausnutzen, diese unter psychischen Zwang setzen, dann ist das nach unseren Strafgesetzen nicht verboten. Dummheit ist eben nicht verboten, auch die Ausnutzung von Dummheit ist nicht verboten. Dementsprechend ist das Mittel der Wahl, das man gegen solche Organisationen in einem Rechtsstaat hat, die Aufklärung, teilweise im Schulbereich, dazu hat Senator Zöllner vorhin etwas gesagt, und im Jugendbereich und die generelle Aufklärung der Bevölkerung über Gefahren, die von solchen Sekten

Senator Dr. Ehrhart Körting

o. Ä. ausgehen. Das tut der Senat. Insofern braucht er sich da nichts vorwerfen zu lassen.

Wer tatsächlich meint, er könnte mehr tun, muss Ross und Reiter nennen und nicht bräsig in der Welt herumfabulieren, man müsse den Druck erhöhen oder was auch immer. Mit „Druck erhöhen“ können Sie nicht verhindern, dass Räumlichkeiten gemietet werden, dass Sekten Menschen anquatschen. Sie können den Menschen sagen: Macht das Richtige, wenn ihr von solchen Leuten angequatscht werdet, sagt ihnen: Rutscht mir den Buckel runter! – Das ist die richtige Antwort, die der Berliner gibt.

[Beifall bei der SPD, der Linksfraktion und den Grünen]

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Senator! – Eine Nachfrage des Kollegen Schreiber? – Das ist nicht der Fall. Dann geht es weiter mit dem Kollegen Henkel. – Sie haben das Wort!

Frank Henkel (CDU):

Herr Senator! Das Verwaltungsgericht hat insbesondere das Anwerben von V-Leuten untersagt. Seither verzichtet Berlin auf jegliche Überwachung, nicht nur auf den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel. Ich frage Sie: Teilen Sie nicht die Auffassung, dass, wenn die rechtlichen Voraussetzungen in allen Bundesländern aufgrund länderübergreifender Abstimmung ganz überwiegend identisch sind, es nicht nachvollziehbar ist, warum die Überwachung in Bayern, Baden-Württemberg, Hamburg oder Nordrhein-Westfalen möglich sein soll, gleichzeitig in Berlin aber nicht? Vielleicht aktualisieren Sie einfach einmal die Einschätzung der Lage, dann sind wir schon ein Stück weiter.

Präsident Walter Momper:

Senator Dr. Körting!

Senator Dr. Ehrhart Körting (Senatsverwaltung für Inneres und Sport):

Zunächst ein Hinweis zum Sachverhalt: Es gibt ein Urteil des Verwaltungsgerichts Berlin aus 2001, aus dem ich zitiert habe, wonach der Einsatz bestimmter nachrichtendienstlicher Mittel – im damaligen Fall ging es um V-Leute – nicht zulässig war. Es gibt eine weitere gerichtliche Entscheidung aus dem Jahr 2003, als Scientology geklagt hat. Die Klage ist zwar, weil die sie nach Erledigungserklärung fortgeführt haben, abgewiesen worden, aber gleichzeitig hat das Gericht in dieser Entscheidung, der Kostenentscheidung über den erledigten Teil, festgestellt, dass die Klage von Scientology voraussichtlich Aussicht auf Erfolg gehabt hätte. Da ging es nicht um nachrichtendienstliche Mittel, sondern um Beobachtung generell und Erwähnung im Verfassungsschutzbericht. Insofern gibt es auch zu der zweiten Frage eine verwaltungsgerichtliche Entscheidung.

Was Sie dann anmahnen, ist die Frage, was wir innerhalb des Verfassungsschutzverbundes tun und was wir nicht tun. Wir haben uns 1997 darauf verständigt zu sagen, es gibt Anhaltspunkte. Die Gerichte sagen, auch das Oberverwaltungsgericht des Saarlands: Wenn ihr die seit acht Jahren beobachtet und außer den Anhaltspunkten aus einer Schrift von 1950 nichts Neues habt, dann ist es nicht mehr gerechtfertigt, weiterzuverfahren. – Das ist die Rechtslage.

Das war auch die Sachlage in Berlin. Ich habe vorhin gesagt: Wenn jetzt Aktivitäten von Scientology nach Berlin verlagert werden und wenn wieder neue Parolen ausgegeben werden, man möchte von hier aus nach Möglichkeit Einfluss auf die Politik nehmen, dann haben wir eine neue Sachlage, die mit der der Jahre 2003, 2004 und 2005 nicht übereinstimmt und die es uns ermöglicht, eine neue Sachentscheidung zu treffen. Diese Prüfung machen wir. Sie wird zu einem Ergebnis führen, und das werden wir im Verfassungsausschuss Ihnen gegenüber darstellen. Sie werfen mir vor, dass ich vor Änderung der Sachlage nicht beobachtet habe. Da irren Sie eben, weil vor Änderung der Sachlage die rechtlichen Voraussetzungen nicht gegeben waren.

[Frank Henkel (CDU): Sie wussten ja nicht mal, dass sie herkommen!]

[Beifall bei der SPD]

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Senator! – Es gibt eine Nachfrage des Kollegen Statzkowski! – Bitte schön!

Andreas Statzkowski (CDU):

Ich frage den Senator, wie er dazu steht, dass das Land Berlin offensichtlich das in Frage stehende Grundstück an die Immobilienfirma, die europaweit die Grundstücke der Scientology Church verwaltet, verkauft hat. Bei einer simplen Recherche im Internet wäre sehr wohl logisch erklärbar, dass es sich hierbei um eine Firma handelt, die ausschließlich für die Scientologen in Europa tätig wird. Darüber hinaus, Herr Innensenator, würde ich Sie bitten, zur Kenntnis zu nehmen, dass Sie von der Übersendung der Schriftstücke gesprochen haben, aber nicht von Telefonaten, die wesentlich früher geführt wurden und wo dementsprechend eine frühere Information an die Innenverwaltung geflossen ist. – Danke!

[Christian Gaebler (SPD): Frage!]

Präsident Walter Momper:

Herr Statzkowski! In der Fragestunde sind Fragen zulässig, aber keine Feststellungen. Ich bitte Sie, das künftig zu unterlassen. – Bitte schön, Herr Senator Dr. Körting!

Senator Dr. Ehrhart Körting (Senatsverwaltung für Inneres und Sport):

Im Ergebnis stellt der Kollege Statzkowski die Mündliche Anfrage Nr. 14, wenn ich das richtig sehe. Aber ich bin gern bereit, dieses in diesem Sachzusammenhang mit zu beantworten. – Soweit es das Bauamt Charlottenburg betrifft, ist mir vom zuständigen Stadtrat gesagt worden, dass er erst Mitte Dezember durch die Übersendung dieser Bauanzeige von Scientology erfahren hat. Offensichtlich verwechseln Sie irgendetwas mit der König-Fahd-Akademie aus dem Januar 2006 oder was auch immer. Vielleicht können wir das noch klären.

Soweit es das Grundstück betrifft, trifft es nicht zu, dass das Land Berlin dieses verkauft hat. Es ergibt sich übrigens aus Ihrer Mündlichen Anfrage, dass das nicht zutrifft. Das Grundstück gehörte früher der Firma BEWOG, also einer landeseigenen Gesellschaft. Dieses Gebäude wurde von der BEWOG ursprünglich selbst genutzt.

Dann ist die BEWOG Ende 2003 in die Räume der Wohnungsbaugesellschaft Friedrichshain mbH umgezogen und hat das Grundstück auf dem Immobilienmarkt angeboten. Das Gebäude wurde – vermittelt durch eine Gruppe, die eingeschaltet war – zunächst veräußert. Die Veräußerung ist dann aber nicht zustande gekommen, weil der Kaufvertrag nicht erfüllt worden ist. Danach wurde ein neuer Käufer ermittelt, der das Gebäude gekauft hat. Das ist die von Ihnen genannte Gruppe. Ich bin etwas überrascht, dass Sie auf Internetrecherchen verweisen. In Ihrer Mündlichen Anfrage weisen Sie selbst darauf hin, dass diese Gruppe, die das gekauft hat, über keine Website verfügt. Also weiß ich nicht so recht, wie man das im Internet hätte machen können.

[Dr. Manuel Heide (CDU): Google!]

Aber vielleicht ist das auch eine neue Information. – Ich habe mich noch einmal vergewissert: Der verkaufende Wohnungsbaugesellschaft war ein Zusammenhang mit Scientology zu keinem Zeitpunkt bekannt.

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Senator!

Jetzt geht es weiter mit der Mündlichen Anfrage Nr. 7 des Kollegen Dr. Robbin Juhnke zum Thema

Gefährdet der Senat ein erfolgreiches Quartiersmanagement im Rollbergviertel?

– Bitte schön, Herr Dr. Juhnke, Sie haben das Wort!

Dr. Robbin Juhnke (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich frage den Senat:

1. Trifft es zu, dass das Quartiersmanagement in den Rollbergen mit dem bisherigen Team nicht fortgesetzt werden soll, wenn ja, aus welchen Gründen?
2. Hält es der Senat unter Würdigung der geleisteten, überaus erfolgreichen Arbeit des bestehenden Teams, die weit über die Grenzen der Rollberge hinaus ihre Anerkennung findet, für angebracht, die Teambesetzung nicht fortzusetzen und in Kauf zu nehmen, dass die bisher erzielten positiven Veränderungen gefährdet werden?

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Abgeordneter! – Zur Beantwortung hat Frau Senatorin Junge-Reyer das Wort. – Bitte schön!

Bürgermeisterin Ingeborg Junge-Reyer (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Juhnke! Die Verträge mit dem bisherigen Team, das als Auftragnehmer mit dem Quartiersverfahren in den Rollbergen beschäftigt gewesen ist, liefen zum Ende des Jahres aus. Es wurden deshalb sehr frühzeitig Verhandlungen und Gespräche mit dem Verein Morus 14 e. V. über die Möglichkeit der Weiterführung der Arbeit geführt. In diesen Verhandlungen hat sich herausgestellt, dass es insbesondere zu zusätzlichen Vergütungen, aber auch zu künftigen Zielsetzungen der Arbeit und der Zusammenarbeit mit anderen vor Ort unterschiedliche Auffassungen gab, die schließlich dazu geführt haben, dass die inhaltlichen Schwerpunkte nicht geklärt werden konnten. Der Verein hat dann mit Schreiben vom 18. Dezember mitgeteilt, dass er sich um die weitere Gebietsbetreuung nicht bewerben wird. In einer solchen Situation ist es wichtig, sehr schnell dafür zu sorgen, dass die Arbeit, die teilweise von Ehrenamtlichen vor Ort getragen wird, die aber auch von einem bewährten Mitglied dieses Teams getragen worden ist, fortgesetzt werden kann.

Es ist deshalb sehr wichtig, dass bereits am 16. Januar eine neue Teambildung durch die Berlin-Brandenburgische Stadterneuerungsgesellschaft stattgefunden hat. Die als BSG im Kiez bekannte Trägergesellschaft übernimmt als erfahrener Träger im Bezirk Neukölln auch im Neuköllner Norden die Arbeit im Rollbergviertel. Die Kontinuität und die Fortführung von Projektarbeiten sind selbstverständlich sichergestellt. Wichtig ist auch, dass sich die Wohnungsbaugesellschaft Stadt und Land als sehr unterstützender, starker Partner im Bezirk und in diesem Kiez noch stärker als bisher engagieren will. Ich bin überzeugt, dass die bisherigen positiven Veränderungen im Gebiet fortgesetzt und weiterentwickelt werden können. Auch der Förderverein Morus 14 e. V. wird im Rahmen des Quartiersmanagements weiter aktiv sein. Der Förderverein führt u. a. verschiedene Tätigkeiten im Quartier als Projektträger durch. Projekte der Schülerhilfe, aber auch z. B. das sehr bekannte und vom Förderverein getragene

Bürgermeisterin Ingeborg Junge-Reyer

Projekt „Mieter kochen für Mieter“ werden fortgesetzt, sodass wir davon ausgehen können, dass es eine qualifizierte Fortsetzung der Quartiersarbeit in den Rollbergen geben wird. Sie hat bereits begonnen.

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Frau Senatorin! – Herr Dr. Juhnke hat nun das Wort zu einer Nachfrage. – Bitte schön!

Dr. Robbin Juhnke (CDU):

Frau Senatorin! Ist dem Senat bewusst, dass durch diese Entscheidung das schon unterschwellig bestehende Klima der Angst bei den freien Trägern im Quartiersmanagement verschärft wird und dass auch die Befürchtung weitere Nahrung erfährt, dass der Senat eine Trägermonokultur anstrebe, in der lediglich gleichgerichtete, linientreue und möglichst große Organisationen zum Tragen kommen?

Präsident Walter Momper:

Frau Senatorin Junge-Reyer – bitte schön!

Bürgermeisterin Ingeborg Junge-Reyer (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Juhnke! Im Gegenteil! Wir sind dabei, mit den Trägern, insbesondere dann, wenn es um Verfahren geht, die für sie schwierig sind, wie z. B. die Abrechnungsverfahren, die den Vorschriften nicht nur des Rechnungshofs, sondern auch der EU genügen müssen, intensiv darüber zu sprechen, wie wir die Arbeit erleichtern können, wie es also möglich ist, dass auch bisher eher wenig erfahrene Träger oder kleine Träger und vor allem auch die Ehrenamtlichen, die dort arbeiten, Unterstützung erfahren. Dazu gibt es sehr intensive Gespräche mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in meiner Verwaltung, aber auch – wie in Neukölln – sehr viele Gespräche mit den im Bezirk Verantwortlichen, die sich mit der Trägerlandschaft, aber auch mit der Leistungsfähigkeit und den Möglichkeiten der jeweils Beschäftigten bei den Trägern sehr gut auskennen. Ich versichere Ihnen, dass im Einzelfall sehr deutlich mitgearbeitet wird, weit über die Zuständigkeiten und eigentlich förmlichen Notwendigkeiten in einer solchen Verwaltung hinaus. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter setzen sich tatsächlich hin und versuchen, denjenigen, die Schwierigkeiten haben, weil sie nicht solche erfahrenen Träger sind, zu vermitteln, wie man sich ggf. in einer abgekürzten oder einfachen Fassung mit dem, was bürokratisch notwendig und unabweisbar erforderlich ist, auseinandersetzt, wie man aber auch überbordende bürokratische Verfahren, die kleine Träger eher belasten, abkürzen oder in vielen Fällen sogar vermeiden kann. Wichtig ist vor allen Dingen, dass wir das Engagement von kleinen Vereinen, von Ehrenamtlichen vor Ort, die sich in solchen Trägervereinen zusammentun, weiter unterstützen und dass wir sie ermuntern, ggf. über die Projektarbeit, über die Beteiligung an einzelnen Vorhaben Kompeten-

zen zu entwickeln und zu behalten, die sie in Zukunft noch deutlicher befähigen, auch Träger eines eher schwierigen Quartiersverfahrens zu werden und das dann dauerhaft zu bleiben.

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Frau Senatorin! – Jetzt gibt es eine Nachfrage des Kollegen Buchholz. – Sie haben das Wort.

Daniel Buchholz (SPD):

Frau Senatorin! Sehen Sie im Gegensatz zu dem, was Herr Juhnke suggeriert hat, gerade in der Vielfalt der Träger, die Sie angesprochen haben, zwischen großen und kleinen Trägern des Quartiersmanagements und denen, die erfahrener oder nicht erfahrener sind, eine große Vielfalt, gegenseitige Befruchtung und Unterstützung in dem, wie man an verschiedenen Orten der Stadt, auch in problematischen Kiezen, Fortschritte erreichen kann?

Präsident Walter Momper:

Frau Senatorin Junge-Reyer!

Bürgermeisterin Ingeborg Junge-Reyer (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Buchholz! Es ist von besonderer Bedeutung, dass wir immer dann, wenn Träger ausgesucht werden, mit dem Bezirk gemeinsam versuchen herauszufinden, wer über eine gute Kenntnis der handelnden Personen, aber auch der Partner, der vielen interessierten und inzwischen engagierten Vereine, auch der Kirchengemeinden, der Organisationen vor Ort, der Ehrenamtlichen, die tätig sind, verfügt. Hier kann es möglich sein, dass es ein bewährter Träger ist, der schon viel Erfahrung an anderen Stellen in der Stadt gesammelt hat. Mir ist wichtig, dass wir künftig noch mehr Wert darauf legen, dass diejenigen, die aus der Arbeit von unten heraus kommen und vielleicht über eine landesweite Erfahrung nicht verfügen, ebenfalls beteiligt werden. Oft sind es diese speziellen Kenntnisse im Kiez, oft ist es die Verbundenheit und die Verknüpfung mit der Arbeit im Kiez von vielen, die sich seit Jahren engagieren, die dann vielleicht auch einen neuen Trägerverein wachsen lässt.

Ich will Ihnen sehr gerne bestätigen, dass für uns die augenblickliche Diskussion, auch mit den Quartiersmanagern, über die Frage wichtig ist, wie wir Menschen mit einem Hintergrund anderer Art, einem anderen persönlichen kulturellen Hintergrund, in den Bezirken – ich denke an Beispiele aus Spandau oder Marzahn – auch verantwortlich machen, wenn es darum geht, Mitglied eines solchen Vereins zu sein, der dann mit anderen persönlichen Erfahrungshorizonten, aber auch breiten Erfahrungen im Kiez in der Zukunft Träger sein kann. Lassen Sie uns die Trägerlandschaft so vielfältig wie möglich gestalten, aber immer abgestimmt auf den Ort, an dem Verantwortung übernommen wird!

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Frau Senatorin!

Jetzt geht es weiter mit der Mündlichen Anfrage Nr. 8 der Frau Abgeordneten Dr. Hiller zum Thema

Mittelabfluss aus Schul- und Sportstättenanierungsprogramm

– Bitte schön, Frau Dr. Hiller!

Dr. Gabriele Hiller (Linksfraktion):

Vielen Dank, Herr Präsident! – Ich frage den Senat:

1. Wie ist der aktuelle Stand des Mittelabflusses aus dem Schul- und Sportstättenanierungsprogramm des Landes Berlin zum Termin 31. Dezember 2006?
2. Welche konkreten Mittelbindungen einzelner Bezirke liegen noch vor, und welcher Betrag wird für 2006 vermutlich nicht abgerufen?

Danke schön!

Präsident Walter Momper:

Danke schön! – Für den Senat antwortet der Senator für Bildung, Herr Zöllner. – Bitte schön, Herr Senator!

Senator Dr. Jürgen Zöllner (Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die im Haushaltsjahr 2006 zur Verfügung stehenden Mittel des Schul- und Sportstättenanierungsprogramms in Höhe von 41,129 Millionen € sind zum Termin 31. Dezember 2006 vollständig verausgabt worden.

[Beifall Andreas Statzkowski (CDU)]

Der Tatsache folgt zwingend, dass es in den einzelnen Bezirken keine Mittelbindungen mehr gibt.

An dieser Stelle sei mir die Bemerkung gestattet, dass ich glaube, dass dieses für Berlin sicher vorbildliche Programm zwischen den Bezirken und dem Senat nicht nur weitergeführt werden sollte, sondern ich mich bemühen werde, im Gespräch mit den Bezirken möglicherweise auch die Bedingungen der Abstimmungen noch zu optimieren.

[Mieke Senftleben (FDP): Das wäre eine Tat!]

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Senator Zöllner! – Eine Nachfrage von Frau Dr. Hiller gibt es nicht. Dann ist Herr Statzkowski an der Reihe. – Bitte Herr Statzkowski, Sie haben das Wort!

Andreas Statzkowski (CDU):

Herr Senator! Teilen Sie meine Einschätzung, dass es den Bezirken in hervorragender Weise gelungen ist, dieses Sonderprogramm zu 100 % auszuschöpfen, obwohl der Senat die Mittel erst relativ spät freigegeben hat und es Schwierigkeiten bei der Umsetzung, der Ausschreibung der einzelnen Projekte gegeben hat?

Präsident Walter Momper:

Herr Senator Dr. Zöllner, bitte schön, Sie haben das Wort!

Senator Dr. Jürgen Zöllner (Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich glaube, man soll Gesamtgeschehen immer vom Ende her betrachten. Die Tatsache, dass der Gesamtbetrag – wie ich eben berichtete – abgeflossen ist und damit letztlich optimal den Bedürfnissen der einzelnen Bezirke und damit den Notwendigkeiten vor Ort, die Schulen im Rahmen des Möglichen baulich zu sanieren, Rechnung getragen wurde, ist der entscheidende Punkt.

Ich kann nicht ausschließen, dass es in Zusammenhang mit Ausschreibungen und Abwicklungen in einzelnen Bezirken zu Verzögerungen oder Schwierigkeiten gekommen ist. Wenn Sie konkrete Anhaltspunkte haben, bin ich Ihnen dankbar, wenn Sie mir diese benennen würden. Im Rahmen meiner Zuständigkeiten werde ich dann sicher versuchen, auch im Gespräch mit den Bezirken und den Zuständigen, dieses möglichst zu optimieren.

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Prof. Zöllner! – Nun gibt es eine Nachfrage des Kollegen Gaebler von der Fraktion der SPD. – Bitte schön, Herr Kollege Gaebler, Sie haben das Wort!

Christian Gaebler (SPD):

Vielen Dank! – Herr Prof. Zöllner! Es geht hier um ein Schul- und Sportstättenanierungsprogramm. Wie sind Ihre Erfahrungen aus den aktuellen Ausschöpfungen? Es gab Bedenken der Sportvereine, dass die Sportstätten weniger Berücksichtigung finden als die Schulen und deshalb in dem Programm eine Zweckbindung für Sport notwendig wäre. Gibt es hierzu aktuelle Diskussionen? Ist dies aus Ihrer Sicht notwendig, und wird dies mit den Bezirken diskutiert?

Präsident Walter Momper:

Herr Prof. Zöllner, der Bildungssenator!

Senator Dr. Jürgen Zöllner (Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich würde jetzt einen falschen Eindruck erwecken, wenn ich über

Senator Dr. Jürgen Zöllner

eigene Erfahrungen bei der Abwicklung dieses Programms berichten würde.

Ich kann nur aus meiner Lebenserfahrung im Zusammenhang mit Schulen und schulpolitischen Prozessen und Entscheidungen folgern, dass die Tatsache, dass mir in den wenigen Wochen, in denen ich hier bin, schon viele Sorgen aus dem Schulbereich vorgetragen worden sind, ich aber noch keinen einzigen Brief bekommen habe, in dem über Abwicklung, Zielsetzungen und Ähnliches des Schulbauprogramms berichtet wurde, sowohl in der Sache als auch in der angesetzten Höhe – auch wenn es immer verbesserungsfähig ist –, ein guter Ansatz ist. Nichtsdestotrotz gilt, was ich vorhin gesagt habe, dass es – dies schließe ich aus einzelnen äußeren Rahmenbedingungen – noch zu optimieren ist.

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Prof. Zöllner! – Die Fragestunde ist wegen Zeitablauf beendet. Die heute nicht beantworteten Anfragen werden wieder mit der von der Geschäftsordnung abweichenden Beantwortungsfrist von bis zu drei Wochen schriftlich beantwortet.

Bevor ich den weiteren Tagesordnungspunkt aufrufe, begrüße ich den neuen Staatssekretär Eckart Schlemm in der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung. – Herzlich willkommen in Berlin, auf gute Zusammenarbeit! Es ist schön, dass Sie uns beistehen wollen!

[Beifall]

Ich rufe nun auf zur

Ifd. Nr. 2:**Fragestunde – Spontane Fragestunde**

Zuerst erfolgen in der Spontanen Fragestunde die Wortmeldungen nach der Stärke der Fraktionen mit je einem Mitglied. Für die SPD-Fraktion ist dies der Kollege Dr. Arndt. Herr Dr. Arndt hat das Wort. – Bitte schön!

Dr. Michael Arndt (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident! – Ich frage den Senat: Treffen Informationen zu, dass der Senat von Berlin weder das Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf noch die Bewohner in Berlin-Lankwitz über den Planungsverlauf und die damit verbundenen konkreten Umsetzungsschritte zur Errichtung eines Wohnheimes für psychisch kranke Straftäter in der Leonorenstraße 17 unterrichtet hat?

Präsident Walter Momper:

Die Gesundheitssenatorin Frau Lompscher beantwortet diese Frage. – Bitte schön!

Senatorin Katrin Lompscher (Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz):

Herr Präsident! Herr Abgeordneter Arndt! Diese Informationen treffen nicht zu. Es hat bereits im Januar 2006 eine Information der politisch Verantwortlichen in Steglitz-Zehlendorf gegeben. Die damalige Gesundheitsstadträtin und der damalige Bürgermeister sind über das Konzept informiert worden. Das Konzept ist ihnen im Anschluss übersandt worden. Erst nach Erklärung des Einvernehmens sind die Planungen in Angriff genommen worden, die erst zum Herbst vorigen Jahres abgeschlossen werden konnten.

Im November 2006 ist dann das Fachgremien, konkret die psycho-soziale Arbeitsgemeinschaft Steglitz-Zehlendorf, in Anwesenheit der Gesundheitsstadträtin über den Projektfortschritt informiert worden. Die Vereinbarung war seinerzeit, dass eine abgestimmte und sensible Information der Öffentlichkeit sobald wie möglich erfolgen soll.

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Frau Lompscher! – Es gibt eine Nachfrage des Kollegen Arndt. – Bitte, Sie haben das Wort!

Dr. Michael Arndt (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident! – Frau Lompscher! Wie und wann will der Senat zeitnah dem dringenden Informationsbedürfnis der Anwohner und des Bezirkes nachkommen?

Präsident Walter Momper:

Frau Senatorin Lompscher, bitte schön!

Senatorin Katrin Lompscher (Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz):

Herr Präsident! Herr Abgeordneter! Es besteht, wie bereits gesagt, regelmäßige Kommunikation zwischen den fachlich Zuständigen. Insofern ist der Informationsstand im Bezirk und im Senat gleich. Unabhängig davon beantworten wir jetzt die Briefe, die uns erreicht haben, also jener der zuständigen neuen Gesundheitsstadträtin, und übersenden nochmals das Konzept. Wir stehen auch zur Verfügung für Veranstaltungen, die im Bezirk organisiert werden, wie zum Beispiel Bürgerversammlung oder Gesundheitsausschusssitzung.

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Frau Senatorin Lompscher!

Jetzt ist der Kollege Graf von der Fraktion der CDU an der Reihe und hat das Wort.

Florian Graf (CDU):

Ich frage den Regierenden Bürgermeister: Teilen Sie die Auffassung Ihres Finanzsenators, dass die Finanzmisere

Florian Graf

Berlins doch zu einem großen Teil selbstverschuldet ist, und wie begründen Sie vor diesem Hintergrund die entgegengesetzten Einlassungen Ihres Senats beim Bundesverfassungsgericht?

Präsident Walter Momper:

Herr Regierender Bürgermeister, Herr Wowereit – bitte!

Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit:

Herr Präsident! Herr Abgeordneter! Ich glaube, dass die Ausführungen des Finanzsenators missverständlich waren.

[Mario Czaja (CDU): Wie häufig!]

Er hat auf bestimmte Tatbestände hingewiesen, die sich das Land Berlin durchaus zurechnen lassen muss, beispielsweise den sehr späten Ausstieg aus der sozialen Wohnungsbauförderung. Nach Beschlussfassung in diesem Parlament ist das noch lange aufrechterhalten worden, wodurch sich hohe Belastungen für den Landeshaushalt auch noch für die zukünftigen Jahre ergeben. Das haben wir auch nie geleugnet. Wir haben aber deutlich gemacht, dass ein Großteil der Schulden strukturell und auch Folge der Teilung der Stadt ist, der strukturellen Schwäche dieser Stadt, auch des erprobten Rückfahrens der Berlinsubventionen im Wirtschaftsbereich im Jahr 1993.

Wir haben in Karlsruhe aber auch deutlich gemacht, dass wir selbstverständlich eigene Anstrengungen unternehmen, um uns selbst zu helfen, bevor wir Hilfe anderer in Anspruch nehmen. In dem Zusammenhang muss man das sehen. Wenn dies einseitig verstanden worden ist, war dies sicher nicht die Absicht des Finanzsenators.

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Regierender Bürgermeister! – Eine Nachfrage des Kollegen Graf. – Bitte, Sie haben das Wort!

Florian Graf (CDU):

Herr Regierender Bürgermeister! Können wir davon ausgehen, dass Sie als Regierungschef künftig kraft Ihrer Richtlinienkompetenz dafür sorgen werden, dass solche Missverständnisse nicht dem Ansehen Berlins schaden, wie es in diesem Fall durch diese Äußerung des Finanzsenators geschehen ist?

Präsident Walter Momper:

Herr Regierender Bürgermeister – bitte schön!

Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit:

Herr Präsident! Herr Abgeordneter! Ich glaube nicht, dass Ihre These, wonach diese Äußerung des Finanzsenators dem Ansehen Berlins geschadet habe, richtig ist. Insofern

möchte ich diese Frage erst einmal nur so im Raum stehen lassen. Der Finanzsenator ist mittlerweile bundesweit dafür bekannt, dass er prononciert formuliert.

[Vereinzelter Beifall bei der SPD – Heiterkeit]

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Regierender Bürgermeister!

Als nächste stellt nun Frau Dr. Barth für die Linksfraktion eine spontane Frage. – Bitte schön, Sie haben das Wort!

Dr. Margrit Barth (Linksfraktion):

Ich frage Herrn Dr. Zöllner: Entspricht es den Tatsachen, dass jeder Schüler demnächst eine Identifikationsnummer bekommen soll? Wenn ja, wie bewerten Sie das?

[Zurufe von der CDU]

Präsident Walter Momper:

Herr Senator Dr. Zöllner! – Bitte schön, Sie haben das Wort!

Senator Dr. Jürgen Zöllner (Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung):

Ich gehe davon aus, dass nicht jeder Schüler oder jede Schülerin eine Identifikationsnummer bekommt.

[Mario Czaja (CDU): Nur die in Marzahn!]

Es gibt allerdings auf Bundesebene eine Diskussion zur Datenerfassung. Diese Diskussion war von vielen Missverständnissen in der Öffentlichkeit begleitet. Deswegen hat sich sogar auf der letzten Kultusministerkonferenz das Kollegium mit diesem Thema befasst, und es wird eine öffentliche Veranstaltung geben, in der die Absicht, letzten Endes vernünftiges statistisches Material zu bekommen, transparent auch in Gegenwart von Datenschützern diskutiert werden wird, um mögliche Bedenken in diesem Zusammenhang auszuräumen.

Präsident Walter Momper:

Frau Dr. Barth hat das Wort zu einer Nachfrage. – Bitte schön!

Dr. Margrit Barth (Linksfraktion):

Ist es richtig, dass in einigen Bundesländern diese Identifikationsnummern bereits eingeführt worden sind? Wenn ja, welche Daten sollen dort erfasst werden?

Präsident Walter Momper:

Herr Senator Dr. Zöllner – bitte schön!

Senator Dr. Jürgen Zöllner (Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung):

Darüber ist mir nichts bekannt. Ich kann dazu nichts sagen. Da aber morgen die Kultusministerkonferenz tagen wird, werde ich die Gelegenheit benutzen, mich bei meinen Kollegen zu erkundigen, was sich in diesem Felde tut. Ich glaube aber nicht, dass diese Identifikationsnummern bereits eingeführt sind.

Präsident Walter Momper:

Als nächster stellt Herr Schäfer von den Grünen eine spontane Frage. – Bitte schön, Sie haben das Wort!

Michael Schäfer (Grüne):

Ich habe eine Frage an Senator Dr. Sarrazin: Welche Möglichkeiten hat der Senat, den Konzessionsvertrag mit Vattenfall vorzeitig zu beenden und damit die Grundlage dafür zu legen, in Berlin Stromversorgung und Netzbetrieb zu trennen, wie es die EU-Kommission jüngst empfohlen hat?

Präsident Walter Momper:

Herr Senator Dr. Sarrazin – bitte schön!

Senator Dr. Thilo Sarrazin (Senatsverwaltung für Finanzen):

Herr Abgeordneter! Der Vertrag, den Sie ansprechen, wurde von uns vor der Verlängerung sorgfältig geprüft. Das, was wir jetzt getan haben – nämlich die Verlängerung –, hat sich als die beste Möglichkeit erwiesen. Andernfalls hätten wir uns materielle Nachteile eingehandelt. Mit der Trennung von Netz und Betrieb hat die Sache gar nichts zu tun. Das ist ein völlig anderes Thema, über das man sicherlich noch einmal reden kann.

Präsident Walter Momper:

Herr Schäfer hat das Wort zu einer Nachfrage. – Bitte schön!

Michael Schäfer (Grüne):

Haben Sie tatsächlich ein Jahr vor Ablauf dieses Kündigungsrechts – bis zum Jahresende 2007 können wir noch kündigen – rechtswirksam auf dieses Kündigungsrecht verzichtet, obwohl es dem Land Berlin einen Hebel gegenüber Vattenfall an die Hand gegeben hätte, auch beim Klimaschutz einige Verbesserungen zu erreichen?

Präsident Walter Momper:

Herr Senator Dr. Sarrazin – bitte schön!

Senator Dr. Thilo Sarrazin (Senatsverwaltung für Finanzen):

Es gab hier keinen wie auch immer gearteten Hebel, sondern wir haben durch die Verlängerung des Vertrags die Möglichkeit geschaffen, weiterhin Strom preisgünstig zu beziehen und auch etwas für die Stadt zu tun. Durch die Kündigung hätten wir uns keinerlei Möglichkeiten geschaffen, etwa auf eine Trennung von Netz und Betrieb hinzuwirken, über die man sowieso nur in einem völlig anderen ordnungspolitischen Rahmen reden kann.

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Senator Dr. Sarrazin!

Als nächster stellt Kollege Jotzo von der Fraktion der FDP eine spontane Frage. – Bitte schön, Sie haben das Wort!

Björn Jotzo (FDP):

Ich frage den Regierenden Bürgermeister: Teilen Sie die Aussagen des Finanzsenators Dr. Sarrazin vom 9. Januar 2007, dass der ca. 5 Millionen € teure Kauf des Grundstücks für das Technikmuseum eine „ausgemachte Kindelei“ gewesen sei, dass der damalige Kultursenator Dr. Flierl es seinerzeit an notarieller Genauigkeit habe fehlen lassen und dass eine Schenkung ohne Beurkundung schon „ein bisschen dünn“ sei?

Präsident Walter Momper:

Herr Regierender Bürgermeister – bitte schön!

Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit:

Herr Präsident! Herr Abgeordneter! Dieser Vorgang ist auch in mehreren Sitzungen des Abgeordnetenhauses und seiner Ausschüsse diskutiert worden. Nach diesem Vorgang sollte uns eines klar sein, nämlich dass alle Ankündigungen von privaten Personen, die höchstwahrscheinlich durchaus in guter Absicht dem Land Berlin Hilfestellung leisten oder besondere Projekte unterstützen wollen, doch mit der erforderlichen Vorsicht betrachtet werden sollten, denn es ist in vielen dieser Fälle sehr schwer, dann gegebenenfalls etwas einklagen zu wollen.

Die Vertreter des Deutschen Technikmuseums – und das weiß ich aus vielen persönlichen Gesprächen – haben die Seriosität dieses Herrn aus England durchaus bestätigt, denn sie hatten gute Kontakte zu ihm, haben immer mit ihm zusammengearbeitet und haben das – so, wie mir das damals stets geschildert worden ist – verifiziert, sodass es damals im Rahmen der Möglichkeiten auch seriös erschien. Ich bin auch davon ausgegangen, dass das in der Kulturverwaltung noch einmal entsprechend abgecheckt worden ist. Allerdings ist es äußerst schwierig, so etwas richtig einklagbar zu gestalten. Dann muss man sofort den Kaufpreis hinterlegen, notfalls Bürgschaften einfordern usw. Damit steht man sofort in der Abwägung, ob man

Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit

privates Engagement durch formale Argumente abwürgt oder ob man gegenüber diesen Privaten auch einen gewissen Vertrauensschutz mit zu berücksichtigen hat und von der Sicherheit ihrer Zusagen ausgeht.

Dieser Fall hat gezeigt, dass es auch beim besten Willen Situationen geben kann, wo die Privaten nicht mehr zu ihren Zusagen stehen können oder wollen. Ob können oder wollen – das kann ich in diesem Fall nicht im Einzelnen beurteilen. Ich unterstelle gutwillig, dass dieser Private zurzeit nicht zahlen kann, es aber vielleicht gern getan hätte. Das ist dann in die Abwägung einzubeziehen.

Das bezieht sich im Übrigen auch auf Diskussionen, die wir zurzeit bei anderen Projekten führen. Auch da wird öffentlich bekundet, dass man mit bestimmten Summen bereitstehe. Ich gehöre zu denjenigen, die in diesen Fällen immer sagen – und nicht, um das Engagement abzuwürgen, sondern um das der öffentlichen Hand deutlich zu machen –: Ihr müsst mit in eure Kalkulation einbeziehen, dass im worst case die Privaten nicht zur Verfügung stehen und dann die öffentliche Hand gefordert ist. Ihr könnt nicht so tun, als wären diese Gelder bereits da. – Wenn man dies nicht beachtet, melden sich anschließend die Kritiker zu Wort und sagen: Ihr habt uns etwas versprochen und die Zustimmung zur öffentlichen Finanzierung mit dem Versprechen herbeigeführt, die Privaten gäben auch etwas dazu. Hättet ihr uns gleich gesagt, dass das wacklig ist, hätten wir vielleicht das öffentliche Geld auch nicht gegeben. – Das ist die erforderliche Abwägung, und die werden wir demnächst bei zwei aktuellen Projekten auch noch einmal zu diskutieren haben.

In dem vorliegenden Fall sage ich allerdings ganz deutlich: Ich habe damals keine kritische Stimmung gespürt – auch von denjenigen nicht, die dieses Geschäft heute so kritisch sehen. Damals waren alle völlig begeistert, dass erstens eine Ersatz- und eine Erweiterungsfläche für das Museum geschaffen wird,

[Alice Ströver (Grüne): Nein, nein! –
Mario Czaja (CDU): Unter
Vortäuschung falscher Tatsachen!]

und zweitens hat man damit erreicht, dass das Riesenrad – oder Aussichtsrad, wie es heute heißt – abgewehrt wird. Damals war der Bezirk dagegen, es war das Technikmuseum dagegen, und es waren auch viele dagegen, die heute so vollmundig tun, als hätte man dieses Grundstück nicht kaufen können. Das sage ich deshalb so bewusst, weil ich immer ein Befürworter dieses Aussichtsrad an dieser Stelle dort war und letztlich mit dieser Spende bzw. dieser vermeintlichen Spende ausgehebelt worden bin – wie andere auch.

[Volker Ratzmann (Grüne):
Das passiert ja öfter mal!]

Deshalb wundere ich, wie genau heute alle wieder einmal Bescheid wissen. Damals war die Stimmung so, dass man das gut fand.

Heute sage ich – unter dem Strich –: Es ist kein Schaden für das Land Berlin entstanden. Wir haben eine Erweiterungsfläche für das Museum. Das ist auch für die Perspektive nicht falsch – egal, wie man es dann nutzt. Damit ist keine Investitionsentscheidung verbunden, aber es ist die Option gegeben, dort noch einmal zu erweitern. Ich verweise auf die Pläne, die das Museum hat und die aus Sicht des Museums richtig sind – auch in Bezug auf die Eingangssituation.

Zweitens ist damit auch insgesamt ein Grundstücksgeschäft verbunden gewesen, mit dem man für die Bevölkerung in dieser Region Wesentliches erreicht, nämlich eine Grünanlage bzw. eine Grünfläche, die in dieser Gegend dringend notwendig ist. Auch der Eigentümer – Vivico, die Tochtergesellschaft der Deutschen Bahn – erhält dort die Möglichkeit, eine Entwicklung vorzunehmen, die auch im Interesse des Landes Berlin ist.

All diese Punkte sind mittlerweile aber hinlänglich diskutiert worden. Wir sollten alle aus diesem Vorgang für künftige Projekte, bei denen sich Private – meiner Ansicht nach in bester Absicht – engagieren wollen, lernen, dass Angebote nicht immer belastbar sind und revidiert werden können.

[Beifall bei der SPD]

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Regierender Bürgermeister! – Der Kollege Jotzo hat eine Nachfrage. – Bitte schön!

Björn Jotzo (FDP):

Herr Regierender Bürgermeister! Sind Sie der Auffassung, dass die Sorgfalt, die bei diesem Grundstücksgeschäft vorherrschte, den Ansprüchen genügt, die an ein ordnungsgemäßes Verwaltungshandeln und ein verantwortungsbewusstes Handeln der politischen Leitungsebene zu stellen sind?

Präsident Walter Momper:

Bitte, Herr Regierender Bürgermeister!

Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit:

Herr Präsident! Herr Abgeordneter! Da ich die Aktenlage nicht genau kenne, bin ich nicht in der Lage, Ihnen die Frage eindeutig zu beantworten.

[Zuruf von Alice Ströver (Grüne)]

– Liebe Vorsitzende des Kulturausschusses! Damals war ich nicht zuständig. Ich glaube, Sie sind grundsätzlich für die Förderung der Kultur, Frau Ströver. – Meine Nachbarin, Frau Junge-Reyer, hat mir gerade Folgendes zugeflüstert: Stellen Sie sich vor, wir hätten damals das Angebot des Sponsors abgelehnt. Wie wäre die Debatte dann gelaufen?

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit

Wenn man selbstkritisch hinterfragt, kommt man sicher zu differenzierten Antworten.

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Regierender Bürgermeister!

Die erste Runde nach der Stärke der Fraktionen ist jetzt beendet. Die weiteren Meldungen werden im freien Zugriff berücksichtigt. Ich werde diese Runde mit einem Gongzeichen eröffnen. Sie haben dann die Möglichkeit, sich per Tastendruck anzumelden. Alle vorher eingegangenen Meldungen sind gelöscht worden.

[Gongzeichen]

Wir beginnen mit dem Kollegen Kluckert. – Bitte!

Sebastian Kluckert (FDP):

Ich habe eine Frage an die Justizsenatorin: Trifft ein Pressebericht von heute zu, wonach seit kurzer Zeit sieben Sexualstraftäter als Freigänger in einer Außenstelle der JVA Düppel in Lichterfelde-West untergebracht worden sind? Können Sie für den Fall, dass diese Information zutrifft, Gefahren für die Nachbarschaft ausschließen?

Präsident Walter Momper:

Bitte, Frau Senatorin von der Aue!

Senatorin Gisela von der Aue (Senatsverwaltung für Justiz):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Abgeordneter Kluckert! Der Pressebericht trifft nur zum Teil zu. In der Tat ist es schon seit längerer Zeit so, dass Gefangene, die geeignet sind, im offenen Vollzug untergebracht werden. Das umfasst auch Straftäter, die wegen sexueller Straftaten verurteilt wurden. Auch diese Gefangenen haben einen Anspruch darauf, wenn sie entsprechend am Vollzug teilgenommen und Fortschritte gemacht haben und der Vollzug nach sorgfältiger Prüfung zu der Auffassung gelangt ist, dass eine Verlegung in den offenen Vollzug verantwortet werden kann. Ich betone, dass dies keine Neuentwicklung, sondern seit über 15 Jahren Brauch ist.

Zudem haben wir die Erfahrung gemacht, dass Straftaten im direkten Umfeld von Justizvollzugsanstalten eher weniger vorkommen als anderswo. Die Gefahr weiterer Straftaten ist nach der entsprechenden Prüfung relativ gering.

Präsident Walter Momper:

Herr Kollege Kluckert, haben Sie eine Nachfrage? – Das ist nicht der Fall.

Dann fahren wir mit dem Kollegen Scholz fort. – Bitte!

Oliver Scholz (CDU):

Herr Senator Zöllner! Wie bewerten Sie die Aktivitäten Ihrer Verwaltung bei der Vorbereitung des Europaaktionstags an den Berliner Schulen, der am kommenden Montag stattfindet?

Präsident Walter Momper:

Bitte schön, Herr Dr. Zöllner!

Senator Dr. Jürgen Zöllner (Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung):

Hervorragend!

Präsident Walter Momper:

Danke schön! – Bitte schön, Herr Scholz, Sie haben eine Nachfrage!

Oliver Scholz (CDU):

Darf ich Ihrer Antwort entnehmen, dass Sie glauben, der Tag werde für Berlin und Europa zu einem vollen Erfolg?

Präsident Walter Momper:

Bitte schön, Herr Dr. Zöllner!

Senator Dr. Jürgen Zöllner (Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung):

Ich glaube das sehr wohl, weil ich weiß, dass das Thema Europa und die Stärkung des europäischen Gedankens an den Berliner Schulen eine zentrale Rolle spielen.

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Senator!

Jetzt geht es weiter mit Frau Harant. – Bitte schön!

Renate Harant (SPD):

Meine Frage richtet sich ebenfalls an Herrn Zöllner und dreht sich um den angekündigten Orkan, der viele Eltern wegen des Schulwegs ihrer Kinder beunruhigt. Bereits heute wurden etliche Kinder nicht zur Schule geschickt. Können Sie uns erläutern, wie die Rechtslage ist, wenn sich die Eltern entscheiden, ihre Kinder nicht zur Schule zu schicken? Wie wird vorgegangen, wenn die Kinder in der Schule sind und der Heimweg durch starken Sturm gefährlich werden kann?

Präsident Walter Momper:

Bitte, Herr Senator Dr. Zöllner!

Senator Dr. Jürgen Zöllner (Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung):

Grundlage sind in diesem Zusammenhang entsprechende schulgesetzliche Regelungen nach den §§ 4 und 44 bis 46. Entsprechende Informationen sind aus meinem Hause gegenüber den Schulen ergangen. Die Schulen können in eigener Verantwortung entscheiden, ob eine spezifische Situation, in diesem Fall eine Wettersituation, dazu führen kann, dass den Schülerinnen und Schülern – in diesem Fall ab 13.00 Uhr – freigegeben werden sollte. Außerdem wurde durch die Medien bekannt gemacht, dass sie, wenn Eltern aufgrund einer Wettersituation ihre Kinder nicht zur Schule schicken, als entschuldigt gelten. Dies ist auch bei Überschwemmungen, Schnee o. Ä., wenn Straßen nicht passierbar sind, so. Ich gehe davon aus, dass auch die Hotline, die wir heute geschaltet haben, mögliche Unklarheiten der Schulen und Eltern beseitigen kann. Damit ist hoffentlich ein ausreichender Informationsstand der Betroffenen gewährleistet worden.

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Senator! – Bitte Frau Harant, Sie haben eine Nachfrage!

Renate Harant (SPD):

Mir ist die Situation der Kinder wichtig, die in der Schule sind und den Heimweg nicht antreten können. Wie wird in solchen Fällen verfahren? Müssen die Kinder in der Schule bleiben, bis ein gefahrloser Heimweg möglich ist, oder müssen die Eltern die Kinder abholen? Wie soll das laufen?

Präsident Walter Momper:

Bitte, Herr Senator Dr. Zöllner!

Senator Dr. Jürgen Zöllner (Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung):

Ich gehe davon aus, dass die Situation im Einzelfall entschieden werden muss. Nur die Verantwortlichen in den Schulen können entscheiden, ob und wann die Kinder heimgeschickt werden können. Ansonsten muss eine Aufsicht in der Schule vorgehalten werden.

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Senator!

Jetzt geht es mit einer Frage des Kollegen Hoffmann weiter. – Bitte schön, Sie haben das Wort!

Gregor Hoffmann (CDU):

Vielen Dank, Herr Präsident! – Ich frage den Regierenden Bürgermeister: Gibt es Bestrebungen im Senat, eine neue Sympathie für den Sprecher der in Spanien verbotenen Batasuna, dem politischen Arm der ETA, zu entwickeln, die im Sinne der Bundestagsabgeordneten Lötzsche steht,

und künftig auch mit Arnaldo Otegi, einem wegen Entführung zu sechs Jahren Haft verurteilten ETA-Terroristen, Treffen zu organisieren, in denen solch ein Vertreter der Linken vom Kampf über das Europa der Völker und Bürger spricht?

Präsident Walter Momper:

Bitte, Herr Regierender Bürgermeister! – Soll der Name noch einmal wiederholt werden?

[Dr. Frank Steffel (CDU): Es steht Ihnen nicht zu, Nachfragen zu stellen!]

– Ich habe Herrn Hoffmann nicht verstanden. Ich habe die Frage gestellt, um hier einen geregelten Ablauf zu gewährleisten. – Bitte schön, Herr Regierender Bürgermeister!

Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit:

Herr Präsident! Herr Abgeordneter! Ich kenne diesen Vorgang nicht und kann Ihnen deshalb darauf nicht antworten.

Präsident Walter Momper:

Bitte schön, Herr Hoffmann!

Gregor Hoffmann (CDU):

Ich gehe davon aus, dass Sie die Medienlandschaft sehr gut kennen und den Vorgang wahrgenommen haben. Deshalb frage ich Sie noch einmal, welche Konsequenzen Sie als Regierender Bürgermeister aus einem derart politisch unsensiblen Verhalten ziehen. In Spanien sind 200 000 Menschen auf die Straße gegangen, um gegen die ETA zu demonstrieren, weil es dort zu Toten kam. Oder wird in Kauf genommen bzw. gewünscht, dass die Linkspartei.PDS Kontakt zu terrororientierten Gruppen unterhält, um die Linke in Europa zu vereinigen?

Präsident Walter Momper:

Bitte schön, Herr Regierender Bürgermeister!

Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit:

Herr Abgeordneter! Auch wenn Sie meinen, man müsse alles in der Zeitung lesen, muss ich Ihnen sagen: Ich habe es nicht gelesen. Ich kenne den Vorgang nicht und bin nicht in der Lage, Ihnen zu antworten.

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Herr Regierender Bürgermeister!

Jetzt geht es mit einer Frage des Kollegen Otto von der Fraktion der Grünen weiter. – Bitte schön, Sie haben das Wort!

Andreas Otto (Grüne):

Ich habe eine Frage an Frau Senatorin Junge-Reyer. – Der Presse war zu entnehmen, dass der Senat jetzt doch an einer Konzeption für die städtischen Wohnungsbaugesellschaften arbeitet und dass sie im Sommer vorgelegt werden soll. Trifft das zu?

Präsident Walter Momper:

Frau Senatorin Junge-Reyer, bitte sehr!

Bürgermeisterin Ingeborg Junge-Reyer (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter! Wie Sie wissen, sind wir hinsichtlich der Situation, aber auch hinsichtlich der Zukunft der städtischen Wohnungsbaugesellschaften sicher, dass in ganz erheblichem Umfang sowohl von den Wohnungsbaugesellschaften als auch vom Senat Klärung geleistet worden ist.

Die städtischen Wohnungsbaugesellschaften befinden sich einerseits auf einem guten Weg der Konsolidierung ihrer wirtschaftlichen Situation, andererseits auf einem guten Weg, den sie fortführen, indem sie in Berlin bezahlbaren Wohnraum für Mieterinnen und Mieter zu angemessenen Preisen dauerhaft sichern. Sie gehören deshalb zu dem strategischen Vermögen der Stadt. Dies auch durch die Definition von politischen Konzepten für die Zukunft noch einmal darzustellen, ist mein Ziel, daran wird zurzeit gearbeitet.

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Frau Senatorin! – Eine Nachfrage des Kollegen Otto. – Bitte!

Andreas Otto (Grüne):

Meine Frage lautete ja: Trifft es zu, dass im Sommer eine Konzeption vorgelegt werden soll?

Präsident Walter Momper:

Frau Senatorin Junge-Reyer, bitte sehr!

Bürgermeisterin Ingeborg Junge-Reyer (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Otto! Ich nehme mir vor, eine solche Konzeption politisch zu diskutieren. Ich gehe davon aus, dass wir schneller sind, als von Ihnen angekündigt.

Präsident Walter Momper:

Danke schön, Frau Senatorin! – Weitere Fragen liegen nicht mehr vor. Damit ist die Fragestunde beendet.

Ich rufe nun auf

lfd. Nr. 3:

Aktuelle Stunde

Exzellenzinitiative: Zweite Chance für Berliner Universitäten nutzen – der Senat ist gefordert!

Antrag der Grünen

in Verbindung mit

lfd. Nr. 24:

Antrag

Investitionen im Hochschulbereich langfristig absichern

Antrag der CDU Drs 16/0160

Jeder Fraktion steht eine Redezeit von bis zu zehn Minuten zur Verfügung, die auf zwei Redner aufgeteilt werden kann. Als erste Rednerin hat Frau Schillhaneck von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort. – Bitte sehr, Frau Schillhaneck!

Anja Schillhaneck (Grüne):

Danke sehr! – Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Am vergangenen Freitag war es bekanntermaßen zum zweiten Mal so weit: Die mit großer Spannung erwartete Entscheidung der ersten Runde der zweiten Runde der sogenannten Exzellenzinitiative wurde verkündet. Die Berliner Universitäten haben dabei wahrlich nicht schlecht abgeschnitten. Sie wurden aufgefordert, ihre Vollerträge für über ein Dutzend Graduiertenschulen und Exzellenzcluster einzureichen. Dazu kommt die allgemein als Königsklasse angesehene sogenannte dritte Förderlinie, die Zukunftskonzepte oder auch Eliteuniversitäten. Humboldt-Universität und Freie Universität sind nun aufgefordert, ihre Konzeptionen für einen projektbezogenen Ausbau der Spitzenforschung vorzulegen. Damit sind zwei der acht so aus der gesamten Republik ausgewählten Universitäten Berliner Universitäten. Über so viel Potenzial in dieser Stadt sollte man sich freuen. Man sollte jetzt aber auch alle erforderlichen Schritte unternehmen, damit nicht wieder am Schluss die bittere Enttäuschung droht. Das würden wir gern verhindern, wir hoffen, Sie auch.

[Beifall bei den Grünen]

Blicken wir ein Jahr zurück. – Riesenjubiläum bei den Berliner Universitäten, erst recht bei der FU, die im Vorfeld der Konkurrenz zur HU von der Presse, man muss schon sagen: fast niedergeschrieben worden ist. Die FU sollte damals ihr Zukunftskonzept einreichen, ihr wurden gute Chancen eingeräumt. Wer hat ganz am Schluss abgeräumt? – München und Karlsruhe. Die FU enttäuschend-erweise nicht.

Das wirft die Frage auf: Warum? – Der Exzellenzwettbewerb ist eine gemeinsame Veranstaltung von Bund und Ländern. Andere Bundesländer haben das verstanden und unterstützen ihre Universitäten nach Kräften. Im Vorfeld dieser zweiten Ausscheidungsrunde gab es nicht nur in

Anja Schillhaneck

der Presse gewisse Irritationen über die Entscheidungsgründe für oder gegen einzelne Anträge aus der ersten Runde. Man muss nicht gleich mit Garantien für zwanzig Jahre oder ähnlichem kommen, wie der bayerische Staat es macht. Ich bin aus einer wissenschaftstheoretischen Sicht heraus nicht sicher, ob sich Bayern damit einen großen Gefallen tut. Wer weiß denn schon heute, ob das, was heute innovativ ist, das auch in fünfzehn oder zwanzig Jahren sein wird oder ob bis dahin nicht längst wieder andere Themen, andere Verfahren und Fragestellungen im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen. Was das Beispiel jedoch zeigt: Woanders steht die Landesregierung mit mehr als nur Glückwünschen und Lob hinter ihren Universitäten und Exzellenzkandidaten.

Berlin ist ein starker Wissenschaftsstandort, das stellen wir alle gemeinschaftlich immer wieder fest. Berlin muss das auch sein, denn das ist eines der ganz wenigen Pfade, mit dem wir überhaupt noch wuchern können. Der Exzellenzwettbewerb ist die Gelegenheit, gerade in der universitären Spitzenforschung und der Nachwuchsförderung die Stärken Berlins auszubauen und dabei auch noch vom Bund finanziell unterstützt zu werden. Das sollten wir begrüßen. Mit dieser zweiten Runde bietet sich auch eine zweite Chance, nicht nur für die Universitäten, sondern vor allem auch für den Senat, der endlich in Taten umsetzen kann, was bisher nur Rhetorik blieb. Stützen Sie den Wissenschafts- und Innovationsstandort Berlin!

[Beifall bei den Grünen –
Vereinzelter Beifall bei der FDP]

Die Bilanz der rot-roten Wissenschaftspolitik der vergangenen Jahre ist eher mau: Studienplatzabbau, radikale Kürzungsrunden und die irrige Annahme, wenn man die Hochschulen in die Freiheit entlassen habe, brauche man sich nicht weiter um sie zu kümmern, denn sie sind jetzt autonom. Gerade der Exzellenzwettbewerb spricht eine deutliche Sprache darüber, wie bislang mit den Hochschulen in diesem Land umgegangen wurde.

Ein kleines Beispiel, damit Sie alle wissen, wovon ich rede. – Die erste Runde des Exzellenzwettbewerbs ist nun bereits einige Tage entschieden. Förderbeginn war November 2006. Bislang gibt es im Haushalt lediglich den Vorratstitel, der einmal eingerichtet worden ist. Bislang ist auch nur von einer Vorlage für den Hauptausschuss, wie viel denn nun kofinanziert wird, aus welchen Mitteln, weiterhin nichts zu sehen. Das ist nun wirklich kein deutliches Zeichen, kein klares Bekenntnis zur Exzellenz an unseren Unis.

[Beifall bei den Grünen –
Vereinzelter Beifall bei der FDP]

Wenn unter diesen Bedingungen im Vorfeld der zweiten Runde, die wir jetzt gerade haben, die Frage auftaucht, ob eine Vergabe von Wettbewerbsmitteln für Exzellenz nach Berlin tatsächlich nachhaltig ist oder irgendwo im Haushaltsloch verpufft, dann braucht man sich nicht zu wundern. Nach allem, was gerade in den letzten zwei, drei Wochen in der Presse diskutiert wurde, was der Wissenschaftsrat selbst und auch der Bund haben verlauten las-

sen, müssen wir davon ausgehen, dass längst nicht nur die konkreten Anträge, wie sie auf den Tisch gelegt worden sind, sondern auch der Gesamtkontext in die Entscheidung eingehen. Dieser Gesamtkontext sind die allgemeinen Bedingungen im Land für die Wissenschaft. Das ist auch nachvollziehbar, dass das so ist. Denn der Exzellenzwettbewerb soll, so der Wissenschaftsrat, „gleichermaßen Spitzenforschung und die Anhebung der Qualität des Hoch- und Wissenschaftsstandorts Deutschland in der Breite fördern“ und „damit den Wissenschaftsstandort nachhaltig stärken“. Das heißt: Wenn wir nicht deutlich zu erkennen geben, dass eine Exzellenzförderung vor allem in der Königsklasse Zukunftskonzept dazu beiträgt, auch die Qualität in der Breite anzuheben, wird der Zweck des Exzellenzwettbewerbs schlicht nicht erfüllt.

[Beifall bei den Grünen]

Da ließe sich einiges tun. Wir erwarten deswegen vom Senat und den Koalitionsfraktionen ein deutliches Bekenntnis zu unseren Hochschulen und zur Absicherung. Und das bitte auch zur finanziellen Absicherung der Spitzenqualität in der Forschung, aber auch in der Lehre.

Nicht vergessen werden darf: Dies ist lediglich ein forschungsbezogener Wettbewerb. Über die Lehre wird sehr wenig diskutiert, sie profitiert davon nicht automatisch. Die Kofinanzierung der letztlich zur Verwirklichung kommenden Anträge muss gesichert werden, aber bitte nicht wieder durch eine Wegnahme von Mitteln durch die Hintertür wie beim letzten Mal. Das Verfahren, erst das Professorenenerneuerungsprogramm, das allen Unis zur Verfügung stand, in allerletzter Minute plattzumachen und dann in die Kofinanzierung der Exzellenzinitiative zu schieben, hat die, die sich nicht platziert haben, doppelt bestraft. Das ist die falsche Form von Spitzenförderung, nämlich eine auf Kosten anderer wichtiger Ziele. Das können wir nicht mittragen.

[Beifall bei den Grünen]

Wir versprechen uns neuen Schwung vom Wettbewerb um die Exzellenzmittel, denn auch bislang hat sich die Mischung aus Konkurrenz und Kooperation bei den Berliner Hochschulen durchaus bewährt. Ich erinnere nur an solche Kooperationsprojekte wie die Berlin Mathematical School, die sich hervorragend bewährt und platziert hat. Vor allem die Münchener Unis zeigen, wie sich Sogwirkung entfalten kann, wenn sich eine Universität als sogenannte Eliteuniversität platzieren konnte. Die Liste der Kooperationspartner, die dort mittlerweile Schlange stehen, liest sich ein wenig wie das Who's who der Daxunternehmen. Aber auch regionale Unternehmen und vor allem der Mittelstand können deutlich von der Attraktivität eines gestärkten Wissenschaftsstandortes profitieren. Sicherlich sind wir etwas anders aufgestellt als München, aber auch wir haben unsere starken Bereiche in den sensintensiven Wirtschaftsbereichen. Diese Bereiche benötigen die Strahlkraft exzellenter Forschung in dieser Stadt.

[Beifall bei den Grünen]

Anja Schillhaneck

Exzellenz geht nicht ohne Unterbau, Spitzensport nicht ohne Breitensport. Transdisziplinäre, international attraktive Forschungscluster brauchen zunächst eine starke disziplinäre Absicherung. Deshalb wollen wir heute schon hören, was in fünf Jahren sein wird, wenn die Exzellenz-millionen auslaufen, aber die Cluster und Graduiertenschulen noch da sind. Das ist ein Teil dessen, was sich hinter der Idee der nachhaltigen Forschungsförderung verbirgt. Diese Verstetigung der herausragenden Bereiche können die Unis nicht allein leisten. Deshalb unser Appell an Sie: Lassen Sie die Hochschulen damit nicht allein! Das ist Ihr Auftrag.

[Beifall bei den Grünen]

Schon jetzt zeigt sich, dass der Wettbewerb auch Schattenseiten hat. Seit längerem leidet die universitäre Forschung unter der schleichenden Austrocknung. Der Zwang zum Einwerben von Drittmitteln um jeden Preis hat als Nebeneffekt, dass uns oftmals durch die Programme von außen vorgegeben wird, was eigentlich geforscht wird. Dabei wäre das auch Aufgabe des Senats, z. B. Wissenschaft, die sich konkret mit Berliner Fragestellungen und Problemen auseinandersetzt. Sie erinnern sich vielleicht z. T. noch an das Schlagwort von den Berlinwissenschaften oder an die Idee einer regionalen Innovationsförderung. Solche Bereiche zu stärken, das wünschen wir uns von Ihnen, das wäre ein deutliches Zeichen.

[Beifall bei den Grünen]

Neue Forschungsfelder, die wir dringend brauchen, um nachhaltig unsere Wissenschaft an einem internationalen Spitzenplatz zu etablieren und zu halten, können sich nur dort entwickeln, wo auch die Grundsubstanz stimmt – in der Institution selbst, aber auch in der gesamten Hochschullandschaft. Diese sicherzustellen, ist Aufgabe des Senats. Hier sind Sie als Koalition gefordert, denn es kann keinen attraktiven, exzellenten Wissenschaftsstandort ohne eine aktive und unterstützende Wissenschaftspolitik geben.

[Beifall bei den Grünen]

An diesem Punkt möchte ich an Sie direkt appellieren, Herr Senator Zöllner! Sie sind mit vielen Vorschusslorbeeren nach Berlin gekommen. Sie gelten bei sehr vielen – nicht bei allen, konnte man gestern in der „taz“ lesen –

[Senator Dr. Jürgen Zöllner: So sieht das mancher auch anders!]

als jemand, der die nötige Sachkenntnis und Leidenschaft für die Wissenschaft und das Amt des zuständigen Senators mitbringt. Das ist erfreulich, hat es doch in der Vergangenheit häufiger daran gefehlt, worunter auch die Wissenschaft immer wieder zu leiden hatte. Deshalb der direkte Appell an Sie, Herr Zöllner: Zeigen Sie, dass die Wissenschaft wieder eine Stimme im Senat hat, nutzen Sie diese für unsere Hochschulen, unterstützen Sie jetzt unsere Exzellenzkandidaten und -kandidatinnen, und bringen Sie damit den Wissenschaftsstandort Berlin und die Stadt nach vorne! Nutzen Sie diese sich unverhofft bietende zweite Chance, denn Rot-Rot hat in der Vergangenheit viel zu viele Chancen achtlos vergeben! Wir wer-

den auch aus der Opposition heraus alles dafür tun, dass damit endlich Schluss ist, denn die Hochschulen und die Wissenschaftseinrichtungen sind für die Zukunft der Stadt viel zu wichtig, um sie mit diesem Senat ganz allein zu lassen. – Danke!

[Beifall bei den Grünen –
Vereinzelter Beifall bei der CDU und der FDP]

Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns: Vielen Dank, Frau Kollegin! – Das Wort für die SPD-Fraktion hat jetzt Frau Dr. Koch-Unterseher! – Bitte!

Dr. Jutta Koch-Unterseher (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zuerst ein spontanes Wort an die Kollegin Schillhaneck, die gerade über die Leidenschaft des neuen Bildungs- und Wissenschaftssenators gesprochen hat. Ich bin mit einigen Ihrer Appelle und Bitten sehr einverstanden, weil sie dem entsprechen, was wir auch wollen. Ich möchte an dieser Stelle nur ganz zart darauf hinweisen, dass Senator Zöllner – ich glaube, da war er erst wenige Tage im Amt – mit dem Hochschulpakt schon gezeigt hat, dass er nicht erst auf Bitten und Aufforderungen warten muss, sondern sehr schnell Aktivitäten entfaltet. Jemand, der Leidenschaft für die Sache mitbringt, dem muss man nicht erst lange Appelle entgegenhalten, sondern das läuft von alleine, und es läuft sehr gut.

[Beifall bei der SPD –
Vereinzelter Beifall bei der Linkspartei –
Zurufe von den Grünen]

Der Anlass, warum wir in dieser Aktuellen Stunde zum Thema der Exzellenz in den Hochschulen sprechen, ist ein erfreulicher. Es geht um das Ergebnis der Zwischenentscheidung im Exzellenzbewerb, das uns vor sechs Tagen bekannt gemacht worden ist. Dabei haben wir mit großer Freude zur Kenntnis genommen, dass die Vielfalt und die Qualität des Angebots der Berliner Universitäten auf deutlich sichtbare Weise gewürdigt worden ist. Ich will trotzdem noch einmal kurz schildern, worum es in diesem bundesweiten Wettbewerb um den Status einer Eliteuniversität geht. Ich mache noch einmal darauf aufmerksam, dass wir von Deutscher Forschungsgemeinschaft und Wissenschaftsrat erst am 19. Oktober dieses Jahres endgültig erfahren werden, wie es ausgeht. Insofern müssen wir – bei aller Freude in diesem Stadium des Prozesses – noch ein wenig Geduld haben und sehen, ob sich das im Finale auch so zeigt, dass sie berechtigt wäre. Für die Zwischenrunde haben sich 27 Universitäten beworben, und 8 sind für das Finale ausgewählt worden, darunter die Freie Universität Berlin und die Humboldt-Universität Berlin. Diese müssen ihre Anträge für das Finale aufbereiten.

Das Kernstück des Elitekonzepts der Freien Universität ist die sogenannte „Internationale Netzwerkuniversität“. Dieses Konzept fußt auf drei Beinen. Zum einen sollen besonders Forschungsthemen aufgegriffen werden, die im

Dr. Jutta Koch-Unterseher

aktuellen öffentlichen Interesse liegen. Zum Zweiten sollen insbesondere Doktorandinnen und Doktoranden so intensiv und zielgerichtet betreut werden, dass sie höchstens drei Jahre brauchen, um ihre Dissertation fertigzustellen. Zum Dritten soll der internationale, ja der weltweite Austausch intensiviert werden. Konkret ist dazu geplant, neue Filialen der Freien Universität u. a. in Neu-Delhi, Dubai, Brasilien und Ostafrika zu eröffnen. – So weit zur Freien Universität in aller Kürze.

Die Humboldt-Universität, die ja schon etwas älter ist – 1810 gegründet –, will in ihrem Elitekonzept die Ideen ihres Namensgebers in das 21. Jahrhundert transportieren. Hier spielt das Zentrum für Lebenswissenschaften eine entscheidende, prägende Rolle. Geistes- und Naturwissenschaften sollen für eine neue Ausprägung des alten Ziels der Einheit der Wissenschaften zusammengeführt werden.

Bei diesem Wettbewerb um Exzellenz geht es jedoch nicht ausschließlich um Eliteuniversitätskonzepte, sondern auch um zwei weitere Disziplinen, die im Fachjargon Förderlinien genannt werden, nämlich die Graduiertenschulen für den exzellenten Nachwuchs und die erstklassigen Forschungsschwerpunkte, die neudeutsch Cluster genannt werden. Das ganze Verfahren in diesem Wettbewerb – so hat ein Journalist dieser Tage geschrieben, den Vergleich hielt ich für sehr treffend und bildhaft – ist wie ein Triathlon organisiert. Nur Erfolge in den Teildisziplinen ermöglichen einen Erfolg auf der Ziellinie. Hier haben die Berliner Universitäten einiges aufzuweisen. Die Freie Universität hat zwei Graduiertenschulen und drei Cluster. In den Clustern beschäftigt man sich z. B. mit Affektforschung und mit Lernprozessen. Die Humboldt-Universität hat zwei Graduiertenschulen und zwei Cluster. Dort beschäftigt man sich u. a. – übrigens gemeinsam mit der Charité – mit neurowissenschaftlichen Fragestellungen. Auch die Technische Universität ist mit zwei Clustern weitergekommen, zum einen aus dem Bereich der Chemie, zum anderen aus dem Bereich der Informations- und Kommunikationsforschung. Gemeinsam beantragen Freie Universität und Humboldt-Universität – und sind dabei erfolgreich gewesen –, dass das Nachdenken über antike Zivilisationen in einem Cluster, also in einem Forschungsschwerpunkt, gefördert wird.

Daraus können wir mehrere Erkenntnisse ziehen. Deshalb habe ich Ihnen auch einen kleinen Überblick über die thematischen, programmatischen Ziele gegeben. Daran können wir erkennen: Gemeinsamkeit lohnt sich, Gemeinsamkeit und Kooperation bei Forschungsvorhaben sind sinnvoll und setzen zusätzliche Potenziale frei. Das ist eine Einsicht, die auch nach außen sichtbar gemacht werden muss, um Überzeugungskraft auch in die Wirtschaft zu richten.

Eine Voraussetzung dieses Prinzips, dass sich Gemeinsamkeit und Kooperation bei Forschung lohnen, ist, dass es innen von den Forschenden und Studierenden mitgetragen wird. Kooperation ist dabei nicht nur zwischen

Universitäten, sondern auch zwischen Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen unabdingbar notwendig, von denen wir in Berlin über besonders viele, bundesweit führende, sehr beeindruckende verfügen. Gemeinsamkeit und Kooperation setzen Ressourcen frei, regen den wechselseitigen Ideenaustausch an und lassen Studierende erheblich profitieren. Wenn dieser Weg weiter beschritten wird, sind Grundlagenforschung und praxisorientierte Forschung in den natur- und ingenieurwissenschaftlichen Fächern auf einem guten Weg.

Dass es sich hierbei um einen bedeutenden Standortfaktor handelt, darüber besteht in diesem Haus weitgehend Einigkeit. Dies ist eine Lebensader, die notwendig für die weitere Attraktivität des Lebens in unserer Stadt ist.

Berlin wird aber auch immer attraktiver durch den Beitrag, den die Kultur, die Sozial- und Geisteswissenschaften leisten. Der Wissenstransfer und die Anwendung im Lebensraum Berlin ist etwas, das von allen Wissenschaftssträngen kommt. In den letzten Jahren ist viel Bewegung in Forschung, Universitäten und Hochschulen gekommen. Diese Bewegung hat fachübergreifende Kooperation und Vernetzung gestärkt. Die internationale Mobilität der Studierenden hat zugenommen. Das ist wünschenswert. Wir versuchen, wie die anderen Bundesländer auch, mit der Umsetzung des Bologna-Prozesses den Erfordernissen dieses komplizierten, notwendigen, interessanten, zukunftsgeöffneten Weges Rechnung zu tragen. Dabei sind wir auf einem guten Weg.

Dennoch gehört dazu – darauf hat die Kollegin Schillhaneck hingewiesen, es ist uns seit langem klar und wird auch von uns politisch umgesetzt – die Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen Lehre. Viele in den Universitäten müssen umdenken und haben auch schon damit begonnen. Wir wollen neben exzellenter Forschung in Berlin alles für uns Mögliche tun, damit gesicherte, qualitativ hochwertige Lehre die Regel wird. Ich kann Ihnen versichern, dass ich als gelegentlich unentgeltlich tätige Lehrbeauftragte am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität vor kurzem selbst evaluiert worden bin. Ich halte diese Art der Rückmeldung – es gibt manchmal auch unliebsame Rückmeldungen – für unabdingbar, um sich selbst den Fragen der Studierenden und den notwendigen Anregungen nicht nur zu stellen, sondern sie auch umzusetzen in eine vielleicht bessere Lehre. Ich halte es für wichtig. Es ist für uns ein bedeutsamer, wesentlicher Baustein von Exzellenz an den Universitäten und Hochschulen.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Wir haben dazu im Koalitionsvertrag auch schon eine Idee stellvertretend für andere konkret eingebracht und verabredet. Es sollen Kollegs für – neudeutsch – Research Students – Forschungsstudenten – eingebaut werden, die in qualifizierten Studiengängen frühzeitig in Forschung und Lehre eingebunden sind. Wir sind für eine sinnhafte und kluge Balance von Autonomie und Verantwortung. Autonomie bedeutet nicht, Hochschulen in die totale Selbstgestaltungsfreiheit zu entlassen. Vielmehr sollen

Dr. Jutta Koch-Unterseher

bestimmte Ideen mit ihnen gemeinsam besprochen und verabredet werden.

Wir sind mit den Leuchttürmen der Forschung und den exzellenten Studierenden, die wir haben, die ihr Hochschulstudium in diskriminierungsfreier Weise beginnen können, auf gutem Weg. Das sind die wichtigsten Knotenpunkte unserer Wissenschaftslandschaft. Wir kneten weiter an diesem Netz und haben eine exzellente Unterstützung durch unseren Wissenschaftssenator. Der gesamte Senat und die Fraktion tragen das mit. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:

Vielen Dank, Frau Kollegin! – Als nächster hat das Wort der CDU-Abgeordnete Nicolas Zimmer. – Bitte schön, Herr Zimmer!

Nicolas Zimmer (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Dr. Koch-Unterseher! Sie haben Ihre Rede begonnen und damit abgeschlossen, Ihren Senator Herrn Zöllner zu loben. Vielleicht braucht er etwas Zuspruch, weil er sich hier in Berlin noch nicht so richtig angekommen fühlt. Nun hat er beim Hochschulpakt tatsächlich etwas getan. Das ist sein Job. Dafür wird er auch bezahlt und ist ernannt und vereidigt worden. Ich gebe Ihnen jedoch recht, dass die Latte in der letzten Legislaturperiode, was die Tätigkeit eines Wissenschaftssenators angeht, nicht besonders hoch gelegt worden ist. Insofern hat er es locker geschafft, sich in der ersten Woche herüberzuschwingen.

Natürlich freue auch ich mich darüber, dass wir nun zwei Universitäten haben, die die Chance bekommen, als exzellente Universitäten auch anerkannt zu werden. Deswegen ist es auch wichtig, und es ist Zeit für eine Gratulation gewesen. Nur in der Vorrunde zu stehen, dieses Erlebnis haben die Berliner Universitäten jedenfalls schon einmal gehabt. Entscheidend ist das, was bei der Schlussentscheidung herauskommt. Nominiert zu werden, ist schön und gut. Wenn man das Rennen aber nicht macht, ist nicht nur die Enttäuschung groß, sondern möglicherweise der Schaden noch viel größer.

Die Katerstimmung war nach der letzten Entscheidung gegen die Freie Universität, schon vorher gegen die Humboldt-Universität, gegen die TU, die im übrigen wieder im wesentlichen Feld, in der dritten Förderlinie, nicht zum Zuge kommen wird, groß. Es gibt zwei Einflussgrößen, die dafür entscheidend sind, ob Universitäten exzellent sind und als solches auch anerkannt werden. Es sind die finanziellen Rahmenbedingungen. Es sind aber auch operative Rahmenbedingungen. Auf beide möchte ich eingehen.

Es hält sich nicht nur hartnäckig das Gerücht, sondern ist inzwischen auch nachlesbar, dass die finanzielle Unsicherheit für die Berliner Universitäten eine wesentliche Rolle bei der negativen Entscheidung in der ersten Runde gespielt hat. Die Finanzierung der Projekte, sowohl die Kofinanzierung als auch die Finanzierung über den Förderzeitraum von fünf Jahren hinaus, müssen im Landshaushalt sichergestellt werden. Man kann mit Fug und Recht sagen, dass der Umstand, dass die Freie Universität in der ersten Runde des Exzellenzwettbewerbs gescheitert ist, auch Verantwortlichkeiten im Senat hat. Es gab kein klares Bekenntnis. Es gab keine sichere Finanzierung. Es gab vor allem in den vergangenen Jahren ein Verhalten, das jedem, der Augen hat um zu sehen, deutlich gemacht hat, dass dieser Senat alles tut, wenn er meint, er könnte irgendwo ein oder zwei Euro sparen, um sich nicht an Verträge zu halten, nicht auf Zukunftschancen zu setzen und den Blick auf die eigenen Zehenspitzen zu richten, statt weit nach vorn zu schauen. Das ist die Methode Sarrazin: „Was ich heute sparen kann, spare ich ein.“ – Dass ich mir damit auch die Zukunft spare, das haben Sie in der ersten Runde vom Wissenschaftsrat bescheinigt bekommen.

[Beifall bei der CDU und der FDP]

Nachhaltigkeit sieht anders aus. Nachhaltigkeit bedeutet, sich an Verträge zu halten. Nachhaltigkeit bedeutet, eine haushaltsmäßige Absicherung vorzunehmen. Nachhaltigkeit ist Voraussetzung für Elitförderung durch Dritte, aber auch die Förderung der Eliten an unseren Universitäten. Deswegen haben wir auch den Antrag gestellt, den wir heute in der Aktuellen Stunde beraten und besprechen wollen. Wir wollen, dass Investitionen im Hochschulbereich langfristig abgesichert werden. Es geht nicht nur um diese Investitionen und nicht nur um die 21 Millionen €, die man im Durchschnitt als Eliteuniversität bekommen kann. Ich habe vorhin schon einmal davon gesprochen, dass der ramponierte Ruf einer Universität, wenn sie scheitert, weil die Rahmenbedingungen nicht stimmen, ganz verheerende Folgen haben kann, für FU, TU, HU, aber auch für die gesamte Forschungslandschaft in Berlin.

Wir haben in der „Financial Times“ gestern die Überschrift finden können – sie ist breit in den Fächern der Abgeordneten verstreut worden –: „Wer hat, dem wird auch gegeben.“ Das ist richtig. Potenzielle Drittmittelgeber schauen darauf, wie eine Universität im Rahmen des Elitewettbewerbs abschneidet. Es geht nicht nur um die 21 Millionen €. Es geht um den Ruf. Es geht quasi um die Bescheinigung, das Zertifikat, Exzellenz zu sein, Exzellenz zu produzieren und Exzellenz vorweisen zu können. Nur wenn sie das können, haben die Universitäten auch die Chance, sich Ressourcen über die knappen Ressourcen des Landes Berlin hinaus zu erschließen. Deswegen kommt diesem Wettbewerb eine viel größere Bedeutung auch international zu als die reine Frage der Mittelvergabe. Es wird doch sehr argwöhnisch aus den anderen Ländern und Forschungsstandorten geschaut, wie sich der Exzellenzwettbewerb in Deutschland entwickelt und welche Universitäten sich an dieser Stelle durchsetzen. Es ist ein Wettbewerb um die klügsten Köpfe. Dieser endet nun

Nicolas Zimmer

einmal nicht an den Landesgrenzen Berlins. Es ist auch eine Entscheidung im Exzellenzwettbewerb zugunsten der Universitäten in Berlin, die von ganz entscheidender strategischer Bedeutung ist.

[Beifall bei der CDU]

Ich sprach aber auch von operativen Rahmenbedingungen. Hier ist auch einiges seitens des Senats zu tun. Es sind einige Überlegungen anzustellen, die insbesondere bei der Novelle des Berliner Hochschulgesetzes anstehen. Wir haben schon die ersten Gedanken gehört. Herr Lentzen ist als Präsident der FU – zu meiner Überraschung – auf die Idee gekommen, man könne zukünftig einen gemeinsamen Antrag der drei Universitäten stellen. Das Wesen eines Wettbewerbs wie auch des Wettbewerbs um die Eliteförderung ist nun einmal die Konkurrenz, das Wachsen aneinander, das Differenzieren in Projekten, das Streben nach mehr in der Auseinandersetzung mit dem Anderen. Deswegen halte ich von einer gemeinsamen Antragstellung wenig. Wovon ich aber noch viel weniger halte, ist das, was ein wenig in dem Interview anklingt, das Sie dem „Tagesspiegel“, Herr Professor Zöllner, gegeben haben, aber auch dem, was Frau Dr. Koch-Unterseher hier in ihre Rede einfließen ließ, als sie sagte, das Prinzip Gemeinsamkeit und Kooperation sei wichtig. Das müsse man noch stärken. Diesen Weg müsse man weiterbeschreiten.

Ich habe den Eindruck, dass das Gespenst einer Fusion unserer drei Universitäten immer noch nicht vertrieben ist. Dieses Gespenst ist schon einmal von jemandem aufgebracht worden, der nicht bekannt dafür ist, dass er sich übermäßig für Wissenschaft interessiert, sondern er interessiert sich für Zahlen, nämlich von Herrn Sarrazin. Herr Flierl hat damals versucht, das ein bisschen zur Seite zu lavieren, und nun ist das Thema offensichtlich wieder da.

Die Geschichte Berlins ist voll von Fusionen. Wir haben Banken fusioniert. Wir haben Krankenhäuser fusioniert. Wir haben Schwimmbäder fusioniert. Das sind alles keine Erfolgsgeschichten. Und gerade da, wo akademische Freiheit nach Unterschiedlichkeit strebt, um zu wachsen, wäre eine gigantische Berliner Einheitsuniversität der Todesstoß für die Wissenschaftslandschaft Berlin. Wir brauchen keine rationalisierten und mittelmäßigen Wissensvermittlungsfabriken, denn damit werden wir den Wettbewerb um die klügsten Köpfe auf jeden Fall verlieren. Wir werden den jungen Menschen, die als Studierende an unseren Universitäten lernen und ihre Zukunft in die eigenen Hände nehmen wollen, damit überhaupt keinen Gefallen tun. Wenn Sie Maßstäbe senken, wenn Sie versuchen, durch Vereinheitlichung zu rationalisieren, wenn Sie nicht Raum geben für das Streben nach Andersartigkeit, dann verraten Sie den Geist der Wissenschaftlichkeit in unseren Universitäten.

Bereits jetzt werden den Universitäten Rechte genommen, und sie werden in ihrer Autonomie beschränkt. Wir haben eine Klage der Universitäten zur Hochschulzulassung anhängig. Wir haben im Abgeordnetenhaus darüber debattiert, als die Gesetzesänderung der letzten Legislaturperi-

ode von der Koalition geradezu durchgepeitscht wurde. – Sie haben von diskriminierungsfreiem Zugang gesprochen, Frau Koch-Unterseher. Es heißt am Ende des Tages, die Universitäten sind nicht mehr in der Lage, die Binnendifferenzierung vorzunehmen, die notwendig ist, um sich zu profilieren. Das ist die Kehrseite Ihrer Gesetzesänderung, und das führt dazu, dass die Qualität insgesamt an den Universitäten absinken wird. Das wird auch denjenigen nicht helfen, die jetzt diskriminierungsfrei an die Universitäten kommen, wenn sie qualitativ schlechte Abschlüsse mit nach Hause nehmen.

Ihre eigene Interpretation von Autonomie finde ich interessant, denn Ihre Autonomie ist etwas Interessengebundenes. So habe ich es jedenfalls verstanden. Ich habe es von Herrn Zöllner im Ausschuss gehört, ich habe es eben wieder von Ihnen gehört: Es gibt Ihrer Meinung nach keine Autonomie, die ungebunden ist. Das ist doch paradox. Autonomie bedeutet Eigenständigkeit. Autonomie bedeutet Selbstverantwortung. Autonomie bedeutet, selber den Begriff von Wissenschaft, Forschung und Lehre ausfüllen zu können. Dass es so etwas gibt wie einen Anspruch der Gesellschaft an Universitäten, ist völlig unbenommen, aber es gibt meines Erachtens keinen Anspruch darauf, Universitäten aus ideologischen Gesichtspunkten politisch in Wissenschaft, Forschung und Lehre zu beschränken.

[Beifall bei der CDU –

Vereinzelter Beifall bei der FDP]

Die Berliner Hochschulgesetznovelle steht noch aus. Ich habe den Eindruck, dass antiakademisch und leistungsfeindliche Folterinstrumente der Alt-68er wie Kreuzwahlrecht und Viertelparität wieder fröhliche Urstände feiern. Damit lähmen Sie Universitäten und bringen sie nicht voran. Diese brauchen schlanke und entscheidungsfreudige Strukturen.

[Beifall bei der CDU –

Vereinzelter Beifall bei der FDP]

Wir sind uns wohl alle einig, dass die Universitäten ein wesentlicher Baustein für die Zukunft Berlins sind. Auf sie können wir aber nur dann bauen, wenn die Universitäten selber eine Zukunft im internationalen Wettbewerb haben. Wettbewerb gibt es nicht ohne Freiheit, und Exzellenz gibt es nicht ohne Wagemut. – Herr Zöllner, wir werden Sie daran messen, ob Sie bereit sind, für die Universitäten und mit den Universitäten zu kämpfen, oder – wie Ihr Vorgänger – an Herrn Wowereit und Herrn Sarrazin scheitern werden und altlinken Ideologien den Vorrang in der Wissenschaftspolitik lassen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

[Beifall bei der CDU –

Vereinzelter Beifall bei der FDP]

Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:

Vielen Dank, Herr Kollege Zimmer! – Das Wort hat nun Herr Dr. Albers von der Linksfraktion.

Dr. Wolfgang Albers (Linksfraktion):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als Dänemark 1813 nach dem Krieg gegen England vor dem Staatsbankrott stand, erhöhte Friedrich VI. die Gelder für Bildung und Künste. Sein Finanzminister schrieb ihm daraufhin einen Brief und protestierte gegen diese Maßnahme aufs Schärfste. Friedrich antwortete ihm:

Arm und elend sind wir. Wenn wir jetzt auch noch dumm werden, können wir aufhören, ein Staat zu sein.

[Mieke Senftleben (FDP): Recht hat er!]

Es steht dem Berliner Senat gut an, sich diese Haltung grundsätzlich nicht nur zu eigen zu machen, sondern sie auch offensiv zu vertreten.

[Beifall bei der Linksfraktion –
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Wir haben hier ebenfalls in einer Situation der Haushaltsnotlage Politik zu machen und damit auch Wissenschafts- und Hochschulpolitik. Es sind in dieser Stadt in den vergangenen Jahren in diesem Bereich eine Reihe schmerzhafter Entscheidungen notwendig geworden, die uns schwergefallen sind – daraus macht meine Partei gar keinen Hehl –, die aber im Hinblick auf die Gesamtsituation dieser Stadt verantwortet werden mussten, nachdem sich andere Regierungen in diesem Bereich über Jahre als wenig handlungswillig und handlungsfähig gezeigt hatten. Wir haben auch reichlich Prügel für manche dieser Entscheidungen bezogen. Dass aber diese Prügel nun ausgerechnet auch parlamentarisch und besonders eifrig gerade von denen ausgeteilt werden, die sich selber jahrelang aus Angst vor diesen Prügeln um solche Entscheidungen herumgedrückt haben, ist eine ganz besondere Kabaretteinlage.

Die Ausgangsposition für eine zukunftsgerichtete Wissenschafts- und Forschungspolitik in dieser Stadt war alles andere als ideal. Der Bereich galt als aussichtsloser Konsolidierungsfall. Umso erfreulicher ist es, dass sich die Berliner Hochschulen in der zweiten Runde des sogenannten Exzellenzwettbewerbs erfolgreich durchsetzen konnten. Natürlich gratuliert auch meine Fraktion allen Beteiligten zu diesem Erfolg, der zunächst einmal nur ein vorläufiger ist. Wir sichern Ihnen auch für den weiteren Verlauf des Verfahrens jede Unterstützung zu. Dieser Erfolg ist nicht unverhofft gekommen, sondern dieser Erfolg ist das Ergebnis der Berliner Hochschulpolitik in der letzten Legislaturperiode und damit auch der Arbeit unseres Wissenschaftssenators Thomas Flierl.

[Beifall bei der Linksfraktion –
Bravo! von der Linksfraktion]

Er hat durch längst überfällige Strukturreformen die Wissenschaftslandschaft in dieser Stadt weiterentwickelt und gezeigt, dass man auch unter schwierigen Rahmenbedingungen mit eingeschränkten finanziellen Mitteln eine kluge und perspektivisch angelegte Wissenschaftspolitik machen kann. Über die Hochschulverträge wurde den Hochschulen durch den Senat langfristige Planungssicherheit

über eine Legislaturperiode hinaus gegeben, die es nun über 2009 hinaus fortzuschreiben gilt. Auch die notwendige Kofinanzierung, die für das aussichtsreiche Abschneiden in diesem laufenden Auswahlverfahren der besonders zu fördernden Universitäten wesentlich war, wurde umfassend und rechtzeitig gesichert. Wir werden auch die Nachhaltigkeit gewährleisten, und wir brauchen auch eine strategische Forschungsplanung in diesem Zusammenhang in dieser Stadt. Die Forschungsstärke unserer Hochschulen konnte unter schwierigen Bedingungen nicht nur auf hohem Niveau erhalten werden, es konnten gleichzeitig auch die Grundlagen dafür gelegt werden, dass nun – möglicherweise über zusätzliche Fördermittel durch den Exzellenzwettbewerb – diese Stärke weiter ausgebaut werden kann. – Es sei aber auch an dieser Stelle noch einmal betont: Exzellenz beginnt nicht erst an den Hochschulen, sie beginnt mit der frühestmöglichen Förderung auch schon in den Kindergärten und Schulen, und auch hier geht die Koalition konsequent ihren Weg.

[Beifall bei der Linksfraktion –
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Bei all der Euphorie, die mit dem Erreichten verbunden ist, und so sehr, wie wir es für Berlin begrüßen, sei auch darauf hingewiesen, dass wir von unserer grundsätzlichen Kritik an dieser Politik der Exzellenzinitiative nicht abrücken. Wir sehen auch Gefahren, die mit diesem Weg verbunden sind. Der anfängliche, später zurückgenommene RTL-2-würdige Slogan des Wettbewerbs „Brain up! – Deutschland sucht seine Spitzenuniversitäten“ zeigte deutlich, wohin die Reise geht – in die institutionalisierte Ungleichheit in der deutschen Hochschullandschaft.

[Dr. Martin Lindner (FDP): Ui! Toll!]

„Wer hat, dem wird gegeben“ ist keine wissenschaftspolitische Perspektive. Die Förderung unserer Universitäten in der Fläche wird zugunsten des Ausbaus sogenannter Spitzenforschung aufgegeben. Die Definition dessen, was Spitzenforschung ist, bleibt dabei oft unklar. Allein eingeworbene Drittmittel sind dafür kein Kriterium, und die Exzellenz einer Universität reduziert sich auch nicht auf das Kriterium der unmittelbaren wirtschaftlichen Verwertbarkeit ihrer Forschungsergebnisse. Wir brauchen in unserem Hochschulsystem auch weiterhin Philosophen und Altphilologen. Wir brauchen den Ausbau der Geistes- und Sozialwissenschaften, deren Produkte nicht auf die möglichst schnelle Umsetzung in irgendeiner Wertschöpfungskette angelegt sind und die zunehmend in Gefahr geraten, durch solche Exzellenzwettbewerbe an den Rand gedrängt zu werden. Wer zudem glaubt, die wissenschaftspolitische Zukunft in diesem Land liege in der perspektivischen Trennung zwischen erstklassigen Forschungs- und zweitklassigen Lehruniversitäten, zerstört mit der Einheit von Forschung und Lehre eine der wesentlichen Grundlagen unseres bewährten Hochschulsystems. Auch sogenannte Spitzenforschung muss der Lehre verpflichtet bleiben und braucht Lehre auf breiter Basis, sonst bleibt sie nicht reproduzierbar. Wir brauchen also auch eine besondere Förderung der Lehre.

Dr. Wolfgang Albers

Die Exzellenz einer Universität misst sich eben auch an der Qualität der Lehre, zum Beispiel daran, wie viele Studenten in welcher Zeit qualifizierte Abschlüsse absolvieren. Es reicht nicht allein, sogenannte Spitzenforschung zu fördern; wir brauchen eine ebensolche Förderung zum Beispiel bei der Grundlagenforschung. Nur auf diesem Boden hat besondere Qualität Bestand.

Das Problem unserer Hochschulen ist im internationalen Vergleich auch nicht der Mangel an Qualität; es ist ihre chronische Unterfinanzierung. Und genau dieses Problem löst man nicht über Exzellenzwettbewerbe. Man löst es nicht einmal an den geförderten Universitäten. Im Gegenteil, hier muss der Gefahr begegnet werden, dass die nicht geförderten Bereiche finanziell austrocknen. Eine anzudenkende Alternative zu Exzellenzwettbewerben wäre zum Beispiel eine ausreichende, die unterschiedlichen Bedingungen in den Ländern ausgleichende Sockelfinanzierung unserer Hochschulen, ergänzt durch leistungsbezogene Komponenten.

Exzellenzwettbewerbe sind im Grunde das Eingeständnis, dass die Förderung der Breite faktisch aufgegeben wurde. Wir stehen mit unserer Kritik an diesem Verfahren keineswegs allein da. Manche Kommentare in den letzten Tagen gehen in eine ähnliche Richtung, wenn es dort kritisch heißt, die meisten werden verlieren. Hier kommt die wissenschaftspolitische und vor allem auch gesellschaftspolitische Diskussion hoffentlich noch einmal in Gang. Wir werden unseren Teil dazu beitragen.

Ich mache noch eine Anmerkung zu der Aussage, die Diskussion um die Viertelparität habe der Bewerbung der Berliner Hochschulen bei der Auswahl möglicherweise geschadet. Einmal abgesehen davon, dass die Aachener Hochschule, die ebenfalls ausgewählt wurde, die Viertelparität kennt, sage ich ganz klar: Wenn das so gewesen sein sollte, kann die Schlussfolgerung daraus nicht sein, die Diskussion um die demokratischen Strukturen unserer Universitäten infrage zu stellen. Dann kann die Konsequenz nur sein, die Auswahlkriterien dieses Wettbewerbs zu hinterfragen, und zwar grundsätzlich.

Noch eine Anmerkung: Mich stört in dieser Diskussion der inflationäre Gebrauch solcher Begriffe wie „Spitzenforschung“, „Elite“, „Exzellenz“. Fällt eigentlich niemandem der ausgrenzende Charakter dieser Begriffe mit all seinen gesellschaftlichen Folgen auf – einmal ganz abgesehen davon, dass ein solch inflationärer Gebrauch den Inhalt dieser Begriffe auch relativiert?

Zum Schluss: Es gibt einen beinahe resignativen Satz Goethes:

Die Deutschen, und sie nicht allein, besitzen die Gabe, die Wissenschaften unzugänglich zu machen.

Wir sind mit dieser Koalition angetreten, dafür Sorge zu tragen, dass sich diese Gabe in dieser Stadt nicht ausleben kann – bei aller Exzellenz. – Vielen Dank!

[Beifall bei der Linksfraktion –
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der FDP der Abgeordnete Czaja! – Bitte schön, Herr Kollege!

Sebastian Czaja (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Als der Altbundeskanzler mit seiner Forderung nach einer deutschen Eliteuniversität an die Öffentlichkeit preschte, handelte er in einem etwas anderen Sinne. Herr Schröder wollte eine einzige Universität – man munkelte damals, die Humboldt-Universität – zum „Leuchtturm“ proklamieren, sie mit Sondermitteln ausstatten und sich wieder gemächlich zurücklehnen und zusehen, wie die vermeintlichen Forschungslorbeeren eingeholt werden würden.

Doch die Rechnung ging nicht auf – und konnte im Übrigen auch nicht aufgehen. Zum einen, weil die Länder nicht mitmachen wollten, zum anderen, weil bald deutlich wurde, dass allein ein Namensschild keine Wunder bewirken kann. Wo Elite draufsteht, muss noch längst keine Elite drinstecken.

[Beifall bei der FDP]

Elitestatus und Exzellenz müssen langfristig und immerfort neu hart erkämpft werden. Genau dem wird die Exzellenzinitiative in ihrer endgültigen Form heute auch gerecht.

[Beifall bei der FDP]

Die Universitäten Deutschlands messen ihre Leistung und kämpfen mit Konzepten um zusätzliche Fördermittel. Sie setzen alles daran, dem rot-grünen Mythos der Leistungsgleichheit der Hochschulen entgegenzutreten und ihre Stärken und Vorzüge einer – zumindest politisch – uneinflussten Jury aus Wissenschaftlern zu verdeutlichen und herauszustellen. Wenn die Universitäten erfolgreich abschneiden, dann ist dies maßgeblich der Arbeit der an den Hochschulen angesiedelten Forscher und der Universitätsleistung geschuldet. Die Rahmenbedingungen, gesetzt durch die Wissenschaftspolitik der Länder, erleichtern oder aber erschweren die Arbeit vor Ort. Für das Land Berlin kann man zusammenfassend wohl eher sagen: Die Erfolge der Universitäten sind nicht wegen, sondern trotz der rot-roten Politik zustande gekommen und deswegen umso beachtlicher.

[Beifall bei der FDP –
Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Obwohl es sich bei der Exzellenzinitiative primär um einen Wettbewerb unter Universitäten handelt, trägt sekundär die Wissenschaftspolitik der Länder langfristig auch zum Gelingen bei.

[Uwe Doering (Linksfraktion): Ach was!]

Sebastian Czaja

– Genau! – Wer jedoch angesichts des Wettbewerbs seitens der Politik kurzfristige Interventionen zugunsten der Hochschulen fordert, hat etwas nicht ganz begriffen. Die Personen, die mitten im Spiel die Spielregeln verändern, machen sich unter den Mitspielern unbeliebt und fordern eine Disqualifizierung eher heraus. Dieses Risiko sollte unserer Meinung nach nicht eingegangen werden.

[Beifall bei der FDP –
Vereinzelter Beifall bei der CDU]

In diesem Zusammenhang sind die Forderungen zur gemeinsamen Antragstellung von FU und HU im Rahmen der dritten Förderungsstufe wenig hilfreich. Die Spielregeln lauten klar und deutlich: Bei der dritten Förderungsstufe Zukunftsstrategie hat jede Hochschule für sich zu kämpfen. Da gilt es, zumindest nicht in dieser Phase des Wettbewerbs davon abzuweichen. Das Risiko des Scheiterns wäre zu groß.

Allerdings können diese theoretischen Planspiele, von wem auch immer sie stammen mögen, in ihren Auswirkungen kaum mit den Äußerungen des Ex-Senators Flierl mithalten. Dieser hatte – um zu erinnern – im Jahr 2004 den Elitewettbewerb öffentlich kritisiert und abgelehnt. Eine One-Man-Show, die an Peinlichkeit kaum zu überbieten war und dem Standort Berlin erheblich geschadet hat.

[Beifall bei der FDP –
Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Lassen Sie, werter Herr Zöllner, sich also bitte nicht auf das rot-rote Berliner Koalitionsniveau ein!

Kurzfristige Interventionen können nicht darüber hinwegtäuschen, dass hier jahrelang durch schlampiges, gedankenloses Lavieren Porzellan zertrümmert wurde. Umsteuern braucht einfach Zeit, darauf hat die FDP bereits im Januar 2004 mit einem Antrag hingewiesen. Wir haben uns in diesem Zusammenhang für eine Stärkung der Hochschulautonomie, die Straffung der inneruniversitären Strukturen und die Abschaffung des völlig überkommenen Gremienwesens ausgesprochen – um Sie noch einmal daran zu erinnern. Wir haben die Kürzung bei der Zahl der ausfinanzierten Studienplätze kritisiert und mehr Initiative auf dem Weg zum Wissenschaftstarifvertrag eingefordert. Wir wollten den Hochschulen mehr Bewegungsfreiheit geben und neue Handlungsspielräume eröffnen. Was haben die Genossen von der SPD im Gleichschritt mit der PDS getan? – Sie schwafelten über Viertelparität, haben Hochschulgesetze auf den Weg gebracht, die zum einen verfassungsrechtlich fragwürdig sind, zum anderen den Wissenschaftsbetrieb der Universitäten enorm behindern und die Handlungsfähigkeit der Hochschulen einschränken. Das Berliner Hochschulgesetz, einst als fortschrittlichstes, liberalstes Gesetz bekannt, ist in den Jahren der rot-roten Regierung zu einem Folterinstrument für die Berliner Hochschulen verkommen.

[Beifall bei der FDP –
Vereinzelter Beifall bei der CDU –
Uwe Doering (Linksfraktion): Düster, düster!]

Andere Bundesländer haben ihren Hochschulen mehr Freiheit eingeräumt – Berlin hat sie mehr eingeschränkt.

Es bleibt zu hoffen, dass mit dem Wechsel an der Spitze der Wissenschaftsverwaltung etwas frischer Wind kommt. Hoffentlich, Herr Senator, reden Sie nicht nur über Autonomie, sondern handeln auch. Die FDP wird Sie in die Pflicht nehmen und die von Ihnen getätigten Versprechungen mit allem Nachdruck einfordern.

Veränderung ist dringend notwendig. Die Euphorie im Zusammenhang mit der Exzellenzinitiative, die man heutzutage sehr häufig wahrnimmt, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die deutschen Universitäten leider schon lange nicht mehr im internationalen Spitzenfeld mithalten bzw. konkurrieren können. Der Top-500-Hochschulvergleich der Shanghai University siedelt die deutschen Eliteuniversitäten TU München und LMU München auf den Plätzen 45 und 51 an. FU und HU schaffen es nicht unter die Top 100. Das darf nicht hingenommen werden!

Auch mit den zusätzlichen Bundesmitteln wird der Weg beschwerlich sein. Die Budgets der Hochschulen sind sehr viel kleiner als die der Spitzenklasse beispielsweise in den USA oder in Großbritannien. Sie haben in der Regel sehr viel kleinere rechtliche Räume, sind durch sehr viele engmaschige Regelungen in ihrem Handeln gehemmt. Deswegen ist es so enorm wichtig, dass diese Rahmenbedingungen verändert werden, dass sich die Hochschulen in Berlin endlich wieder frei entwickeln können.

Nordrhein-Westfalen hat mit seinem Hochschulfreiheitsgesetz ein von vielen Seiten gefeiertes Gesetz auf den Weg gebracht, das genau dies bezweckt. Das kann auch Berlin gelingen. Auf die zweite Runde der Exzellenzinitiative wird sich das nicht mehr auswirken können, dafür ist die Zeit leider zu knapp. Doch für den darauffolgenden Zeitraum dürfen wir nichts unterlassen, um Hemmnisse abzubauen, die der positiven Entwicklung der Lehre und Forschung an Berliner Hochschulen im Wege stehen.

Berliner Universitäten haben Potential. Sie sind weit gekommen, trotz widrigster Rahmenbedingungen. Nicht auszumalen, was sie erreichen könnten, wenn ihnen eine Politik von diesem Haus zur Seite gestellt werden würde, die ihnen Chancen bieten würde, die sie sich unserer Meinung nach redlich verdient haben.

[Beifall bei der FDP –
[Beifall von Christian Goiny (CDU)
und Joachim Luchterhand (CDU)]

Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:

Vielen Dank, Herr Kollege! – Herr Senator Prof. Zöllner, Sie haben das Wort!

Senator Dr. Jürgen Zöllner (Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Wichtige vorweg: Dieses Zwischenergebnis des Exzellenzwettbewerbs ist ohne Zweifel ein riesiger Erfolg. Ein riesiger Erfolg nicht nur für die Berliner Universitäten, es ist ein Erfolg für die ganze Stadt.

Zweitens: Wir sollten uns mit den Wissenschaftlern freuen, aber auch diesen Wissenschaftlern und den Hochschulleitungen dankbar sein für ihren Einsatz, der uns letztlich allen zugute kommt, aber primär ihnen zu verdanken ist.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion –
Beifall von Henner Schmidt (FDP)]

Wenn wir darüber reden, wie es zu diesen Platzierungen gekommen ist und was wir jetzt tun sollten, dann müssen wir aus meiner Sicht, wenn die Diskussion sachlich und konstruktiv bleiben soll, einige Punkte beachten, die nicht selbstverständlich in der öffentlichen Diskussion im Zusammenhang mit der Exzellenzinitiative genannt werden.

Erstens: Unabhängig, wie die Exzellenzinitiative ausgeht, ist es völlig unbestritten, dass Berlin einer, wenn nicht der zentrale Wissenschaftsstandorte in Deutschland ist, und dass alle objektiven Parameter, und nicht nur der Ruf der Wissenschaft in dieser Stadt, dies belegen.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Um zu verdeutlichen, dass das Starren auf die Schlange Exzellenzwettbewerb möglicherweise die Augen vor dem eigentlich Wichtigen verschließt, benutze ich in der Öffentlichkeit immer folgendes Beispiel: Wenn wir im letzten Jahr einen Nobelpreisträger in Chemie gehabt hätten, im vorletzten Jahr einen in Wirtschaftswissenschaften und im Jahr davor einen in Physik, hätte das nicht zwangsläufig bedeutet, dass die Chancen Berlins im Exzellenzwettbewerb größer gewesen wären.

[Mieke Senftleben (FDP): Schön wäre es trotzdem!]

Es geht um etwas ganz anderes. Es geht darum, unter bestimmten konzeptionellen Rahmenbedingungen Anträge kooperativer Art in bestimmten Wissenschaftsbereichen vorzulegen. Es ist kein absolutes Werturteil über die wissenschaftliche Qualität der Institution und ihrer Mitarbeiter an sich.

Zweitens: Dennoch ist das erforderliche Abschneiden innerhalb des Exzellenzwettbewerbs von zentraler Bedeutung. Es ist schon angedeutet worden, auf der einen Seite geht es um das Geld, wobei es aus meiner Sicht nicht in erster Linie um die zusätzlichen Finanzmittel geht. Es geht vor allen Dingen um den Imagegewinn, den Ruf des Wissenschaftsstandortes, weil darüber hochqualifizierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und vor allem Nachwuchskräfte nach Berlin gelockt werden. Sie sind das letztlich entscheidende Kapital für eine Universität und für außeruniversitäre Standorte. Der Erfolg motiviert die Wissenschaftler vor Ort noch stärker zusammenzu-

arbeiten. Diese Zusammenarbeit brauchen wir auf jeden Fall.

Der dritte Punkt ist mir besonders wichtig, weil er auch in der öffentlichen Diskussion eine Rolle gespielt hat. Über Exzellenz hat man immer nur im Zusammenhang mit der FU und der HU gesprochen. Über Exzellenz und wissenschaftliche Exzellenz in dem Wettbewerb wird aber nur innerhalb der ersten beiden Förderlinien, der Graduiertenschulen und der Exzellenzcluster, entschieden. Die dritte Förderlinie beurteilt ein wissenschaftspolitisches Zukunftskonzept für die Weiterentwicklung der Institution. Es setzt wissenschaftliche Exzellenz voraus, die innerhalb des Wettbewerbs durch die Cluster und die Graduiertenschulen belegt wird. Das, meine Damen und Herren, die wir in diesem Parlament diese Stadt repräsentieren, heißt: Wir haben drei Sieger in dieser Zwischenphase. Nicht nur die HU, nicht nur die FU, sondern auch die TU.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Wenn dem aber so ist, dann hat das jetzt bereits Konsequenzen für das, was wir hier politisch miteinander besprechen müssen. Die Möglichkeiten der Politik sind in Bezug auf die ersten beiden Förderlinien sicher nur beschränkt. Sie erstrecken sich auf die zu Recht angesprochenen Rahmenbedingungen, dazu komme ich gleich. Bei der dritten Linie – den Exzellenzuniversitäten – sieht es allerdings anders aus. Weil es eine konzeptionelle und damit wissenschaftspolitische Frage ist, wie man eine Hochschule weiterentwickelt, ist zumindest der Dialog und die Abstimmung zwischen der Wissenschaft vor Ort und der Politik, die die Verantwortung für die Entwicklung dieses zentralen Zukunftsbereiches trägt, von Bedeutung.

Wenn Sie das im Hinterkopf haben, ist die Situation in Bezug auf die Vergangenheit, die Gegenwart und die Zukunft beurteilbar. Die Fakten sprechen für sich. Ich gehörte diesem Parlament nicht an, als über die Ergebnis der ersten Runde gesprochen worden ist. Ich bin mir aber absolut sicher, dass in vielen Diskussionsbeiträgen – ohne dass ich dafür die Protokolle zu Rate ziehe – ein Kausalzusammenhang zwischen dem nicht so erfreulichen Abschneiden in der ersten Runde und der finanziellen und konzeptionellen Ausstattung der Berliner Hochschulen hergestellt worden ist. Dann aber, meine Damen und Herren, haben Sie bei diesem brillanten Ergebnis den Mut, den Umkehrschluss zu ziehen.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion –
Zurufe von den Grünen]

Man braucht zu solchen Diskussionslinien gar nicht greifen. Die objektiven Zahlen sprechen dafür, dass sich Berlin finanziell überproportional im Wissenschaftsbereich engagiert. Dieses überproportionale finanzielle Engagement der Politik ist die Voraussetzung dafür, dass die Berliner Wissenschaftler, die Berliner Hochschulen am meisten DFG-Drittmittel – die viel eher ein Parameter zur Gesamtbeurteilung und Leistungsfähigkeit darstellen – einwerben.

Senator Dr. Jürgen Zöllner

[Beifall bei der SPD]

Für Diskussionsveranstaltungen gibt es noch folgenden Schlenker: Die Anstrengungen des Landes Berlin sind vom Bundesverfassungsgericht beurteilt worden, denn dieses sagt, dass Berlin eher zu viel als zu wenig für Wissenschaft ausgibt. Ich will jetzt gar nicht den Bogen spannen zu den Aussagen, dass die Probleme der Zukunft in den Rahmenbedingungen liegen könnten. Das war nicht hinderlich. Die Rahmenbedingungen haben höchstens zu einer Begünstigung beigetragen. Nur um die Gefährlichkeit dieser Kausalverknüpfungen, die anscheinend so einfach sind, verdeutlichen zu können, will ich auf den Hinweis mit dem Hochschulgesetz eingehen. Ich glaube, Herr Pinkwart schaut wehmütig nach Berlin, wenn er dieses überproportional gute Abschneiden der Berliner Universitäten in diesem Wettbewerb mit den nordrhein-westfälischen vergleicht.

Er würde eine Verknüpfung mit seinem Hochschulfreiheitsgesetz als kausale Ursache sicher mit einer gewissen Distanzierung betrachten.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion –

Mieke Senftleben (FDP): So lange gibt es das Gesetz noch gar nicht, das wissen Sie genau!]

Jetzt geht es darum, was an den Rahmenbedingungen zu tun ist und möglicherweise durch eine Abstimmung, durch Kooperation und Gespräche mit den Hochschulen, insbesondere wegen der speziellen Charakteristik der dritten Förderlinie zu erreichen ist. Dieser Senat wird ohne Wenn und Aber die entsprechende Kofinanzierung der bewilligten Anträge sicherstellen. Und – weil es in der öffentlichen Diskussion eine Rolle gespielt hat – er wird auch die Anschlussfinanzierung sicherstellen. Daran wird es nicht liegen. Das wird eine entscheidende Voraussetzung sein, dass die Berliner Universitäten positive Perspektiven haben.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Ich meine sehr wohl, obwohl ich ein leidenschaftlicher Verfechter der Autonomie der Hochschulen bin, dass es eine Verpflichtung der Wissenschaftspolitik ist – in diesem Fall des verantwortlichen Senators –, mit den Hochschulen ins Gespräch zu treten, ob es in der konzeptionellen Weiterentwicklung ihrer Einrichtungen nicht zu einem abgestimmten perspektivischen Blickwinkel für die Berliner Hochschulen kommen könnte. Ich mache keinen Hehl daraus – dazu stehe ich, wie schon in der Beantwortung der mündlichen Anfrage –, dass ich sehr wohl meine, dass Kooperation – wohl gemerkt: Kooperation! – zwischen den beiden Universitäten und was noch wichtiger ist und mit den außeruniversitären Einrichtungen, die nicht annähernd qualitativ und quantitativ in die Sichtbarmachung dieses Prozesses eingebunden sind, nur förderlich sein kann. Hier müssen wir gemeinsam nach Wegen suchen, die die eigenständige Profilbildung der beiden Universitäten noch unterstützt und trotzdem einen Mehrwert aus identifizierbarer Kooperation in dem gesamten Effekt ermöglicht.

[Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Ich bin sicher, dass es gelingt, dieses innerhalb des Prozesses zu erreichen.

Gestatten Sie abschließend noch zwei Bemerkungen: Ich bin ganz bewusst nicht mit einem hohen inneren Engagement und leidenschaftlichen Worten auf die Unterstellungen eingegangen, dass möglicherweise formale oder finanzielle Rahmenbedingungen, für die das Land verantwortlich ist, auf den bisherigen Wegen schädlich gewesen sein könnten, weil ich meine, dass nur eines in der weiteren Diskussion wirklich schädlich sein kann. Das wäre, wenn aus Berlin öffentlich – von wem auch immer – gesagt würde, dass diese Hochschulen prekäre Rahmenbedingungen hätten, die sie nicht haben. Damit können wir ihnen schaden. Ich glaube, wir sollten die notwendige Auseinandersetzung über alternative Wege der Organisation und ähnliches nicht im Zusammenhang mit dem Exzellenzwettbewerb führen, weil dieses dem nach außen bekundeten gemeinsamen Anliegen, den Hochschulen hier zum Erfolg zu verhelfen, sicher zuwiderläuft. Das war die ganz vorsichtige Formulierung zu dem, was Sie vonseiten der Grünen gesagt haben.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Ich will ganz bewusst die Bemerkung von Herrn Czaja aufgreifen, dass wir, egal wie wir möglicherweise in Einzelpunkten alternativ Hochschulpolitik realisiert sehen möchten, diesen Wettbewerb als leistungssteigerndes Element im Bereich der Wissenschaften bejahen sollten. Wir sollten dann aber schon so vorsichtig sein und nicht eine Konfrontationssituation in der Rede herbeiführen, als ob es einen Gegensatz zwischen einer SPD-Politik und einem solchen Ansatz gäbe. Denn jeder, der sich damit befasst hat, weiß, dass das Grundkonzept auf eine Veröffentlichung von mir einen Tag, nachdem Herr Schröder seinen Vorschlag gemacht hat, zurückzuführen ist und dass ich ohne Zweifel auf der SPD-Seite dazu beigetragen habe, dass genau diese Art des Wettbewerbs, der sich pyramidenförmig gestaltet, realisiert worden ist.

[Beifall bei der SPD –

Vereinzelter Beifall bei der Linksfraktion]

In einem Punkt stimme ich Herrn Albers und Frau Schillhaneck vorbehaltlos zu. Es ist so, dass dieser Wettbewerb über die Finanzmittel, über den Imagegewinn der Standorte einen weiteren unschätzbaren Effekt gehabt hat, und zwar der Aufwertung der Forschung innerhalb der Hochschulen und letzten Endes damit auch der Forschung und der Wissenschaft innerhalb der Gesellschaft.

Wenn wir verantwortungsvolle Wissenschaftspolitik treiben wollen, dürfen wir das andere Standbein, die Lehre, nicht vergessen. Dann sollten wir uns sehr wohl überlegen, ob wir nicht einen ähnlichen Wettbewerb, der ganz anders konstruiert sein muss, auch nicht so viel Geld erfordert wie in der Forschung, auch im Bereich der Lehre initiieren. Damit könnten sich diejenigen, die sich in diesem Bereich überproportional engagieren und gut sind, genauso von der Gesellschaft und von den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern geschätzt fühlen, wie diejenigen, die sich nur auf die Forschung konzentrieren. Da

Senator Dr. Jürgen Zöllner

man immer versuchen sollte, nicht nur über etwas zu reden, sondern es auch zu tun, werde ich morgen bei der Übergabe der KMK-Präsidentschaft den Vorstoß machen, dass wir in diesem Jahr als KMK auch einen Exzellenzwettbewerb für die Lehre in Deutschland auf den Weg bringen. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit!

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Vizepräsident Dr. Uwe Lehmann-Brauns:

Danke schön, Herr Senator! – Jeder Senator hat eine Redezeit, die unbegrenzt ist. Sie haben 16 Minuten gesprochen. Da ich keine weiteren Wortmeldungen sehe, ist die Aktuelle Stunde damit beendet.

Zum Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 16/0160 empfiehlt der Ältestenrat die Überweisung an den Ausschuss für Wissenschaft und Forschung sowie an den Hauptausschuss, wozu ich keinen Widerspruch höre.

Damit kommen wir zur Priorität der Fraktion der Grünen, der

lfd. Nr. 4 a:**I. Lesung**

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Berliner Sparkasse und die Umwandlung der Landesbank Berlin – Girozentrale – in eine Aktiengesellschaft (Berliner Sparkassengesetz – SpkG –)

Antrag der Grünen Drs 16/0133

Zur Beratung steht den Fraktionen nach unserer Geschäftsordnung eine Redezeit von bis zu 5 Minuten zur Verfügung. Ich eröffne die I. Lesung. – Für die Fraktion der Grünen hat Frau Paus das Wort. – Bitte schön, Frau Paus!

Elisabeth Paus (Grüne):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor zwei Tagen gab es eine erstaunliche Meldung. Die Stiftung Warrentest veröffentlichte ihre Ergebnisse über die Verbrauchfreundlichkeit von Banken, konkret über deren Praxis bei der Vergabe von Krediten an private Haushalte. Und siehe da, die Berliner Sparkasse gehörte zu den besten drei Banken. Alle anderen waren weit abgeschlagen.

Wir begrüßen das ganz ausdrücklich. Wir begrüßen das auch deswegen, weil genau das lange, lange nicht so war. Für Fachleute wie Kunden war es ein offenes Geheimnis, dass die Gemeinwohlorientierung der Berliner Sparkasse seit ihrer Einbringung 1994 in die Bankgesellschaft in der täglichen geschäftlichen Praxis sehr unter die Räder gekommen ist. Vor diesem Hintergrund ist das Testergebnis gar nicht hoch genug einzuschätzen. Wir wollen – und dafür haben wir heute diesen Antrag vorgelegt – dafür sorgen, dass das auch künftig so bleibt, dass das auch dann so bleibt, wenn in diesem Jahr die Sparkasse verkauft wird, verkauft werden muss.

[Beifall bei den Grünen –
Beifall von Frank Jahnke (SPD)]

Der rot-rote Senat hat im Jahr 2005 ein Sparkassengesetz verabschiedet, das erneut unter dem Stichwort „Berliner Modell“ bundes- und europaweite Wellen geschlagen hat. Über ein Jahr lang wurde zwischen Bund, Ländern, der EU-Kommission, dem Bundesaufsichtsamt für Finanzwesen und anderen um die Zulässigkeit des Berliner Sparkassengesetzes gerungen. Es ist zwar so, dass im Ergebnis jetzt ein Kompromiss gefunden und die von Rot-Rot gewählte Konstruktion bestätigt wurde. Das ändert aber nichts daran, dass wir jetzt eine Konstruktion haben, nach der diese Sparkasse nach außen als Sparkasse auftreten darf, obwohl sie selbst gar keine Banklizenz hat, obwohl sie selbst kein eigenes Geld, kein Eigenkapital besitzt, obwohl sie selbst über keinen eigenen Vorstand und keinen Aufsichtsrat verfügt.

Und deswegen ist es eben nicht nur unsere Auffassung, sondern auch die des Bundesaufsichtsamts für das Finanzwesen, dass die Gemeinwohlorientierung, die jeder von der Sparkasse kennt und mit der Marke Sparkasse in Verbindung bringt, deutlich und ausführlich in diesem Gesetz geregelt werden muss.

[Beifall bei den Grünen]

Genau das ist bisher nicht der Fall, auch wenn die Koalition öffentlich immer wieder etwas anderes behauptet. Es ist eben so, dass bisher in diesem Gesetz keine Verpflichtung für ein Konto für jedermann und jedefrau besteht. Es gibt in dem Gesetz keine Verpflichtung, in der gesamten Stadtfläche präsent zu sein. Es gibt auch keine Verpflichtung zu einer sozialen Gebührengestaltung.

Und dafür gibt es auch einen Grund. Ich zitiere Carl Wechselberg aus der Debatte im Jahr 2005: „Wir werden ein Ergebnis erzielen, das bezogen auf die Risikominimierung für das Land Berlin einen guten Veräußerungspreis und die Fähigkeit, aus diesem Veräußerungspreis wesentliche Teile der Risikoabschirmung zu bezahlen, sichert.“ Das ist für mich der entscheidende Punkt.

Natürlich ist es richtig, dass es einen guten Verkaufspreis geben muss. Aber aus unserer Sicht ist völlig klar: Das kann nicht der einzige, nicht der ausschlaggebende und entscheidende Grund sein, sondern es geht darum, auch zukünftig: Wenn man ein Sparkassengesetz will und den öffentlichen Kreditsektor zumindest in seiner Gemeinwohlorientierung erhalten will, dann muss man das als Gesetzgeber sicherstellen. Wir können den Verkauf der Sparkasse nicht auf Kosten der Kundinnen und Kunden, der Bevölkerung von Berlin, des Mittelstands und der Kleinsparer machen. Deswegen brauchen wir diese wesentlichen Verbesserungen im Sparkassengesetz. Ende des Jahres muss verkauft werden, das ist die Vorgabe der Europäischen Kommission. Deswegen ist es jetzt hohe Zeit, das Sparkassengesetz anzufassen und zu verbessern. – Herzlichen Dank!

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Paus! – Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Jahnke das Wort.

Frank Jahnke (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Grünen haben recht.

[Beifall bei den Grünen]

Ich habe gerade zu meiner Mitarbeiterin gesagt: Wenn ich nach vorn gehe, muss ich den Satz ein paar Mal vor mich hin reden, da ich nicht so oft die Gelegenheit habe, ihn zu sagen. Also noch mal: Die Grünen haben recht, und zwar mit der Aussage, dass, wenn wir die Landesbank Berlin im kommenden Jahr veräußern müssen, dabei bestimmte Vorkehrungen zu treffen sind, die sicherstellen, dass da, wo Sparkasse draufsteht, auch Sparkasse drin bleibt.

Es ist klar, wir haben das hier vor anderthalb Jahren mit der Neufassung des Sparkassengesetzes schon ausführlich diskutiert, es ist eine Vorgabe der EU für die Beihilfen aus den Jahren 2001 und 2002, dass die Anteile des Landes Berlin zwingend und diskriminierungsfrei veräußert werden. Das heißt, wir müssen Privaten die Möglichkeit lassen, diese Anteile zu kaufen. Es kann also passieren, dass die Landesbank Berlin ganz oder mehrheitlich nach der Veräußerung in privatem Eigentum ist.

Wie stellt man dann aber trotzdem sicher, dass die Sparkasse eine Sparkasse bleibt? – Wir haben allerdings, Frau Paus, mit dem Sparkassengesetz von 2005 durchaus die wesentlichen Grundlagen geschaffen, dass dies so bleibt. Die Sparkasse ist als teilrechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts nach den gesetzlichen Vorgaben, die dort schon sehr genau festgehalten sind, nicht erst durch die, die Sie ergänzen wollen, auch in privatem Eigentum als eine Sparkasse gesichert. Es hat sich seit 2005 – Sie haben das schon angedeutet – auch auf europäischer Ebene eine Menge ereignet. Es hat große Diskussionen gegeben, weil die deutschen Sparkassen und ihre Verbände das Problem sehen, dass der Verkauf der Landesbank Berlin zu einer Art Eisbrecher werden könnte, den deutschen Sparkassensektor insgesamt aufzuknacken, so dass hier also nicht nur ein Einzelfall vorliegt, sondern dass hinterher das in Deutschland zu Recht tradierte Sparkassenwesen, das international in der Art nicht bekannt ist, sich hier aber bewährt hat und weiter gewollt wird, aufgebrochen wird.

Die Verhandlungen der Bundesregierung mit der EU-Kommission waren sehr erfolgreich. Ich meine, dass damit gesichert ist, dass die deutsche Besonderheit, wie sie in § 40 KWG geregelt ist, bestehen bleiben kann. Wir müssen schauen, dass wir in Berlin nicht zu einer sparkassenfreien Zone werden, sondern eben auch unsere Sparkasse haben werden. Deswegen ist es sinnvoll – und so meinte ich den Satz „Die Grünen haben recht“, wenn wir in unserem Gesetzgebungsverfahren schauen, wo wir noch bestimmte Dinge hineinschreiben müssen, um si-

cherzustellen, dass dies so ist. Sie nennen einige wichtige Punkte, das sehe ich auch so. Das Konto für jede und jeden ist sicher ein Punkt, die soziale Preisgestaltung auch. Mir würde noch einiges einfallen, was Ihnen nicht so naheliegt, wie die Sparkasse als ein Instrument für den Mittelstand. Das ist ein ganz wesentlicher Faktor. Auch da könnte man noch das eine oder andere tun. Sicherlich muss auch das Regionalprinzip in einer vielleicht noch deutlicheren Form auftauchen, als das bisher der Fall ist.

Wir werden im Ausschuss Ihren Antrag, natürlich auch unseren Antrag, diskutieren und schauen, was wir am Sparkassengesetz noch ändern, damit Berlin eine Sparkasse behält und wo Sparkasse drauf steht auch Sparkasse drin ist. – Vielen Dank!

[Beifall bei der SPD, der Linksfraktion und den Grünen]

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Jahnke! – Das Wort für die CDU-Fraktion hat Herr Goetze.

Uwe Goetze (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die ersten zwei Redner haben schon gezeigt, dass es offenbar relativ wenig Dissens bei der Ausgestaltung der Regelungen geben wird, die im Vorfeld des Verkaufs der Sparkasse noch zu treffen sind. Insofern stellt sich die Frage, warum wir eine scheinbare Kontroverse, die tatsächlich keine ist, heute im Plenum besprechen sollen. Aber vielleicht geht es um die Details.

Drei wesentliche Punkte benennt der Antrag: Die Sparkasse soll in der Fläche präsent sein, das Konto für jede und jeden soll verpflichtend werden, und eine soziale Preisgestaltung wird gefordert. Beim Konto für jedermann sind wir uns, glaube ich, einig. Das ist eben schon deutlich gemacht worden. Es muss einen Anspruch geben, wenn nicht für alle Banken so etwas einzurichten, dann eben für besondere Kreditinstitute, und da steht eine Sparkasse sicherlich an erster Stelle. Die beiden Punkte Sicherung der Präsenz in der Fläche und soziale Preisgestaltung bedingen sich aber natürlich. Da stellt sich die Frage, mit welchem Verständnis denn so etwas in das Gesetz geschrieben werden soll. Auf der einen Seite haben wir die Situation im Bankensektor, dass die Filialdichte in Deutschland deutlich über dem europäischen Durchschnitt liegt und die Filialdichte in Berlin noch über dem Bundesdurchschnitt. Sie müssen berücksichtigen, dass die Frage, wie viele Einwohner pro Filiale statistisch angesetzt werden, für die Kreditinstitute, auch für die Sparkasse als besonderes Kreditinstitut, etwas ist, was unter Kostengesichtspunkten gesehen werden muss. Wenn Sie also viel Präsenz in der Fläche haben wollen, dann müssen Sie das irgendwoher erwirtschaften. Gerade ein künftiger privater Eigentümer wird sich angucken müssen, wie er das dann macht.

Uwe Goetze

Auf der anderen Seite wollen Sie die soziale Preisgestaltung haben. Da ist in der Tat die Sparkasse nicht gerade der Spitzenreiter, was Verbraucherefreundlichkeit angeht. Sie haben die ersten Konten in der Republik, die bereits von einem Kreditinstitut mit einem Bonus bedient werden, da kriegen Sie sogar noch jeden Monat Geld. Es ist inzwischen beinahe Standard, dass wesentliche Kreditinstitute – ob online oder in der Fläche präsent – kostenlose Konten anbieten. Da hinkt die Sparkasse hinterher. – Aber den Dissens können Sie in Ihrer Argumentation derzeit nicht auflösen. Viel Präsenz in der Fläche, hohe Kosten also für die Bereithaltung von Personal und Mieträumen im Stadtgebiet, und auf der anderen Seite eine soziale Preisgestaltung – das ist nicht miteinander vereinbar. Das müssten Sie uns dann in den Ausschüssen, vorzugsweise im Wirtschaftsausschuss, noch mal erklären.

[Zuruf von den Grünen: Gerne!]

Ich glaube, man kann relativ vorbehaltlos mit diesem Antrag umgehen. Er ist mit Sicherheit nicht vollständig bezüglich dessen, was im Rahmen des Sparkassengesetzes noch geregelt werden muss. Aber ich denke, dass wir im Ausschuss zu guten Lösungen kommen können. Eine Kontroverse scheint es bis auf den eben skizzierten Punkt kaum zu geben, was die einzelnen Antragspassagen angeht. Von daher sehe ich den Beratungen äußerst gelassen entgegen. Aber wir sollten berücksichtigen, wenn wir Regelungen treffen, dass sie Auswirkungen haben könnten auf die Bereitschaft anderer Kreditinstitute oder Konsortien, sich mit dem Erwerb der Sparkasse zu befassen, nach dem Motto: Was wissen wir denn, was die Berliner Parlamentarier uns später noch in ein Sparkassengesetz schreiben? –

Das sollten wir uns tunlichst verkneifen, denn das wäre für das gesamte Verkaufsverfahren äußerst kontraproduktiv. Ein bisschen vorsichtig mit zusätzlichen Forderungen! Und ein bisschen Verständnis für die betriebswirtschaftlichen Zusammenhänge! Dann bekommen wir gute Ergebnisse.

[Beifall bei der CDU]

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Goetze! – Für die Linksfraktion hat nun Herr Abgeordneter Dr. Lederer das Wort. – Bitte!

Dr. Klaus Lederer (Linksfraktion):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die rot-grüne und im Anschluss daran die rot-rote Koalition haben sich vor fünf Jahren entschlossen, die Bankgesellschaft Berlin mit einer Beihilfe zu retten. Wir erinnern uns, die Eigenkapitallage des Unternehmens war aufgrund der unkontrollierten Schneeballgeschäftspolitik mit hohem Risiko desaströs. Es drohte die Schließung durch das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen.

Beihilfen sind notifikationspflichtig. Die Beihilfe für die Bankgesellschaft ist von der EU-Kommission nur unter der Auflage des diskriminierungsfreien Verkaufs des Konzerns genehmigt worden, das heißt nach dem Verhandlungsergebnis von Bundesregierung und EU-Kommission auch, es müsse einem Privaten gestattet werden, den Namen und die Marke Sparkasse zu nutzen. So oder so – das Land Berlin steht in der Pflicht, sich zu überlegen, wie es dafür sorgt, dass auch nach einem Verkauf so viel wie möglich von dem Inhalt übrig bleibt, der traditionell mit dem roten S verbunden wird.

Dazu gehören auch das sogenannte Girokonto für alle, die Sicherung der Präsenz in der Fläche und die Preisgestaltung. Ich freue mich, dass wir in Berlin etwas korrigieren können und korrigieren werden, was unter Rot-Grün bundesweit nicht gelungen ist, nämlich das Girokonto für alle durch Bundesgesetz festzuschreiben. Damals kam es zu einer Selbstverpflichtung, und die ist dann aufgeknackt worden, und zwar von einer Sparkasse – zeitlich nach Erlass unseres Gesetzes, zumindest die Korrektur sei noch angemerkt. Deswegen hatten wir es damals nicht hineingeschrieben. In der Sache sind wir völlig d'accord.

[Beifall bei der Linksfraktion –
Beifall von Christian Gaebler (SPD) –
Zuruf von Elisabeth Paus (Grüne)]

Aber ich will noch weitere Aspekte nennen: die Erhaltung des Unternehmens und seines Geschäftssitzes in Berlin sowie die Sicherung der Beschäftigten im Unternehmen. Das sollte uns mindestens genauso wichtig sein, wenn wir über die einzelnen Koordinaten des Verkaufs reden.

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:

Entschuldigung, Herr Abgeordneter Lederer! Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Paus?

Dr. Klaus Lederer (Linksfraktion):

Nein, danke! Ich habe nicht die Zeit. – Die Linksfraktion ist der Ansicht, dass wir versuchen müssen, dies gewissermaßen als Universaldienstverpflichtung rechtlich verbindlich zu verankern. Das ist nötig, um den Berlinerinnen und Berlinern, den kleinen und mittelständischen Unternehmen eine gute Versorgung mit Bankdienstleistungen zu sichern. Die Konsequenz aus der Lösung des Bankenskandals kann nicht sein, dass wir die Landesbank gerettet haben, damit sie nun zerschlagen und filetiert wird.

Ich will jedoch – da will ich in das Horn tröten, in das Herr Goetze schon getrötet hat – noch auf ein Problem hinweisen, welches uns zu ziemlich umsichtiger Politik veranlassen sollte. Da steckt, liebe Frau Paus, der Teufel im Detail:

Das Land Berlin steht beim diskriminierungsfreien Verkauf der Landesbank unter besonderer Beobachtung der EU-Kommission. Der Grund dafür liegt auf der Hand. Die Ausschreibung der Landesbank ist nicht nur der simple Vollzug von Europarecht. Dahinter verbirgt sich die

Dr. Klaus Lederer

hochpolitische Frage der Erhaltung und Sicherung des Dreisäulenmodells, die ihren Ausdruck in dem Streit zwischen Bundesregierung und EU-Kommission gefunden hat. Über dem ganzen Vorgang schwebt das Damoklesschwert des Vertragsverletzungsverfahrens, veranlasst durch die Kommission. Schon einmal ist ein Kompromiss wieder geöffnet worden, der eigentlich das Ende dieser Streitigkeit bedeuten sollte, die 2005 wirksam gewordene Abschaffung von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung.

Deshalb werden wir in den Ausschüssen sorgfältig diskutieren müssen, unter welchen Rahmenbedingungen wir die Gemeinwohlverpflichtung erhalten können. Eine Grenze besteht nicht nur in der rechtlichen oder faktischen Diskriminierung Dritter, die sich am Bieterwettbewerb beteiligen wollen. Es ist mir heute noch nicht völlig klar, ab welcher Bindungsdichte die Kommission das Ausschreibungsverfahren als Diskriminierung wertet, weil sie durch sogenannte formal unterschiedslose Regelungen hervorgerufen werden. Da hat Herr Goetze recht: Wenn wir verkaufen, dann muss der Private eine Chance zu eigenständigen unternehmerischen Entscheidungen haben. – Die EU-Kommission wird bei engen Bindungen fragen: Wo ist der Spielraum der Unternehmer? Wolltet ihr ernsthaft, dass sich alle beteiligen können? Und schon hat sie das Verfahren wieder in der Hand.

[Zurufe von Elisabeth Paus (Grüne)
und Joachim Esser (Grüne)]

– Frau Paus, befassen Sie sich mit EU-Recht! Das wird wichtig, wenn Sie Ihrem Anliegen Sorge tragen wollen. –

[Beifall bei der Linksfraktion und der SPD]

Diese Sach- und Rechtslage ist hier derzeit etwas diffuser. Wir wissen, liebe Frau Paus, dass europäisches Recht sehr dynamisch ist und es bei seiner Auslegung nicht immer völlig rational zugeht. Wollen wir das Dreisäulenmodell nicht gefährden, müssen wir mit Umsicht vorgehen. Das ist uns wichtig, weil das Dreisäulenmodell des deutschen Bankensektors durchaus erhaltenswert ist!

Um ein Beispiel zu nennen: Es ist zu diskutieren, ob wir unser Sparkassengesetz ändern oder zu rechtlichen Fundierungen im Rahmen des Ausschreibungsverfahrens greifen sollten. Wir haben im Gesetz die Option eines öffentlich-rechtlichen Vertrages verankert. Dieser Vertrag hat in Bezug auf den verpflichteten Dritten und auf das Institut die gleichen Rechtswirkungen. Wollen wir uns, was diskutiert wird, für einen Verkauf an der Börse entscheiden, werden wir um eine Gesetzesänderung nicht herumkommen. Berlin wird sich dann allerdings die Frage stellen lassen müssen, warum wir das jetzt – de facto schon im Verkaufsverfahren – machen. Wir sollten das sorgfältig durchdenken. Wir sollten alles vermeiden, was die Beihilfeentscheidung der Kommission oder das gefundene Ergebnis im Vertragsverletzungsverfahren zwischen Kommission und Bundesregierung gefährdet. Denn die Kommission, kein Zweifel, hält das Dreisäulenmodell für einen Fremdkörper im Binnenmarkt. Sonst haben wir – wie die Grünen so oft – Gutes gewollt, aber viel Unheil angerichtet.

[Beifall bei der Linksfraktion –
Beifall von Ralf Wieland (SPD) –
Oh! bei den Grünen]

Mir ist es wichtig, diesen Aspekt hervorzuheben, denn es geht nicht nur um Berlin, sondern um die Perspektiven des Dreisäulenmodells. In der Sache ändert das nichts. Deshalb stehe ich dem Anliegen der Grünen aufgeschlossen gegenüber.

[Joachim Esser (Grüne): Danke schön!]

Die Koalition hat die Absicht – und das haben wir öfter verdeutlicht –, Gemeinwohlbindungen zur Verkaufsaufgabe zu machen. Es ist an der Zeit, sich darüber zu verständigen. Deshalb hoffe ich und freue mich auf eine sehr sachkundige Diskussion, liebe Grüne! Es ist nicht nur so, dass Sie diesem Anliegen Rechnung tragen wollen, sondern – Sie haben es gehört – alle. Insofern wäre es gut gewesen, wenn Sie sich schon seinerzeit an dieser Debatte mit der gebotenen Fundierung beteiligt hätten.

[Zuruf von Joachim Esser (Grüne)]

Denn europarechtlich ist das schon ein Problem, Herr Esser, ob es Ihnen gefällt oder nicht. – Vielen Dank!

[Beifall bei der Linksfraktion und der SPD]

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Dr. Lederer! – Nun hat Frau Paus das Wort zu einer Kurzintervention.

Elisabeth Paus (Grüne):

Herr Lederer! Weil Sie zweimal darauf hingewiesen haben, wir hätten das schon damals machen sollen, möchte ich Sie daran erinnern, dass wir diesen Antrag, den wir heute einbringen, seinerzeit bereits als Änderungsantrag eingebracht haben und dass er damals von Rot-Rot abgelehnt worden ist.

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:

Herr Dr. Lederer! Sie möchten erwidern? – Bitte!

Dr. Klaus Lederer (Linksfraktion):

Frau Paus! Ich erinnere mich gut daran. Aber hätten Sie mir zugehört, anstatt sich zu echauffieren, dann wäre Ihnen aufgefallen, dass das eigentliche Problem damit nicht gelöst ist, auch nicht mit Ihrem Antrag,

[Beifall bei der Linksfraktion und der SPD]

nämlich das Problem, auf der einen Seite Europarecht zu befolgen, eine diskriminierungsfreie Ausschreibung sicherzustellen und auf der anderen Seite Universaldienstleistungen und Gemeinwohlbindungen zu sichern. Das ist ein Konflikt. Das sollte doch auch den Grünen auffallen. Stattdessen stehen Sie hier und tun so: Einerseits sollen wir dem freien Markt huldigen und den Investoren diskriminierungsfrei den Zugriff auf die Bank ermöglichen.

[Zuruf von Elisabeth Paus (Grüne)]

Dr. Klaus Lederer

Andererseits würden Sie ihnen am liebsten jede Fessel anlegen, die Sie anlegen können. – Es muss Ihnen doch auffallen, dass das ein rechtlicher, systematischer Konflikt ist, den man nicht einfach mit wohlfeilen grünen Reden abräumen kann.

[Beifall bei der Linksfraktion und der SPD –
Zuruf von Joachim Esser (Grüne)]

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:

Jetzt hat Herr Abgeordneter Thiel das Wort.

Volker Thiel (FDP):

Vielen Dank, Frau Präsidentin! – Meine sehr geehrten Damen und Herren! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wir begrüßen den diskriminierungsfreien Verkauf der Landesbank Berlin mit all den Auflagen, die Europa dazu gemacht hat, ausdrücklich. Warum?

[Zuruf von Uwe Doering (Linksfraktion)]

– Das ist wohl wahr, Herr Doering! Wir kennen uns lange genug. – Weil wir hier endlich die Chance sehen, dass sich auch andere – damit meinen wir Private – mitbewerben können, eine Sparkasse zu erwerben und erfolgreich zu führen. Wenn wir der Presse glauben können, dann scheint auf dem Geldmarkt allerhand Interesse an der Landesbank Berlin zu bestehen. An der Stelle möchte ich einmal die hervorragende Geschäftsführung von Herrn Vetter lobend erwähnen, der Anerkennung für das verdient, was er in den letzten Jahren geleistet hat.

[Beifall bei der SPD]

– Danke schön! – Es gibt zwei Punkte grundsätzlicher Art, die uns bei diesem Antrag Bauchschmerzen machen. Einmal – ich sagte es bereits – gibt es schon einige Institute, die sich ernsthaft für die Übernahme der Landesbank interessieren. Wenn wir jetzt mit so einem Gesetzesantrag die Bedingungen für den Erwerb erschweren, wissen wir alle, dass das Auswirkungen auf die Preisgestaltung haben wird. Das ist ein grundsätzliches Bedenken.

Ein Zweites – und darauf hat der Kollege Lederer sehr genau hingewiesen – macht uns bei Ihren Forderungen zumindest vorsichtig. Wenn wir jetzt eindeutige Wettbewerbsbeschränkungen gesetzlich fordern und diese zur Grundlage für eine Umsetzung machen, heißt das noch lange nicht, dass sie nach einer Veräußerung an einen Privaten nicht nachträglich kassiert werden könnten. Deshalb halten wir das für unsinnig.

Ich will zu drei Punkten in Ihrem Antrag deutlich machen, wo wir inhaltliche Probleme haben. Die Regionalbezogenheit steht im Sparkassengesetz. Sie ist gewährleistet. Interessant ist doch, dass gerade Sparkassen in der Fläche zurzeit Bemühungen unternehmen, die Regionalbezogenheit durch Gründung von Sparkassenverbünden aufzubrechen.

Warum machen sie das? – Weil sie mit diesem engen Regionalprinzip gar keine Chance haben, auf dem Kapitalmarkt weiter existieren zu können.

Ein zweiter Punkt, der original Grünen-Handschrift ist: Die Sparkasse soll angemessen und ausreichend die Versorgung der Berliner Bevölkerung, insbesondere des Mittelstandes, gewährleisten. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer legt denn fest, was angemessen und was ausreichend ist? Das sind zwei Begriffe, die man so oder so interpretieren kann. Fragen Sie doch einmal die Geschäftsführung und den Vorstand der Berliner Wasserbetriebe. Die werden Ihnen sagen, sie finden ihre Renditen auch angemessen. Wir als Parlamentarier finden sie nicht angemessen. Diese Sache ist auf jeden Fall eine Öffnung dafür, dass irgendjemand nachher definieren sollte, was angemessen ist oder wer das kontrolliert. Etwa die Politiker? – Um Gottes willen, bloß nicht!

Den Kontrahierungszwang für die Eröffnung von Girokonten ausdrücklich nur für die Sparkasse festmachen zu wollen, halten wir für zu eng. Wenn es wirklich – und dafür gibt es gute Argumente, die Sie auch kurz anführen – endlich dazu kommen sollte, dass es einen Kontrahierungszwang gibt, dann muss dies für alle Geldinstitute mit Filialbetrieben gelten und dies bundesweit. So etwas würden wir weitreichender finden als diese Engführung.

Sie reklamieren – darauf wurde auch bereits hingewiesen –, die Sparkasse solle sich zu marktüblichen Konditionen im Geschäftsgebiet orientieren. Hierzu hat der Kollege Goetze einige Ausführungen gemacht, die die Widersprüchlichkeit zeigen – die Breite auf der einen Seite, auf der anderen Seite muss das Geld erwirtschaftet werden. Wir glauben, die besten Preise ergeben sich immer noch dort, wo ein fairer Wettbewerb herrscht. Das heißt, Angebot und Nachfrage werden diese Preise regulieren, ich bin sicher, auch in diesem Feld der Sparkasse, spätestens dann, wenn sie diskriminierungsfrei veräußert worden ist.

All diese Punkte, die Sie hier so wesentlich finden – auch da stimme ich ausdrücklich dem Kollegen Lederer zu –, könnte man zum Gegenstand von Vertragsverhandlungen machen. Dort sind sie gut aufgehoben, aber nicht als Gegenstand von Gesetzgebungsverfahren. – Ich danke Ihnen!

[Beifall bei der FDP]

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Thiel! – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung federführend an den Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Frauen, mitberatend an den Rechtsausschuss sowie an den Hauptausschuss. – Zu diesen Überweisungen höre ich keinen Widerspruch; dann ist dies so beschlossen.

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki

Ich rufe nun als Priorität der FDP auf

Ifd. Nr. 4 b:

Antrag

Prüfung des Finanzbedarfs für ein „Gemeinschaftsschulsystem“ durch den Landesrechnungshof

Antrag der FDP Drs 16/0163

Für die Beratung steht den Fraktionen wieder eine Redezeit von bis zu 5 Minuten zur Verfügung. Die Kollegin Senftleben von der FDP beginnt.

Mieke Senftleben (FDP):

Meine Herren! Meine Damen! Es gab einmal einen Herren, der sagte: Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten! – Vor der Wahl gab es einen Regierenden Bürgermeister in Berlin, der sprach: Die SPD hat nicht vor, die Einheitsschule einzuführen. Von einem Kulturkampf gegen die Gymnasien halte ich nichts.

[Reg. Bürgermeister Klaus Wowereit: Genau!]

– Ich höre es gern! Und weiter sagten Sie, Herr Regierender Bürgermeister: Ich unterschreibe keinen Vertrag, in dem die Einheitsschule steht. –

[Zuruf von der SPD: Steht auch so nicht drin!]

Und wir wissen, was drinnen steht:

..., deshalb beginnen wir mit einer Pilotphase den schrittweisen Einstieg in die Gemeinschaftsschule.

[Zuruf von der SPD: Gemeinschaftsschule! – Reg. Bürgermeister Klaus Wowereit: Und wer hat unterschrieben?]

– Sie!

[Reg. Bürgermeister Klaus Wowereit: Nein! Erzählen Sie nicht solche Unwahrheiten!]

Dann habe ich noch die Worte des Abgeordneten Wechselberg im Ohr, als er in der letzten Plenarsitzung von der Überwindung des gegliederten Schulsystems sprach: Nun wissen wir, wohin der Hase läuft. Vor der Wahl ist eben nicht gleich nach der Wahl oder anders ausgedrückt: Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern? Dazu fällt mir nur ein Wort ein: Wortbruch oder auch Wahlbetrug, und nichts anderes.

Die Einheitsschule startet als Modellversuch, dessen Erfolg bereits heute durch die Koalition verkündet wird, dessen Erfolg bereits feststeht. Es handelt sich eben nicht um eine Pilotphase, in der ein Modell auf seine Tauglichkeit hin überprüft werden soll, sondern um die Vorwegnahme der Ergebnisse, und das ist klassische ideologische Verblendung.

[Dr. Felicitas Tesch (SPD): Wer nimmt denn hier welche Ergebnisse vorweg?]

Wie ist es sonst bei Modellversuchen? – Es heißt nämlich in der Antwort auf meine Kleine Anfrage: –

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:

Entschuldigung, Frau Abgeordnete Senftleben!

Mieke Senftleben (FDP):

Nein! Ich nehme an, Frau Bluhm ist gleich an der Reihe.

[Carola Bluhm (Linksfraktion): Ich wollte mit Ihnen in Dialog treten!]

– Im Ausschuss werden wir das mit Sicherheit tun. Darauf freue ich mich besonders.

Nun zum Zitat:

Bei Schulversuchen, von denen eine besondere Signalwirkung für das Schulwesen erwartet wird, wird zusätzlich regelmäßig eine wissenschaftliche Begleitung angestrebt.

Weiter heißt es:

Ein Modellversuch bedarf einer Evaluation, muss mindestens eine Serie durchlaufen haben, bevor er als Regelschule oder in der Regelschule installiert wird.

Vor dem Hintergrund, dass wir wissen, wie in dieser Stadt mit Modellversuchen bei der Überführung umgegangen wird, vor dem Hintergrund, dass wir wissen, welche Bedingungen dazu notwendig sind, hat meine Fraktion diesen Antrag formuliert.

Die Koalition Rot-Rot hat sich bei den Gedankenspielen um die Einheitsschule beziehungsweise um das Einheitsschulsystem ausgetobt. Berufsfeldorientierung, außerschulische Kooperationen, die Zukunft der Grund- und Hauptschulen, die Personalausstattung: Das war Ihnen offensichtlich wenige Zeilen wert. Sie haben sich dafür lang und ausführlich über das schöne neue Schulsystem ausgelassen, anderen Dingen schenken sie nur wenig Aufmerksamkeit.

Diese Ihre Vorstellungen wollen wir nüchtern und ohne ideologische Scheuklappen unter die Lupe nehmen lassen. Wir wollen es nicht selbst tun, sondern wollen es von einer neutralen Instanz vornehmen lassen, und zwar vom Landesrechnungshof. Die Verfassung von Berlin lässt diese Vorgehensweise zu.

[Beifall bei der FDP]

Es muss uns zunächst um die Frage gehen, welcher zusätzliche Mitteleinsatz zur Umsetzung des rot-roten Vorhabens notwendig wäre, und zwar bei der von der Koalition vorgegebenen Ausstattung. Das ist dabei wesentlich. Die sich daran anschließende Frage lautet: Können dieses Mittel nicht effektiver im existierenden Schulsystem eingesetzt werden? Das ist keine Frage, die der Landrechnungshof zu beantworten hat, das ist eine Frage, die hier im Plenum beziehungsweise im Ausschuss entschieden wird.

Mieke Senftleben

Glücklicherweise gibt es Zahlen und Datenmaterial, das herangezogen werden kann. Kosten über die einzelnen Schulformen sind inzwischen bekannt, die Bildungsleistung der einzelnen Bundesländer ebenso. Diese Arbeit verdanken wir der Steinbeis-Stiftung, die dabei ist, die Schülerkosten in den einzelnen Bundesländern sehr detailliert aufzuführen. Das Ergebnis für Berlin liegt quasi vor. Es wird in der nächsten Zeit veröffentlicht. Der Landesrechnungshof muss hier nicht das Rad neu erfinden. Er kann schon auf valides Material zurückgreifen. Wer das vorgehaltene Bildungsangebot losgelöst von den Folgekosten betrachtet, ist naiv oder versucht, andere wesentlich hinteres Licht zu führen. Das nenne ich unverantwortlich.

[Beifall bei der FDP]

Die Ressourcen in dieser Stadt sind nicht unbegrenzt. Das wissen wir, und deswegen müssen wir alles daran setzen, mit dem vorhandenen Geld möglichst viel Positives im Bildungsbereich zu bewerkstelligen. Bei der Auseinandersetzung, die sich um einen derartig heftig umkämpften, ideologisch geprägten Sachverhalt rankt, wie die künftige Schulstruktur auszusehen hat, bedarf es einer neutralen Instanz, um glaubhafte Hinweise auf die Praktikabilität zu erhalten. Der Rechnungshof wäre hier geeignet.

Meine Herren! Meine Damen! Liebe Kollegen von der PDS/SPD! Ich fordere Sie auf, trauen Sie sich! Lassen Sie ihr eigenes Modell auf die Realisierbarkeit hin überprüfen! Bisher haben Sie lediglich die Baupläne zu einer „brave new school“ vorgelegt. Jetzt gilt es auch, die Statik zu überprüfen. – Vielen Dank!

[Beifall bei der FDP]

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete Senftleben! – Für die SPD-Fraktion hat jetzt das Wort Frau Dr. Tesch. – Bitte!

Dr. Felicitas Tesch (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Senftleben! Meine liebe Fraktion der FDP! Mit diesen Antrag vermengen Sie eine bildungspolitische Frage mit einer haushalterischen.

[Mieke Senftleben (FDP): Eben nicht!]

Was Sie damit bezwecken, ist aber allzu durchsichtig. Es geht Ihnen nämlich nur vordergründig um eine haushalterische Überprüfung durch den Rechnungshof.

[Mieke Senftleben (FDP): Nein!]

Was Sie wirklich meinen, steht in der Begründung, und Sie, Frau Senftleben, haben es gerade noch einmal durch Ihren Redebeitrag untermauert.

In dieser Begründung entblöden Sie sich nicht zu schreiben, dass mit der Einrichtung eines Pilotprojekts Gemeinschaftsschule – ich wiederhole es gebetmühlenartig: Ge-

meinschaftsschule, nicht Einheitsschule – der Anspruch auf eine freie Schulwahl gefährdet sei.

Ihre „freie Wahl“ ist eine gewollte Separierung unserer Kinder und Jugendlichen, und zwar von Anfang an möglichst früh.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion –
Mieke Senftleben (FDP): Völliger Unsinn!]

So werden Bildungsgänge zementiert. Sie wollen die Durchlässigkeit aushöhlen. Die SPD steht aber gerade für diese Durchlässigkeit zwischen den Schularten, und zwar auch für eine Durchlässigkeit zu einem späteren Zeitpunkt noch. Es wird immer gern vergessen, aber ich erinnere noch einmal daran: Wir haben den zweiten Bildungsweg erfunden, und viele, heute herausragende Persönlichkeiten sind über diesen Weg dorthin gelangt, wo sie heute stehen.

[Vereinzelter Beifall bei der SPD und der Linksfraktion –
Zuruf von Mieke Senftleben (FDP)]

Aber hängen wir doch nicht alles so hoch! Was steht denn im Koalitionsvertrag tatsächlich drin? – Es soll ein Pilotprojekt eingerichtet werden, in dem sich Schulen freiwillig zu integrativen Gemeinschaftsschulen entwickeln. Dies können Vereinbarungen zwischen Grundschulen und Sekundarschulen sein, oder es können Grundschulen sein, die aufwachsen. Weiterhin sind integrative Bildungszentren aus Grund- und Sekundarschulen betroffen, und schließlich ist es möglich, dass Schulen der Sekundarstufe eine schulformübergreifende Kooperation eingehen. All dies geschieht auf freiwilliger Basis und muss durch die Schulkonferenz beschlossen werden. Ich habe schon Gespräche mit Schulleiterinnen und Schulleitern geführt, die dieser Idee sehr aufgeschlossen gegenüberstehen.

Nun zur Finanzierung: Lassen Sie auch hier die Kirche im Dorf! Es handelt sich um ein Pilotprojekt, und dieses ist auch noch mit 22 Millionen € „gedeckt“. Selbstverständlich muss man sich bei der Finanzierung an den Verhältnissen der bereits bestehenden vergleichbaren Schulen orientieren, sonst wäre das Projekt von vornherein zum Scheitern verurteilt. 22 Millionen € für vier Jahre sind nun wirklich keine Unsumme. Außerdem beginnt das Projekt erst im Jahr 2008. Das wurde von Ihnen – der Opposition – auch immer wieder falsch kolportiert. Es wurde gesagt, dass der Nachtragshaushalt u. a. wegen der Einrichtung der Gemeinschaftsschule notwendig sei. Das ist aber falsch.

[Zurufe von den Grünen]

Schlussfolgerungen für eine mögliche Ausweitung in der Fläche sind erst im Zusammenhang mit der Evaluation der Pilotphase und den Ergebnissen der wissenschaftlichen Begleitung zu ziehen. Frau Senftleben! Dieser Überprüfung unterziehen wir uns gern. Zum jetzigen Zeitpunkt aber gibt es daher keinerlei Anlass für eine Befassung des Rechnungshofes. – Ich danke Ihnen!

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:

Für die CDU-Fraktion hat nun Kollege Steuer das Wort. – Bitte!

Sascha Steuer (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Am 23. November des letzten Jahres hat die Fraktionsvorsitzende und gleichzeitig neue bildungspolitische Sprecherin der PDS, Frau Bluhm, hier vorne gesagt:

[Zurufe von der Linksfraktion:
Wir heißen Linksfraktion!]

– Wie auch immer Sie gerade jetzt heißen! –

[Zurufe von der SPD: Pfui! –
Weitere Zurufe]

Die Gemeinschaftsschule wird ein Experiment sein.

Frau Bluhm brauchte dann nur drei Wochen, um zu erkennen, welchen rhetorischen Fehler sie gemacht hatte, als sie die Gemeinschaftsschule so fahrlässig als Experiment bezeichnet hatte. Deshalb korrigierten Sie sich dann. Am 14. Dezember sagten Sie an dieser Stelle, es gehe nicht um bildungspolitische Experimente, sondern um bessere Bildung und bessere Bildungschancen.

[Beifall von Martina Michels (Linksfraktion)
und Dr. Felicitas Tesch (SPD)]

Meine Damen und Herren von der Linksfraktion! Was wollen Sie nun eigentlich? – Wir nehmen Sie beim Wort, und zwar beim letzten, Frau Bluhm!

[Martina Michels (Linksfraktion): Jawohl!]

Wenn es nicht um ein Experiment geht, dann lassen Sie Ihr Experiment doch einfach sein! Reden Sie stattdessen mit uns über die tatsächlichen Probleme an der Berliner Schule! Reden wir über Unterrichtsausfall, Gewalteskalation, Überlastung der Lehrkräfte, starke Sprachdefizite der Schüler in den Innenstadtbezirken und Perspektivlosigkeit vieler Hauptschüler! Zu all dem sagen Sie wenig. Unangenehmes ausblenden und durch Ideologiedebatten überdecken, das ist Ihre Methode.

[Lars Oberg (SPD):
Das ist immer der gleiche Quatsch!]

Auf meine Frage, wie der Senat den Hauptschulen in Berlin helfen will, antwortete Senator Zöllner in der letzten Woche erst einmal gar nicht. Schließlich wolle man erst abwarten und schauen, was die Ergebnisse des Einheitsschulversuchs so brächten.

[Zuruf von Dr. Felicitas Tesch (SPD)]

Tausende von Hauptschülern, die in diesem Jahr die Schule verlassen werden, und zwar ohne jede Chance auf einen Ausbildungsplatz, wollen nicht die Ergebnisse Ihres Einheitsschulexperiments abwarten, Frau Dr. Tesch!

[Beifall bei der CDU]

Es ist ein ernstzunehmender Zustand, dass nur etwa 10 % der Hauptschüler einen Ausbildungsplatz finden. Wir ver-

sündigen uns an den Kindern dieser Stadt, wenn wir ihnen keine Chance geben, etwas aus ihrem Leben zu machen.

[Beifall bei der CDU]

Die CDU-Fraktion lehnt Ihr Gemeinschafts- oder Einheitsschulexperiment ab, aber nicht, weil wir glauben, dass das gegliederte Schulsystem per se allein seligmachend sei, denn Defizite gibt es auch in Ländern mit gegliedertem Schulsystem.

[Dr. Felicitas Tesch (SPD): Tolle Erkenntnis!]

Wir sind dieser Auffassung, weil es nicht vom System abhängt, ob eine Schule gut ist oder nicht. Die finnische Dorfschule mit 50 Schülern – die Mehrzahl der finnischen Schulen sieht so aus – mit zwei Pädagogen pro Klasse – keinem Schüler mit Migrationshintergrund, frisch ausgebildeten Lehrkräften – sieht völlig anders aus. Wenn Sie das in Berlin einführen wollen, liebe Mitglieder der SPD- und der PDS-Fraktion, wären wir vielleicht dabei, aber Ihnen geht es gar nicht um den Inhalt, sondern nur um die Überschrift.

[Beifall bei der CDU]

Der CDU geht es hingegen darum, die Debatte um die beste Schule in Berlin nicht ideologisch zu führen. Das ist der entscheidende Grund, warum wir anstelle einer erneuten Diskussion über die Schulstruktur und die Einführung von Gemeinschaftsschulen, Einheitsschulen – oder wie auch immer sie heißen mögen – in Berlin lieber über eine Verbesserung der Unterrichtsqualität, eine Unterrichtsgarantie, eine bessere Ausbildung und Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer und eine ausreichende Ausstattung der Schulen mit Lehr- und Lernmaterial reden wollen.

Ich sage Ihnen ganz deutlich: Wir werden Ihr Ablenkungsmanöver von den wirklichen Problemen der Berliner Schulen nicht mitmachen, und wir hoffen dabei auf die Durchsetzungsfähigkeit des neuen Bildungssenators, dass er Ihr Experiment ebenfalls nicht mitmachen wird, sondern sich mit ganzer Kraft der Lösung der drängendsten Probleme widmen wird. Herr Senator! Ich rufe Sie auf: Machen Sie keine Bildungsexperimente, wie Frau Bluhm es nannte, auf dem Rücken der Kinder dieser Stadt mit!

[Beifall bei der CDU]

Es ist nichts einzuwenden gegen die freie Entscheidung einer Schule, sich selbst zu einer Gemeinschaftsschule zu entwickeln. Dies ist im Übrigen nicht neu. Verbundene Haupt- und Realschulen gibt es bereits. Wir wehren uns aber gegen eine forcierte Einführung der Einheitsschule in allen Bezirken und vor allem gegen die Bereitstellung von 22 Millionen € für diesen Zweck. Diese 22 Millionen € wären besser eingesetzt zur Bekämpfung des Unterrichtsausfalls, der in Berlin immer noch 600 000 ersatzlos ausfallende Unterrichtsstunden ausmacht.

[Beifall von Dr. Friedbert Pflüger (CDU)]

Nun hat sich die FDP dazu verstiegen, den Rechnungshof die Kosten für die Einheitsschule prüfen zu lassen. Immerhin hat die FDP eine Idee, wie man dem Inhalt Ihres

Sascha Steuer

Begriffswirrwarrs zwischen Einheitsschule, Gemeinschaftsschule, Schule für alle und Gesamtschule auf den Pelz rücken könnte, denn Ihre 22 Millionen € entbehren jeder Grundlage. Niemand weiß, wie Sie diese Summe berechnet haben und wofür das Geld zur Verfügung gestellt werden soll. Sie wissen nicht wie, nicht wann, nicht wo und nicht wofür dieses Experiment eigentlich kommen soll. Sie wissen nichts, aber dafür glauben Sie an Ihre Einheitsschule.

[Zurufe von der Linksfraktion:

Gemeinschaftsschule! –

Dr. Gabriele Hiller (Linksfraktion):

Sie meinen wohl die Klippschule!]

Sie argumentieren, dass alle Gewinnerländer der beiden PISA-Studien Einheitsschulen hätten, während die Länder mit einem gegliederten Schulsystem hinten stünden. Dies ist nicht der Fall. Würde man die deutschen Bundesländer in das internationale PISA-Ranking einreihen, kämen die unionsgeführten Bundesländer, die übrigens ein stark gegliedertes Schulsystem haben – Bayern, Sachsen, Baden-Württemberg –, bei der Problemlösungskompetenz auf die Plätze 4, 8 und 10. Das Gemeinschaftsschulland Mexiko befindet sich hingegen auf Platz 46. Wie Sie sehen, führt die Gemeinschaftsschule allein zu nichts. Es kommt auf den Inhalt an. Lassen Sie deshalb von Experimenten auf dem Rücken der Berlin Kinder ab, und lösen Sie stattdessen mit uns gemeinsam die täglichen Probleme der Berliner Schule! – Vielen Dank!

[Beifall bei der CDU]

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Steuer!

Bevor wir in der Tagesordnung fortfahren, bitte ich Sie kurz um Ihre Aufmerksamkeit für Folgendes: Wegen der zu erwartenden widrigen Wetterumstände sind wir bemüht, heute die Tagesordnung so zu verkürzen, dass die Sitzung gegen 18.00 Uhr enden kann.

[Monika Thamm (CDU): Dann darf man gehen? – Heiterkeit]

Der Sturm wird gegen 20.00 Uhr erwartet. Es ist auch noch nicht ganz sicher, ob die BVG dann noch fährt. Deswegen machen Sie sich bitte Gedanken darüber, wie Sie es untereinander organisieren können, dass Sie gut nach Hause kommen! Nähere Informationen erhalten Sie über Ihre Geschäftsführer, wenn wir weitere Informationen haben.

Nun fahren wir fort in der Tagesordnung. Das Wort hat Frau Bluhm für die Linksfraktion. – Bitte!

Carola Bluhm (Linksfraktion):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Antrag ist ein obskures Objekt der Verwirrung. Der Rechnungshof soll prüfen, welcher Mitteleinsatz „für die Implementierung eines Gemeinschaftsschulsystems notwendig wäre“.

Dann wird die Koalitionsvereinbarung zitiert, und der Antrag ist zu Ende. Welches System soll geprüft werden? Wir starten Modellprojekte, um viele Wege zu probieren.

In der Begründung wird es noch einmal anders verwirrend: Der FDP dränge sich die Frage auf, ob bei einem vergleichbaren Mitteleinsatz in das existierende Bildungsangebot nicht deutlich bessere und effektivere Ergebnisse erzielt werden könnten. Soll der Rechnungshof also auch prüfen, ob das Geld anders auf das gegliederte Schulsystem aufgeteilt werden sollte? Da geht wirklich alles durcheinander. Mir scheint ein eklatantes Missverständnis vom dem politischen Meinungsbildungsprozess in der Koalition und der konzeptionellen Umsetzung in der Koalitionsvereinbarung und der Aufgabe des Rechnungshofs, den Mitteleinsatz und die Effektivität zu kontrollieren, vorzuliegen.

Wir starten Modellprojekte. Dazu haben wir grundlegende Vorgaben über die unterschiedlichen Wege, die zu einer Gemeinschaftsschule führen können – die FDP zitiert das –, und grundlegende Ausstattungsvorgaben gemacht: 1. Ganztagsbetreuung, 2. Professionalisierung der Arbeitsteilung – die Kooperation von Lehrerinnen und Lehrern mit Sozialarbeitern, Sozialpädagogen und anderem nichtpädagogischem Fachpersonal –, 3. Weiterbildung der Lehrkräfte zu einer höheren Befähigung zum individuellen Lehren und Lernen, 4. bauliche Veränderungen, die sächliche und räumliche Ausstattungen berühren können. Der Rahmen ist weit gefasst. Viele Wege, Ideen und Konzepte sollen probiert werden. Ein erheblicher Zuwachs an Eigenständigkeit der Schulen, wie die pädagogischen Kernbereiche realisiert werden können, ist damit möglich. Die wissenschaftliche Begleitung ist vorgesehen und zielführend.

Die FDP ist ein Fan des gegliederten Schulsystems. Trotzdem kritisiert sie zum Teil die Ergebnisse sehr stark, beispielsweise die der Hauptschulen.

[Zuruf von Mieke Senftleben (FDP)]

Wenn es, Frau Senftleben, bei Ihnen etwas unideologischer zugehen würde, dann wäre bildungspolitisch der erste Schritt, das bestehende gegliederte Schulsystem einmal nach seinen Leistungen, seiner Effektivität und seiner sozialen Kompetenz zu befragen.

[Beifall bei der Linksfraktion]

Genau das haben wir zum Ausgangspunkt genommen, um zu fragen, wie die Ausstattung einer künftigen Gemeinschaftsschule aussehen soll. Wir haben zunächst ein Finanzierungskonzept erarbeiten lassen, das Sie auf unserer Seite www.Gemeinschaftsschule-Berlin.de nachlesen können. Dort haben wir uns genau diese Frage gestellt. Die vorliegende Studie belegt, dass das gegliederte Schulsystem in erheblichem Maß Kosten verursacht, die nicht mit Erfolg, Qualität und Leistung verbunden sind, sondern mit Misserfolg und dem Scheitern von Schülerinnen und Schülern. Neben der Sonderschule ist die Hauptschule mit 9 800 € pro Jahr und Schüler – im Vergleich zu Realschule und Gymnasium mit 6 000 € – die teuerste

Carola Bluhm

Schulform. Trotzdem verlassen 30 % der Schülerinnen und Schüler diese Schulform ohne Abschluss. Das sollte man an den Anfang der Debatte stellen. Das haben Sie nicht getan.

[Beifall bei der Linksfraktion]

Die Erfahrung zeigt auch, dass mehr Personal und Geld für diese Schuleform zwar partielle Verbesserungen bringen kann, aber es führt nicht zwingend zu mehr Schulerfolg und erst recht nicht zu besseren Chancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt.

Das bestehende Schulsystem – das ist ein wesentliches Element unserer Finanzierungsstudie – erzeugt in hohem Maß Kosten für das Wiederholen von Schuljahren und das spätere Nachholen verfehlter Schulabschlüsse in einem zweiten und dritten Bildungsweg. Wir haben versucht darzustellen, dass jährlich 62 Millionen € für das Sitzenbleiben, das Wiederholen von Klassen und das Nachholen von Abschlüssen auf unterschiedlichen und steinigigen Wegen ausgegeben werden. Deshalb haben wir die integrierten Gesamtschulen als grundlegendes Ausstattungsmodell gewählt. Hier werden 7 600 € pro Jahr und Schüler ausgegeben. Da hier die Ganztagsbetreuung der Regelfall ist, haben wir sie mit den weiteren Indikatoren des Erfolgs – wie die Kooperation mit nichtpädagogischem Personal und die Intensivierung der Weiterbildung von Lehrkräften – verbunden. Das ist der Weg, den Sie nicht wahrhaben wollen. Sehr viele Schulen wollen ihn aber sehr gerne gehen und damit experimentieren.

[Beifall bei der Linksfraktion und der SPD]

Das ist ein Weg des Fortschritts. Er geht an FDP und CDU vorbei, aber so kann er nur an Beschleunigung gewinnen. Er wird sicher erfolgreich sein.

[Beifall bei der Linksfraktion und der SPD]

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:

Vielen Dank Frau Abgeordnete Bluhm! – Für die Fraktion der Grünen hat jetzt der Abgeordnete Mutlu das Wort. – Bitte!

Özcan Mutlu (Grüne):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist das Recht jeder Fraktion, Anträge ins Plenum einzubringen. Es ist auch das Recht jeder Fraktion, sich über den Sinn eines Antrags Gedanken zu machen und darüber zu befinden.

[Beifall von Dr. Gabriele Hiller (Linksfraktion)]

Dabei ist es egal, ob es um Sach- oder um sogenannte Schaufensteranträge geht. Der Antrag der FDP ist ein Schaufensterantrag.

[Beifall bei den Grünen, der SPD und der Linksfraktion]

Aber das ist nicht so schlimm, weil er uns die Gelegenheit bietet, über das Thema Gemeinschaftsschule noch einmal im Plenum zu diskutieren.

Zunächst zum Antrag: Der Rechnungshof prüft die Rechnungen sowie die Wirtschaftlichkeit und Ordnungsmäßigkeit der gesamten Haushalts- und Wirtschaftsführung Berlins. Gemäß Artikel 95 Abs. 4 der Verfassung von Berlin können das Abgeordnetenhaus wie auch der Senat den Rechnungshof ersuchen, Angelegenheiten von besonderer Bedeutung zu untersuchen und darüber zu berichten. Da der Rechnungshof im vorliegenden Fall auf die Angaben und Zahlen der Schulverwaltung angewiesen ist – wie wir alle –, macht der Antrag zum jetzigen Zeitpunkt keinen Sinn. Vielmehr ist die Senatsverwaltung gefordert, eine solche Darstellung und Berechnung schnellstmöglich, spätestens zu den Haushaltsberatungen vorzulegen. Wenn wir Zweifel an der Seriosität dieser Vorlage hätten, könnte der Rechnungshof eingeschaltet werden, um die Rechnungen zu überprüfen. Daher, liebe Frau Senftleben, ist zunächst der Senat gefordert und nicht der Rechnungshof. Wir sollten auf der zügigen Vorlage des Senats bestehen. Da unterstütze ich Sie.

Zum Thema Gemeinschaftsschule: Da es immer wieder anderslautende Gerüchte gibt, möchte ich betonen, dass meine Partei und Fraktion an der Gemeinschaftsschule nach skandinavischem Vorbild festhalten.

[Beifall bei den Grünen –
Vereinzelter Beifall bei der SPD]

Schülerinnen und Schüler sollen bis zur 10. Klasse gemeinsam in leistungsheterogenen Gruppen lernen und individuell gefördert werden. Dazu bedarf es aber zahlreicher Maßnahmen, beispielsweise der Abschaffung bestehender Selektions- und Auslesemechanismen, der individuellen Förderung, einer gezielten Lehrerfort- und -weiterbildung und einer anderen Lern- und Unterrichtskultur.

Gleichzeitig müssen wir Wege erkunden, wie eine flächendeckende Gemeinschaftsschule eingeführt werden kann. 10 bis 15 Schulen, an denen experimentiert wird, reichen nicht aus. Die Zweigliedrigkeit, meine Damen und Herren von der PDS, wäre ein durchaus denkbarer Weg zur Gemeinschaftsschule. Darüber sollten Sie nachdenken.

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:

Meine Damen und Herren! Auch wenn es draußen stürmisch wird, bitte ich hier drinnen um Ruhe. – Danke!

Özcan Mutlu (Grüne):

Genauso wichtig ist es, die Eltern zu überzeugen und zu gewinnen und die Lehrerinnen und Lehrer mitzunehmen. Eine Gemeinschaftsschule wird es nicht gegen den Widerstand der Schulen und Eltern geben. Daran werden weder Parlamentsbeschlüsse noch Pilotprojekte etwas ändern.

Özcan Mutlu

Was macht Rot-Rot? – Symbolpolitik! Da lohnt ein Blick in den Koalitionsvertrag. Der Teil Bildung umfasst ganze vier Seiten bzw. – wie ein Fraktionskollege sagte – 180 Zeilen. Eine ganze Seite behandelt das Thema Gemeinschaftsschule. Was steht im Koalitionsvertrag zur Unterrichtsversorgung, zur Lage und Zukunft der Hauptschulen oder zu der uns alle beschäftigenden Gewalt an Schulen?

Wenn Sie lange genug gesucht haben, finden Sie folgende Zeilen:

Außerdem soll die Kooperation von Haupt- und Realschulen weiterhin ausgebaut werden.

Mehr nicht, meine Damen und Herren! Das ist bereits jetzt möglich und im Schulgesetz verankert, mit magerer Beteiligung. Das ist das einzige Mal, bei dem die Hauptschule im Koalitionsvertrag überhaupt erwähnt wird. Wer das nicht glaubt, der starte einfach die Suchmaschine in seinem Computer. Gewalt an Schulen – kein Thema. Sicherung der Unterrichtsversorgung – kein Thema. Neueinstellung – kein Thema. Ich könnte diese Liste weiterführen.

Das Thema Gemeinschaftsschule wird dagegen breit erläutert,

[Zuruf von Wolfgang Brauer (Linksfraktion)]

und der Senat macht dafür sogar 22 Millionen € locker. Sicherlich muss ein derartiges Projekt, wenn es gelingen soll, auch finanziell unterfüttert und auskömmlich versorgt werden. Dagegen ist im ersten Moment nichts zu sagen. Dennoch frage ich: Was bringt es in der Fläche? Was heißt es für die Hauptschulen? Was für die Situation der 900 Schulen in Berlin? Wie wollen wir die immensen Probleme der Berliner Schulen lösen, wenn alles andere für das PDS-Projekt zurückgestellt wird? Wie wollen wir die bildungspolitische Misere dieser Stadt angehen? – Prof. Zöllner, glauben Sie mir, der Begriff Misere ist an dieser Stelle sehr wohl geeignet, um die Situation der Berliner Schulen zu beschreiben.

[Beifall bei den Grünen]

Machen Sie nicht den Fehler Ihres Vorgängers! Mit der Vogel-Strauß-Methode kommen wir an dieser Stelle nicht weiter!

Für 22 Millionen € kann sehr viel bewegt werden. Zum Beispiel könnten 400 Lehrerinnen und Lehrer neu eingestellt werden, damit der Unterrichtsausfall, der in Berlin 10,5 % beträgt, endlich reduziert wird. Oder: Jede der 55 Berliner Hauptschulen und 68 Realschulen könnte mindestens zwei Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter einstellen. Dennoch würde einiges an Geld übrigbleiben. Oder: Zahlreiche Oberschulen – da haben wir einen großen Mangel – könnten zu Ganztagschulen umgebaut werden. Und so weiter und so fort. Das müssen wir nur wollen, und dafür müssen die richtigen Prioritäten gesetzt werden.

Rot-Rot will das anscheinend nicht, Rot-Rot hat zum Leidwesen unserer Schülerinnen und Schüler andere Prioritäten. Ich hoffe, dass Sie sich an dieser Stelle endlich eines Besseren belehren lassen und die Probleme der Berliner Schule anpacken.

[Beifall bei den Grünen]

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Mutlu! – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrages an den Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie sowie an den Hauptausschuss. – Dazu höre ich keinen Widerspruch.

Die Fraktion der SPD hat für die heutige Sitzung auf die Benennung einer Priorität verzichtet. Damit entfällt der Tagesordnungspunkt 4 c.

Ich rufe die Priorität der Fraktion der CDU auf unter

lfd. Nr. 4 d:

a) Antrag

Berliner Aktivitäten von Scientology prüfen!

Antrag der FDP Drs 16/0162

b) Antrag

Senat soll unverzüglich Beobachtung von Scientology durch den Verfassungsschutz veranlassen!

Antrag der CDU Drs 16/0168

Das ist der ehemalige Tagesordnungspunkt 26. – Zur Beratung steht den Fraktionen nach der Geschäftsordnung eine Redezeit von bis zu fünf Minuten zur Verfügung. Es beginnt die Fraktion der CDU. – Bitte, Herr Abgeordneter Henkel!

Frank Henkel (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wie vorhin bereits in der Aktuellen Stunde begründet, hält meine Fraktion eine Beobachtung von Scientology durch den Berliner Verfassungsschutz für zwingend notwendig. Die Innenministerkonferenz der Länder kam schon 1997 zu dem Schluss, dass bei Scientology Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung vorliegen. Damit, so hieß es, seien auch die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Beobachtung der Organisation durch den Verfassungsschutz gegeben.

In der Folge wurde auch in Berlin die Beobachtung der Sekte aufgenommen. Daraufhin kam es bundesweit zu gerichtlichen Auseinandersetzungen über die Zulässigkeit einer Überwachung durch den Verfassungsschutz. In Berlin entschied das Verwaltungsgericht 2001, dass der Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel, insbesondere das Anwerben von V-Leuten, unzulässig sei. Ein weiteres Verfahren wurde im Jahr 2003 ohne eine Entscheidung in der

Frank Henkel

Sache eingestellt. Während in anderen Bundesländern die Überwachung in vollem Umfang bestätigt wurde, verzichtete nur Berlin seither auf jegliche Überwachung und eben nicht nur, Herr Senator, auf den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel.

Diese Vorgeschichte ist für Sie offenbar Grund genug, jetzt die Hände in den Schoß zu legen und ohnmächtig mitanzusehen, wie Scientology ihre neue Hauptstadtrepräsentanz in Berlin unbeobachtet von den Sicherheitsbehörden in Szene setzt. Da die rechtlichen Voraussetzungen in allen Bundesländern aufgrund länderübergreifender Abstimmungen ganz überwiegend identisch sind, ist es nicht nachzuvollziehen, warum eine Überwachung in Bayern, Baden-Württemberg, Hamburg oder Nordrhein-Westfalen möglich sein soll, gleichzeitig aber in Berlin nicht. Vielleicht sollte Herr Körting einfach seine Einschätzung aktualisieren.

[Beifall bei der CDU]

Das Verhalten des Senators legt den Verdacht nahe, dass es sich aufgrund der übereinstimmenden Rechtslage beim Verzicht auf eine Überwachung nicht um eine rechtlich begründete Entscheidung, sondern um eine rein politische handelt. Aber dann, Herr Körting, sagen Sie das doch auch! Sagen Sie nicht, dass Sie nicht können, sagen Sie den Berlinerinnen und Berlinern, dass Sie nicht wollen!

[Beifall bei der CDU]

Der Antrag, den wir heute eingebracht haben, soll für Klarheit sorgen und Unterstützung anbieten. Denn die Bundesländer, in denen Scientology nachrichtendienstlich überwacht wird, kommen zu einer kritischen Einschätzung über die Verfassungstreue der Organisation. Es ist aus meiner Sicht nicht länger hinnehmbar, dass der Beobachtungsdruck gerade in Berlin, der deutschen Hauptstadt, so gering ist. Berlin darf nicht zum Brückenkopf eines „Krieges gegen Europa“ werden, der Presseberichten zufolge in einem Strategiepapier der Sekte angekündigt wird. Die SPD-Fraktion, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, sollte dringend davon Abstand nehmen, die Eröffnung der neuen Zentrale als – ich zitiere – „Umzug an eine prominentere Adresse“ zu verharmlosen.

[Beifall bei der CDU]

Selbstverständlich wirft die für eine kleine Berliner Scientology-Gruppe überdimensionierte Repräsentanz die Frage auf, ob wir es möglicherweise mit einer geplanten, strategischen Konzentration der Sekte auf den Standort Berlin zu tun haben. Deshalb muss das Land Berlin endlich tätig werden. Ich bleibe dabei, der Beobachtungsdruck in Berlin muss erhöht werden!

Lassen Sie uns bei Scientology nicht über Paragraphen und Gerichtsurteile streiten! Da gibt es, was die Rechtsprechung angeht, solche und solche Urteile. Sie wissen, dass das Verwaltungsgericht Köln die Beobachtung von Scientology durch das Bundesamt für Verfassungsschutz für rechtmäßig erklärt hat. Gegen dieses Urteil legte die Scientology-Organisation Berufung ein. Aber mit diesem

Urteil hat das Bundesverwaltungsgericht Köln die Klage der Scientology-Organisation auf Unterlassung der Beobachtung durch Bundesamt für Verfassungsschutz in vollem Umfang zurückgewiesen.

Zu der Begründung führte das Gericht aus, es sei zu der Überzeugung gekommen, dass die Beobachtung der Scientology-Kirche Deutschland e. V. und der Scientology-Kirche Berlin e. V. durch das BfV sowohl mit offenen als auch mit nachrichtendienstlichen Mitteln rechtmäßig sei, weil deutliche Anhaltspunkte dafür vorlägen, dass Scientology verfassungsfeindliche Ziele verfolge. Aber, wie gesagt, der Streit um Paragraphen ist weder hilfreich noch zielführend. Sie, Herr Senator, haben alle Mittel in der Hand, um den Beobachtungsdruck in Berlin zu erhöhen und den Sorgen und Ängsten der Menschen vor Scientology etwas entgegenzusetzen. Als Vorsitzender der Innenministerkonferenz und als Berliner Innensenator können Sie Abwehrstrategien auf Bundes- und auf Landesebene vorantreiben, wenn Sie nur wollten.

Meine Fraktion hätten Sie in dieser Frage an Ihrer Seite. Jetzt braucht es nur noch den politischen Willen, diese Möglichkeiten auszuschöpfen. Deshalb appelliere ich noch einmal an alle Mitglieder unseres Hauses, jenseits von gesamtgesellschaftlicher Auseinandersetzung mit dem Thema auch die rechtlichen Möglichkeiten sicherzustellen, um wieder zu einer effektiven Beobachtung der Aktivitäten von Scientology auch mit nachrichtendienstlichen Mitteln zu kommen. – Herzlichen Dank!

[Beifall bei der CDU]

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Henkel! – Für die Fraktion der SPD hat jetzt der Herr Abgeordnete Schreiber das Wort. – Bitte!

Tom Schreiber (SPD):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Werte Gäste! Panikmache, Hysterie und ein verantwortungsloser Umgang mit dem Thema Scientology helfen uns nicht weiter.

[Beifall bei der SPD]

Was in den letzten Tagen, insbesondere von der Fraktion der CDU und vor allem von dem Generalsekretär losgetreten wurde, ist mehr als fragwürdig und hilft uns deswegen nicht weiter. Wer im Zusammenhang mit Scientology über einen sogenannten Brückenkopf nach Europa spricht und weitere militärische Kraftausdrücke benutzt, dem ist an einer aufklärerischen, sachlichen Auseinandersetzung nicht gelegen.

[Beifall bei der SPD]

Sie haben in den letzten Tagen mit dem Thema Scientology politisch gezündelt, Herr Henkel! Statt an der Aufklärung und der politischen Auseinandersetzung teilzunehmen, haben Sie Scientology eine einmalige öffentliche

Tom Schreiber

Plattform geboten. Somit haben Sie dazu beigetragen, dass solch ein Medieninteresse an der Eröffnung eines Gebäudes an der Otto-Suhr-Allee vorhanden war. So viel Ehre sollten Sie dieser Organisation nicht antun!

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Die anderen Oppositionsparteien bewiesen in der Sache mehr Augenmaß. Auch eine Opposition trägt Verantwortung, gerade im Umgang mit den sensiblen Themen in der Stadt. Der starke Ruf nach dem Verfassungsschutz und der sofortigen Beobachtung löst nicht das Problem der gesellschaftlichen Auseinandersetzung. Sie rufen reflexartig nach einem Überwachungsstaat und wir nach einem aufklärerischen, aber nicht weniger wachsamem Staat. Wir Sozialdemokraten und die Linkspartei haben das Thema auf die Tagesordnung des Verfassungsschutzausschusses gesetzt. Wir wollen aufklären und nicht zusätzliche Ängste bei den Berlinerinnen und Berlinern schüren.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Wir werden uns am 24. Januar im Verfassungsschutzausschuss sachlich damit befassen. Wir werden dann zu prüfen haben, ob neue verfassungsfeindliche Bestrebungen vorliegen oder nicht. Ich möchte der kommenden Ausschusssitzung nicht vorgreifen, aber eines ist klar: Die Bewertung wird der Ausschuss zu treffen haben.

Was ist eigentlich Scientology? – Im Mittelpunkt des scientologischen Denkens steht die Gewinnerzielung und nicht das religiöse Gedankengut. Ihre Techniken führen häufig zu psychischen und finanziellen Abhängigkeiten. Sie versuchen, Einfluss auf die Politik insgesamt zu gewinnen – in Österreich und Deutschland bisher erfolglos. Scientology ist heute streng hierarchisch durchstrukturiert und eine weltweit operierende Organisation. Wie ist die Situation in Deutschland? – Im Jahr 1979 wurde die Scientology-Kirche Deutschland e. V. in München gegründet. In sieben Großstädten ist diese Organisation tätig, darunter sind München, Hamburg, Frankfurt und Stuttgart. In Deutschland gibt es weniger als 10 000 Mitglieder, in Berlin stagniert die Zahl seit Jahren bei 200 Mitgliedern. Das sind alles Fakten, die man kennen muss, wenn man sich mit dem Thema auseinandersetzt. Natürlich darf man diese Organisation nicht verharmlosen, aber Panik zu verbreiten, statt aufzuklären, ist der falsche Weg.

Ich verstehe voll und ganz, dass die Bürger vor Ort verunsichert sind. Politik muss einen Beitrag dazu leisten, dass diese Verunsicherung ein Ende hat. Es gehört zu der Offenheit einer Großstadt, die Seelenkäufer dort zu lassen, wo sie stehen, nämlich im Regen.

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Der Staat muss dort aktiv werden, wo insbesondere Kinder und Jugendliche betroffen sind. Dort hat der Senat seine Schutz- und Wächterfunktion. Gerade beim Erstkontakt mit Scientologen brauchen wir eine immunisierte Bevölkerung. In den Fällen, wo Wirtschaftsdelikte beispielsweise im Immobilienbereich vorliegen und Straftaten begangen werden, handelt der Staat mit polizeilichen

und juristischen Mitteln. Dennoch müssen Straftaten angezeigt und nicht nur öffentlich erwähnt werden.

Ich möchte zum Schluss kommen. – Drei wesentliche Faktoren spielen in den nächsten Wochen eine Rolle: erstens die politische Bewertung der neuen Erkenntnislage über Scientology in Berlin, zweitens Aufklärungsarbeit insbesondere bei Kindern und Jugendlichen, aber auch bei Erwachsenen und Senioren und drittens die politische und gesellschaftliche Auseinandersetzung mit diesem Thema. Das ist unsere sozialdemokratische Grundlinie. Ich bin überzeugt, dass wir mit dieser Linie, die von Wachsamkeit geprägt ist, dem Thema Scientology gerecht werden. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Schreiber! – Das Wort für eine Kurzintervention hat jetzt der Herr Abgeordnete Henkel. – Bitte!

Frank Henkel (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Kollege Schreiber! Ihre offenbar vorbereitete Rede hätten Sie vielleicht im Lichte meiner Rede noch einmal überarbeiten sollen.

[Beifall bei der CDU –

Gelächter bei der SPD und der Linkspartei]

Ich habe es Ihnen bereits im Ausschuss gesagt. – Liebe Leute! Parteipolemik, ich bin auch ein Freund davon – geschenkt! Die schenke ich auch Ihnen, Kollege Schreiber. Es geht aber nicht – das sage ich für das Protokoll, aber auch deutlich in Ihre Richtung –, dass Sie mir ein Wording in den Mund legen, das ich nicht benutzt habe.

[Beifall bei der CDU]

Ich zitiere hier ein Strategiepapier von Scientology. Die sprechen vom „Krieg gegen Europa“. Sie sagen, Sie befänden sich im „Krieg gegen die westlichen Demokratien“. Das sagt nicht Frank Henkel von der CDU. – Das war der erste Punkt.

[Beifall bei der CDU]

Zweiter Punkt: Ich bin weit entfernt davon – und meine Fraktion ist es auch –, hier Panik oder Angst zu verbreiten. Ich will keine Panik und keine Angst verbreiten, und ich verbreite sie auch nicht. Die Menschen in dieser Stadt, insbesondere in der Umgebung der Otto-Suhr-Allee, haben Angst. Mein Verständnis von Politik ist, dass wir Politiker hier die Ängste und Sorgen der Menschen vor Scientology aufnehmen. Darum geht es. Wir müssen die Menschen ernst nehmen. – Kollege Schreiber! Wegschauen und Nichtstun helfen in der Sache nicht weiter. Ich habe heute dem Senator und Ihnen die Hand meiner Fraktion gereicht. Lassen Sie uns gemeinsam an Lösungen arbeiten, um dieses Problem zu bewältigen, aber lassen Sie uns nicht über Paragraphen und Gerichtsurteile

Frank Henkel

streiten! Das war, was ich gesagt habe. Es hilft nichts. – Wir müssen die rechtlichen Voraussetzungen für eine Beobachtung schaffen. Ich bin der Auffassung, dass wir das können. Warum auch nicht? – In Bayern, Baden-Württemberg, Hamburg und Nordrhein-Westfalen ist es möglich. Mir will nicht einleuchten, warum es in Berlin nicht möglich ist.

Wenn wir davon reden, dass die Scientology-„Gemeinde“ in Berlin nur 150 bis 200 Mitglieder hat, dann haben wir – verdammt noch mal – die Verpflichtung, uns zu überlegen, warum hier eine so große Dependence mit 4 000 qm auf sieben Stockwerken gebaut wird. Hier sollte man sich zumindest einmal Gedanken machen, ob man es nicht wirklich mit einem strategisch konzentrierten Umzug zu tun hat. Darum geht es. Hierüber führen wir die Auseinandersetzung und nicht darüber, wer zu welchem Zeitpunkt Panik verbreitet. – Danke schön!

[Beifall bei der CDU]

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:

Herr Schreiber, Sie haben jetzt die Möglichkeit einer Erwiderung. – Bitte!

Tom Schreiber (SPD):

Herr Henkel! Es nützt wenig, wenn Sie hier ins Mikrofon bellern. Das ändert nichts an der Tatsache, dass Sie sich stets und ständig diese Zitate zu eigen machen und sie in Pressemitteilungen und Interviews wiederholen. Dafür kann ich nichts. Ich würde es nicht tun. – Das ist der eine Punkt.

Der andere Punkt: Was sind denn Ihre konstruktiven Vorschläge, wie man damit umzugehen hat?

[Frank Henkel (CDU): Ich habe gerade einen konstruktiven Vorschlag gemacht!]

Der Ruf nach mehr Staat, mehr Polizei und Verfassungsschutz mag Ihr Weg sein. Richtig ist aber, dass wir es in dem Gremium zu bewerten haben, wo es stattzufinden hat: im Verfassungsschutzausschuss. Richtig ist aber auch, dass wir in der Politik dazu beitragen müssen, aufzuklären und nicht wie Sie die Leute aufzuscheuchen und alle fünf Minuten Pressemitteilungen hinauszujagen und die Situation noch zu dramatisieren. Wichtig ist – da kommen Sie uns wieder ein Stück weit entgegen –, dass wir gemeinsam einen Beitrag dazu leisten, dass wir die Ängste, die es in der Bevölkerung gibt, nicht weiter schüren – insbesondere Sie –, und dass wir daran arbeiten, aufzuklären und mit dem Problem umzugehen. – Danke!

[Beifall bei der SPD und der Linksfraktion]

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Schreiber! – Für die FDP-Fraktion hat jetzt der Abgeordnete Jotzo das Wort!

Björn Jotzo (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Was diese Debatte letztlich notwendig gemacht hat, waren die Äußerungen von Innensenator Körting Anfang bis Mitte Januar, wonach das Unternehmen Scientology keine Gefährdung für die freiheitlich-demokratische Grundordnung darstelle. Dies war, wie der Innensenator inzwischen durch seine jetzigen Relativierungen selbst eingesteht, jedenfalls in dieser Pauschalität eine Fehleinschätzung. Der Blick in die uns vorliegenden Erkenntnisse aus anderen Bundesländern, auf die Bundesebene und in andere Länder verdeutlicht, dass Scientology zwei wesentliche Ziele verfolgt: erstens, sich selbst zu finanzieren, und zweitens, die Machtbasis des Unternehmens durch Unterwanderung wesentlicher Entscheidungsstrukturen in der Gesellschaft zu erweitern. Scientology ist deshalb nicht nur – wie Herr Körting zutreffend sagte – eine „miese Organisation“, nicht nur ein Unternehmen, das labile Menschen wirtschaftlich ausbeutet, sondern auch eine Organisation, die ihr zweifelhaftes Wertefundament zur Grundlage einer Gesellschaftsordnung machen will. Das Ziel dieser Organisation ist, Andersdenkende von der gesellschaftlichen Teilhabe auszuschließen. Die Umsetzung einer solchen Zielsetzung darf in einer Demokratie wie unserer nicht hingenommen werden.

[Beifall bei der FDP]

Wenn eine solche Organisation ihre bundesweit größte Niederlassung in Berlin errichtet, dann müssen wir uns fragen: Wie können wir darauf hinwirken, dass dieses Unternehmen in Berlin auch in Zukunft keinerlei Erfolg haben wird?

Die Politik muss dabei zwei Zielrichtungen verfolgen: Zum einen ist der Senat gefordert, die Öffentlichkeit über die Organisation aufzuklären. – Leider muss man konstatieren, Herr Zöllner, dass die Aufklärungsarbeit unseres Senats im Jahr 2002 stehengeblieben ist.

Schaut man auf die Internetseiten des Senats, kommt man irgendwann vielleicht darauf, bei der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung unter dem Thema Familie nachzuschauen. Dort findet man tatsächlich nach einigem Herumsuchen eine fünf Jahre alte Datei. Sie enthält eine 168 Seiten starke Textbroschüre über sogenannte Sekten. Wenn man das Paket heruntergeladen hat – mit ISDN geht das in etwa 2 Minuten –, kann man dann lesen, was Berlin vor fünf Jahren zum Thema Scientology beizutragen hatte. Es erübrigt sich zu erwähnen, dass ein solches Informationsangebot nicht geeignet ist, Kinder und Jugendliche adäquat über Sekten und insbesondere Scientology aufzuklären.

[Beifall bei der FDP]

Die FDP fordert den Senat daher auf, auch insoweit endlich sichtbar aktiv zu werden. Wir müssen zielgruppenadäquate Angebote für betroffene Personengruppen, besonders für gefährdete Kinder und Jugendliche beispielsweise auch im Ethikunterricht zur Verfügung stellen.

Björn Jotzo

Die zweite delikate Frage ist aber die, der wir uns heute widmen. Soll die Beobachtung der Scientology-Organisation durch den Verfassungsschutz in Berlin wieder aufgenommen werden? Die maßgebliche Fragestellung ist daher, ob Scientology jetzt oder in Zukunft in Berlin Bestrebungen entwickelt, die sich gegen unsere freiheitlich demokratische Grundordnung richten. Schaut man sich die Erkenntnisse über das bisherige Auftreten von Scientology in Berlin an, so zeigt sich, dass die Geschäftsaktivitäten von Scientology in Berlin bisher so beschränkt sind, dass sie bezogen auf das Schutzgut der freiheitlich demokratischen Grundordnung bisher kaum eine Rolle gespielt haben. Die meisten der 5 000 bis 6 000 Mitglieder hat die Organisation in anderen Bundesländern. In Berlin sind es etwa 200.

Hieraus aber den Schluss zu ziehen, dass von der Organisation auch in Zukunft keinerlei Gefährdung ausgehen kann, ist verfehlt. Die neue Präsenz in Berlin ist ein unmissverständliches Signal dafür, dass Scientology beabsichtigt, in Berlin wesentlich aktiver zu werden. Wenn aber eine Organisation mit den erklärten Zielen von Scientology in Berlin massiv auftritt, bietet das für uns Anlass für erhöhte Wachsamkeit.

[Beifall bei der FDP]

Es ist die Aufgabe des Senats eingehend zu prüfen, wie sich Scientology in Zukunft verhalten wird. Genau das ist auch der Gegenstand des Antrags der FDP-Fraktion. Wir wollen, dass die Senatsverwaltung innerhalb eines lang angelegten Zeitraums die neuen Betätigungen von Scientology prüft. Neben dem Gewinn neuer Erkenntnisse wollen wir mit diesem Antrag ein unmissverständliches Signal an Scientology senden. Dieses Signal lautet: Hier in Berlin steht Scientology im Blickpunkt einer informierten Öffentlichkeit und wird mit klandestinen Methoden keinen Erfolg haben.

[Beifall bei der FDP –
Beifall von Andreas Gram (CDU)]

Nachdem die Ergebnisse des Zwischen- und Abschlussberichts des Senats vorliegen, können wir unter Einbeziehung der neuesten Erkenntnisse aus den Ländern, dem Bund und unserer europäischen Partner über unser weiteres Vorgehen entscheiden. Keinen Sinn ergibt es jedoch, bereits jetzt unbedingt die Beobachtung durch den Verfassungsschutz zu fordern. Die Beobachtung könnte nur dann wieder aufgenommen werden, wenn sich maßgeblich neue Erkenntnisse für verfassungswidrige Bestrebungen von Scientology ergeben. Würden wir beschließen, die Beobachtung sofort wieder aufzunehmen, so wie Sie es fordern, würde Berlin damit sofort vor Gericht scheitern. Die einstweilige Verfügung hätten wir nächste Woche auf dem Tisch. Eine solche Entwicklung wäre kontraproduktiv. Meine Meinung ist, dass wir im Land Berlin das nächste Verfahren gegen Scientology gewinnen sollten.

[Beifall bei der FDP]

Wichtiger als eine kurzfristige Beobachtung durch den Berliner Verfassungsschutz ist es daher, Scientology in

Berlin mittelfristig die Geschäftsgrundlage zu entziehen, zum einen durch Aufklärung und Information der Öffentlichkeit, zum anderen durch ein klares Signal der Politik gegen Scientology. Dieses Signal geht vom Antrag der FDP-Fraktion aus. – Vielen Dank!

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Jotzo! – Für die Linksfraktion hat das Wort der Abgeordnete Udo Wolf. – Bitte!

Udo Wolf (Linksfraktion):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben heute eigentlich schon hinreichend das Thema Scientology und ihre Bedeutung im Abgeordnetenhaus diskutiert. Aus Orkangründen versuche ich mich kurz zu fassen, weil alle dringend nach Hause wollen.

Die spannende Frage, die die Union bisher in keiner Debatte – sie läuft seit geraumer Zeit in Berlin – beantwortet hat, ist, was eigentlich die Beobachtung von Scientology durch den Verfassungsschutz real bringen soll. Das Ergebnis in Hamburg fällt so aus, dass Scientology in Hamburg nach wie vor ausgesprochen stark ist. In Berlin ist sie nicht stark. Das Argument, der Druck müsse auf Scientology durch eine Beobachtung des Verfassungsschutzes erhöht werden, kann nicht wirklich zielführend und hilfreich sein. Die spannende Frage – darin sind sich alle einig – ist, wie man sich gesellschaftlich gegenüber solchen Sekten wie Scientology immunisiert. Wenn Sie, Herr Jotzo, einen Antrag geschrieben hätten, wie man überlegt, Aufklärung im Jugend- und Bildungsbereich besser und effektiver zu gestalten, jetzt nach dem Umzug möglicherweise noch nachjustieren und nachsteuern kann, hätte man darüber reden können. Warum soll aber gleich als erstes bei einer Sektenfrage nach dem Verfassungsschutz gerufen werden mit dem Hinweis, er müsse beobachten. Die gesamte Debatte hat gezeigt, dass man keinen Geheimdienst braucht, um etwas herauszubekommen darüber, was für eine miese Organisation Scientology ist und wie sie ihren Opfern schadet.

[Beifall bei der Linksfraktion]

Deswegen, Herr Henkel, bekommt die Redundanz, mit der Sie den Innensenator wegen Untätigkeit und anderem angreifen, natürlich auch Geschmäcke. Die Debatte über Scientology scheint offensichtlich das Vehikel zu sein, einen erfolgreich, klug abwägenden Innensenator, der sich wohlthuend von der Law-and-order-Revolistik früherer CDU-Innensensatoren unterscheidet, in irgendeiner Art und Weise ins Unrecht setzen zu wollen.

[Beifall bei der Linksfraktion]

Der Innensenator zeigt in dieser Frage keine Versäumnisse. Er hat angekündigt, dass natürlich jede neue Sachlage geprüft wird, um dann zu entscheiden, ob es sinnvoll ist, den Verfassungsschutz beobachten zu lassen. Ich glaube, dass wir bei dieser Prüfung das Verhältnis zwischen Schutzbedürfnissen von Opfern und dem Schutzbedürfnis

Udo Wolf

der freiheitlich demokratischen Grundordnung sowie dem Schutzbedürfnis der Bürger vor dem Staat abwägen müssen. Es ist nicht hilfreich, eine Sekte in den Fokus des Verfassungsschutzes zu nehmen. Viel sinnvoller kann es sein, sehr genau zu überlegen, wie man gesellschaftlich aufklärt. Wenn die Debatte dabei einen Beitrag leistet – hier verspreche ich mir vor allem etwas von der Debatte im Bildungs- und Jugendausschuss, weniger jedoch im Verfassungsschutzausschuss –, sind wir ein gutes Stück weiter im Umgang mit Sekten in dieser Stadt. – Danke schön!

[Beifall bei der Linksfraktion und der SPD]

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Wolf! – Abschließend hat für die Fraktion der Grünen Herr Behrendt das Wort. – Bitte!

Dirk Behrendt (Grüne):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist richtig, dass Scientology eine unappetitliche und gegenüber einzelnen Bürgerinnen und Bürgern gefährliche Organisation ist. Eine Überwachung durch den Verfassungsschutz ist jedoch unsinnig und unnötig.

Sie ist unsinnig, denn man muss sich nur einmal vorstellen, was passiert, wenn dort Agenten eingesetzt werden. Sie ist auch deshalb unsinnig, weil beispielsweise das Ansprechen von Passanten im Umfeld der neuen Zentrale dort in Charlottenburg insbesondere von Jugendlichen, älteren Menschen und psychisch vielleicht labilen Menschen als sehr unangenehm empfunden wird. Was soll denn der Verfassungsschutz dagegen tun, wenn er mit zwei oder drei Agenten in der Organisation ist? – Das Ansprechen von Passanten können diese zwei oder drei Agenten mit Sicherheit nicht verhindern. Aufgeklärt werden muss dort auch nichts mehr, denn das Ansprechen ist langjährige Praxis von Scientology. Auch in Hamburg, München oder Berlin gab es das immer wieder. Hier wird der Verfassungsschutz nicht viel bringen.

Auch die Gefahren, die daraus resultieren, dass dort vielleicht leichtgläubige Menschen überteuerte und unsinnige Psychokurse machen, viel Geld dafür ausgeben, können kaum durch den Einsatz von zwei oder drei Verfassungsschutzagenten gebannt werden. Es ist auch eine lange bekannte Praxis von Scientology, dass sie diese Kurse anbieten und man dort für viel Geld angeblich in der Lehre von Scientology geschult wird. Darüber muss nicht mehr aufgeklärt werden. Verhindern können das zwei oder drei Agenten auch nicht.

Das Einzige, was als relevanter Gesichtspunkt durchaus in Betracht kommen könnte – hier bin ich sehr gespannt, was die CDU im Ausschuss an neuen Erkenntnissen mitteilen wird –, ist die mögliche Unterwanderung des Staates, also die Infiltration staatlicher Organe, Richter, Ab-

geordnete, Hochschulen und weiterer. Hier muss man konstatieren, dass die jahrelange Überwachung von Scientology in Berlin keinerlei Anhaltspunkte in dieser Richtung ergeben hat. Das muss auch die CDU irgendwann einmal zur Kenntnis nehmen. Es kann doch nicht sein, dass wir sieben Jahre lang Steuergelder ausgeben, die Agenten teure Kurse machen, nichts dabei herauskommt und Sie sagen, es sei Ihnen egal, und die Agenten sollten weiterhin tätig sein.

[Beifall bei den Grünen]

Im Übrigen war es nicht weiter verwunderlich, dass das Berliner Verwaltungsgericht zu dem Ergebnis kam, dass die Überwachung rechtswidrig ist.

Ich erinnere daran, dass dieses hohe Haus bereits im Jahre 1996 über genau die gleiche Fragestellung diskutiert hat – damals im Rahmen einer Großen Anfrage –: Wie gehen wir mit Scientology um? Und welche Rolle soll der Verfassungsschutz in dieser Beziehung spielen? – Auch dort vonseiten der CDU stark vertreten: Verfassungsschutz! Verfassungsschutz!

Meine seinerzeitige Fraktionsvorsitzende, Renate Künast, sagte damals in der Debatte bereits voraus – und sie hatte auch in diesem Punkt recht –: Wenn Ihr Agenten in die Organisation schickt, wird das Verwaltungsgericht dieses relativ schnell stoppen. – Genauso ist es gekommen. Das wird man zur Kenntnis nehmen müssen, daran führt kein Weg vorbei.

Jedoch heißt das nicht, nichts zu tun. Das versuchte Herr Henkel zu suggerieren. Es ist durchaus so, dass der offenen Gesellschaft mehrere Möglichkeiten zur Verfügung stehen, wie man auf solche Gefahren reagiert. Da ist die Aufklärung der Öffentlichkeit über die Gefahren, die durch Scientology ausgelöst werden, genau das Richtige. Ich erinnere daran, dass es über die Öffentlichkeit in den 90er Jahren auch gelungen ist, die Organisation aus dem gesamten Mietwohnungsumwandlungsmarkt zurückzudrängen. Da waren die Mietervereine sehr aktiv, da war die Presse sehr aktiv, und da ist es gelungen, Scientology über Aufklärung das Spiel zu verderben.

Daneben – das wurde bereits erwähnt – muss die Aufklärungsarbeit der Senatsverwaltung für Jugend im Vordergrund stehen. Die Senatsverwaltung für Jugend sollte ihre Broschüren „Alles Sekte – oder was?“ aktualisieren. Zweitens ist die Aufklärung an den Schulen und in ihrem Umfeld wichtig. Diesbezüglich gibt es auch Diskussionen auf bezirklicher Ebene – nicht zuletzt auch von meiner Partei initiiert –, an den Schulen vernünftige Aufklärungsarbeit zu leisten, um die Schüler zu immunisieren und ihre Beeinflussung zu erschweren.

Dann spielen – Herr Dix hatte in den letzten Tagen darauf hingewiesen – auch datenschutzrechtliche Aspekte eine Rolle. Es ist bekannt, dass die Organisation die Daten ihrer Mitglieder sammelt. Wenn Mitglieder dort austreten, sollte man ihnen beistehen und ihnen anraten, sich dafür einzusetzen – zur Not auch juristisch –, diese Daten wie-

Dirk Behrendt

der zu löschen, damit sie nicht missbraucht werden können.

Es geht auch darum, Verbraucherschutzrechte zu stärken. Es muss darüber aufgeklärt werden – Psychiatriefragen –, welche Art von Kursen dort angeboten werden. Auch wird seit vielen Jahren diskutiert, dass es sinnvoll ist, vor dem Hintergrund des Wucherparagrafen des Bürgerlichen Gesetzbuchs die enorm übersteuerten Preise in den Blick zu nehmen.

[Beifall bei den Grünen]

Fünfter Punkt: Den Aussteigern muss dringend mehr Hilfestellung gegeben werden. Dort realisieren sich die Gefahren ganz besonders. Man sollte noch einmal überprüfen, ob die Staatsanwaltschaft hinreichend sensibel ist, um den bestehenden Gefahren entgegenzuwirken. Wenn einzelne Mitglieder bedroht werden, sollte man ihnen hilfreich zur Seite stehen.

Man wird auch mit der Deutschen Bahn sprechen müssen – im letzten Jahr hat Scientology am Lehrter Bahnhof ein großes Zelt aufgestellt und geworben; die Bahn hatte sicherlich auch Einnahmen – und sich fragen, ob übermäßige Werbung im öffentlichen Raum der sinnvolle Weg ist.

Ich habe aber keine Sorge, dass unsere Gesellschaft stark genug ist, den Gefahren von Scientology auch ohne Verfassungsschutz zu begegnen. Es ist immer noch besser, die stärkste Waffe der Demokratie, die Öffentlichkeit, einzusetzen und in die Pflicht zu nehmen, als hier mit Heimlichtuerei und hochgeschlagenen Mantelkragen viel Geld auszugeben. – Danke schön!

[Beifall bei den Grünen –
Beifall von Dr. Gabriele Hiller (Linksfraktion)]

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:

Vielen Dank, Herr Behrendt! – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Der Ältestenrat empfiehlt zu beiden Anträgen die Überweisung federführend an den Ausschuss für Verfassungsschutz und mitberatend an die Ausschüsse für Inneres, Sicherheit und Ordnung und für Bildung, Jugend und Familie. – Hierzu höre ich keinen Widerspruch.

Die Linksfraktion hat für die heutige Sitzung auf die Benennung einer Priorität verzichtet. Damit entfällt der Tagesordnungspunkt 4 e.

Wir kommen zur

lfd. Nr. 5:

II. Lesung

**Gesetz zum
Neunten Rundfunkänderungsstaatsvertrag**

Beschlussempfehlung EuroBundMedienBerlBra
Drs 16/0119

Vorlage – zur Beschlussfassung – Drs 16/0026

Ich eröffne die II. Lesung und schlage vor, die Einzelberatung der vier Paragraphen zu verbinden. – Ich höre dazu keinen Widerspruch.

Ich rufe also auf die Einleitung, die Überschrift und die Paragraphen 1 bis 4 gemäß Drucksache 16/0026. Eine Beratung ist nicht vorgesehen. Wir können abstimmen. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig bei Enthaltung von Bündnis 90/Die Grünen und der FDP die Annahme. Wer der Vorlage Drucksache 16/0026 zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind die Koalition und die CDU. Gegenprobe! – Die FDP! Enthaltungen? – Die Grünen.

Wir kommen zur

lfd. Nr. 5 A:

Dringliche II. Lesung

**Gesetz zum Staatsvertrag zwischen dem
Land Berlin und dem Land Nordrhein-Westfalen
über die Übertragung von Aufgaben nach § 9
Absatz 1 und § 10 Handelsgesetzbuch zur
Errichtung und zum Betrieb eines gemeinsamen
Registerportals der Länder**

Beschlussempfehlung Recht Drs 16/0170

Vorlage – zur Beschlussfassung – Drs 16/0101

Der Dringlichkeit wird nicht widersprochen.

Ich eröffne die II. Lesung und schlage vor, die Einzelberatung der drei Paragraphen zu verbinden. – Hierzu höre ich keinen Widerspruch.

Ich rufe also auf die Einleitung, die Überschrift und die Paragraphen 1 bis 3 gemäß Drucksache 16/0101. Eine Beratung ist nicht vorgesehen. Wir können abstimmen. Der Ausschuss empfiehlt einstimmig die Annahme. Wer der Vorlage Drucksache 16/0101 zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gegenprobe! – Enthaltungen? – Keine! Dann war das einstimmig.

Der Antrag der Fraktion der CDU unter der lfd. Nr. 6 steht mit dem Verweis „zurückgezogen“ auf unserer Konsensliste.

Wie kommen nur zur

lfd. Nr. 7:

I. Lesung

**Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für
das Land Berlin (Schulgesetz – SchulG) – flexible
Schulanfangsphase gründlich vorbereiten**

Antrag der CDU Drs 16/0064

Dieser Antrag wird vertagt.

[Uwe Goetze (CDU): Vertagt und vorab überwiesen
war vereinbart!]

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki

– Auf meinem schlaun Zettel steht nur „vertagt“. Der Antrag wurde aber vorab überwiesen.

Die lfd. Nr. 8 ist bereits durch die Konsensliste erledigt. Die lfd. Nr. 9 war Priorität der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unter der lfd. Nr. 4 a.

Wir kommen zur

lfd. Nr. 10:

Beschlussempfehlung

Nach dem Urteil den Blick nach vorn richten

Beschlussempfehlung Haupt Drs 16/0126

Antrag der CDU Drs 16/0037

Auch dieser Antrag wird vertagt.

Ich rufe auf

lfd. Nr. 11:

Beschlussempfehlung

Konsequenzen aus dem Berliner „Gammelfleisch“-Skandal ziehen

Beschlussempfehlung GUV Drs 16/0130

Antrag der Grünen Drs 16/0118

Diese Beschlussempfehlung wird ebenfalls vertagt.

Ich bitte die Herren Geschäftsführer, nach oben zu kommen.

[Kurze Unterbrechung]

Wir setzen nun die Sitzung fort. Wir haben alles einvernehmlich geklärt.

Ich rufe auf

lfd. Nr. 11 A:

Dringliche Beschlussempfehlung

Grundstückskauffälle nach dem Verkaufsgesetz vom März 1990 zu landeseigenen Grundstücken

Beschlussempfehlung Haupt Drs 16/0184

Antrag der CDU Drs 16/0114

in Verbindung mit

lfd. Nr. 15:

Antrag

Grundstückskauffälle nach dem Verkaufsgesetz vom März 1990 zu landeseigenen Grundstücken

Antrag der CDU Drs 16/0114

Auch dies wird vertagt.

Ich rufe nun auf

lfd. Nr. 11 B:

Dringliche Beschlussempfehlung

Vermögensgeschäft Nr. 21/2006 des Verzeichnisses über Vermögensgeschäfte

Beschlussempfehlung Haupt Drs 16/0185

Vorlage – zur Beschlussfassung – gemäß § 38 Abs. 1 GO Abghs

Wird der Dringlichkeit widersprochen? – Das ist nicht der Fall.

Eine Beratung ist nicht vorgesehen. Der Hauptausschuss empfiehlt einstimmig – bei Enthaltung der Fraktion der CDU, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP – die Annahme. Wer dem Vermögensgeschäft mit der Drucksachennummer 16/0185 zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das ist die Koalition. Die Gegenprobe! – Einige Stimmen aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Enthaltungen? – Das sind einige Stimmen aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die CDU und die FDP. – Es wird hier oben festgestellt, dass sich die Mehrheit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Stimme enthalten hat.

Es gibt jetzt den Wunsch der Abgabe einer persönlichen Erklärung der Abgeordneten Hämmerling.

[Oh! bei der SPD-Fraktion]

Claudia Hämmerling (Grüne):

Vielen Dank, Frau Präsidentin! – In der Tat, die Mehrheit meiner Fraktion hat sich der Stimme enthalten. Ich habe dagegen gestimmt, ebenso wie meine Kollegen Stefan Ziller, Thomas Birk und Anja Kofbinger.

[Christian Gaebler (SPD): Persönliche Erklärungen können nur persönlich abgegeben werden!]

Ich möchte Ihnen erklären, weshalb ich diese Grundstücksgeschäft ablehne. Ich lehne es ab, weil ich es für falsch halte, ein Grundstück zu verkaufen, solange nicht klar ist, wie das Verkehrskonzept für den Standort aussieht.

[Christian Gaebler (SPD): Das ist ein inhaltlicher Beitrag und keine persönliche Erklärung!]

Es ist so, als würde man das Pferd von hinten aufzäumen. Wir verkaufen etwas, wir wissen aber, dass wir gleichzeitig die Voraussetzungen für den Investor schaffen müssen, damit er den Betrieb des Riesenrades durchsetzen kann.

[Zurufe von der SPD und der Linksfraktion]

Wir wissen aber noch nicht, welche Aufwendungen damit verbunden sind, ob es überhaupt funktioniert und ob wir überhaupt die verkehrlichen Voraussetzungen schaffen können. Es ist ungefähr so, als verkauften sie ein Privatgrundstück, das sich an einem Flussufer befindet, und versicherten dem Käufer die Zugangsmöglichkeit, er komme

Claudia Hämmerling

komme auf sein Grundstück, obwohl es gar keine Brücke gibt.

[Zurufe von der SPD und der Linksfraktion]

Ich würde mich als Verkäufer sachkundig machen –

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:

Frau Abgeordnete Hämmerling! Es wird nicht ohne Grund laut. Bitte erklären Sie Ihr persönliches Abstimmungsverhalten, und halten Sie keinen Debattenbeitrag!

[Beifall und Bravo! bei der SPD]

Claudia Hämmerling (Grüne):

Ich versuche, es anhand eines Beispiels deutlich zu machen. – Ich habe diesen Kaufvertrag abgelehnt, weil ich die Folgekosten für das Verkehrskonzept nicht abschätzen kann. Ich verhalte mich so, als wäre es mein eigenes Grundstück. Deshalb habe ich das Beispiel mit der Brücke genannt.

[Christian Gaebler (SPD): Nein, es ist nicht zulässig!]

Ich lehne es ab, weil ich nicht weiß, welche Folgekosten auf mich zukommen. Dann kann ich kein Grundstücksgeschäft abschließen. Das trifft auf meine Kollegin und meine Kollegen ebenfalls zu.

[Vereinzelter Beifall bei den Grünen]

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki:

Vielen Dank, Frau Hämmerling!

Ich rufe auf

lfd. Nr. 11 C:

Dringliche Beschlussempfehlungen

Bei der Sanierung der Staatsoper darf der Wowerit-Senat nicht länger kniefen

Beschlussempfehlungen Kult und Haupt Drs 16/0186
Antrag der CDU Drs 16/0057

Wird der Dringlichkeit widersprochen? – Das ist nicht der Fall.

Wird eine Beratung gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Die Ausschüsse empfehlen die Annahme mit neuer Überschrift und in neuer Fassung im Fachausschuss gegen die Oppositionsfraktionen und im Hauptausschuss gegen die Stimmen der Fraktion der FDP und Enthaltung der Fraktion der CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Wer so gemäß der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Kulturelle Angelegenheiten und unter Berücksichtigung der Änderungsmaßgabe des Hauptausschusses – beides auf Drucksache 16/0186 – beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Koalition und geringe Teile der Fraktion der Grünen. Die Gegenprobe! – Das ist die

FDP-Fraktion. Enthaltungen? – Das ist der Rest der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die CDU-Fraktion.

Ich rufe auf

lfd. Nr. 11 D:

Dringliche Beschlussempfehlung

Nachträgliche Genehmigung der im Haushaltsjahr 2005 in Anspruch genommenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für die Bezirke

Beschlussempfehlung Haupt Drs 16/0187
Vorlage – zur Beschlussfassung – Drs 16/0102

Wird der Dringlichkeit widersprochen? – Das ist nicht der Fall.

Eine Beratung ist nicht vorgesehen. Der Hauptausschuss empfiehlt mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP und bei Enthaltung von CDU und Bündnis 90/Die Grünen die Annahme. Wer der Beschlussempfehlung mit der Drucksachennummer 16/0102 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Koalition. Gegenprobe! – Das ist die FDP-Fraktion. Enthaltungen? – Das sind die CDU-Fraktion und Bündnis 90/Die Grünen.

Ich rufe nun auf

lfd. Nr. 12:

Zusammenstellung

Vorlagen – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64 Abs. 3 VvB

Drs 16/0153

Auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und mit Zustimmung der anderen Fraktionen werden folgende Verordnungen überwiesen: Die lfd. Nr. 6 – VO-Nr. 16/13 – Berliner Wasserbetriebe – und lfd. Nr. 7 – VO-Nr. 16/14 – Berliner Stadtreinigung – an den Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Frauen und an den Hauptausschuss, hier zur Beratung an den Unterausschuss „Beteiligungen“, die lfd. Nr. 9 – VO-Nr. 16/16 – Elektronischer Rechtsverkehr mit der Justiz – an den Ausschuss für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Immunität und Geschäftsordnung. Weitere Überweisungswünsche liegen mir nicht vor. Das Haus hat damit von den übrigen Verordnungen der Zusammenstellung Kenntnis genommen.

Die lfd. Nrn. 13 und 14 sind bereits durch die Konsensliste erledigt. Die lfd. Nr. 15 haben wir bereits mit der dringlichen Beschlussempfehlung des Hauptausschusses unter Tagesordnungspunkt 11 A aufgerufen.

Ich rufe auf

Vizepräsidentin Karin Seidel-Kalmutzki**lfd. Nr. 16:**

Antrag

Zinslose Darlehen für Ausbildungsbetriebe

Antrag der Grünen Drs 16/0131

Eine Beratung ist nicht vorgesehen. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung an den Ausschuss für Integration, Arbeit, Berufliche Bildung und Soziales und an den Hauptausschuss – wozu ich keinen Widerspruch höre.

Die lfd. Nr. 17 ist bereits durch die Konsensliste erledigt.

Ich rufe auf

lfd. Nr. 18:

Antrag

Netzwerk Kinderschutz im Bereich des Öffentlichen Gesundheitsdienstes sicherer machen

Antrag der CDU Drs 16/0154

Dies wird vertagt und vorab an den Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie – federführend – und an den Ausschuss für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz überwiesen.

Die lfd. Nrn. 19 bis 23 sind bereits durch die Konsensliste erledigt. Die lfd. Nr. 24 haben wir bereits zusammen mit der Aktuellen Stunde unter Tagesordnungspunkt 3 aufgerufen. Die lfd. Nr. 25 steht wieder auf der Konsensliste. Die lfd. Nr. 26 war Priorität der Fraktion der CDU unter Tagesordnungspunkt 4 d. Die lfd. Nr. 27 war Priorität der FDP unter dem Tagesordnungspunkt 4 b.

Ich rufe auf

lfd. Nr. 28:

a) Antrag

Gewalt an Schulen unterbinden – Schulen als Orte der Begegnung und Kommunikation gestalten

Antrag der Grünen Drs 16/0164

b) Antrag

Lernen jenseits des formalen Unterrichts – kulturelle Projekte für alle Schulen ermöglichen

Antrag der Grünen Drs 16/0165

Hierzu wird keine Beratung mehr gewünscht. Der Ältestenrat empfiehlt zu beiden Anträgen die Überweisung an den Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie. – Dazu höre ich keinen Widerspruch.

Die lfd. Nrn. 29 und 30 sind wiederum durch die Konsensliste erledigt.

Ich rufe auf

lfd. Nr. 30 A:

Dringlicher Antrag

Antrag auf Verleihung des Ehrenbürgerrechts an Wolf Biermann

Antrag der SPD Drs 16/0189

Wird der Dringlichkeit widersprochen? – Das ist nicht der Fall. Ein Beratungswunsch ist mir nicht mitgeteilt worden. Vorgeschlagen wird die Überweisung des Antrags Drucksache 16/0189 an den Ausschuss für Kulturelle Angelegenheiten. – Dazu höre ich keinen Widerspruch.

Hinsichtlich des ebenfalls verteilten

Antrags

Änderung der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin

Antrag der SPD und der Linksfraktion Drs 16/0190

haben sich die Fraktionen darauf verständigt, ihn nicht als dringlichen Antrag einzubringen, sondern ihn vielmehr vorab an den Ausschuss für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Immunität und Geschäftsordnung zu überweisen.

Meine Damen und Herren! Damit sind wir am Ende der Tagesordnung der 5. Sitzung des Abgeordnetenhauses von Berlin. Die nächste Sitzung findet am Donnerstag, dem 1. Februar 2007 um 13.00 Uhr statt.

Ich weise Sie nochmals darauf hin, dass vermutlich ab 20.00 Uhr die BVG nicht mehr fahren wird. – Ich wünsche Ihnen einen guten Heimweg und einen schönen Abend.

Die Sitzung ist geschlossen.

[Schluss der Sitzung: 17.40 Uhr]

Anlage 1

Liste der Dringlichkeiten

Lfd. Nr. 5 A: Dringliche II. Lesung

Gesetz zum Staatsvertrag zwischen dem Land Berlin und dem Land Nordrhein-Westfalen über die Übertragung von Aufgaben nach § 9 Absatz 1 und § 10 Handelsgesetzbuch zur Errichtung und zum Betrieb eines gemeinsamen Registerportals der Länder

Beschlussempfehlung Recht Drs 16/0170
Vorlage – zur Beschlussfassung – Drs 16/0101
einstimmig angenommen

Zu lfd. Nr. 15: Dringliche Beschlussempfehlung

Grundstückskauffälle nach dem Verkaufsgesetz vom März 1990 zu landeseigenen Grundstücken

Beschlussempfehlung Haupt Drs 16/0184
Antrag der CDU Drs 16/0114
mehrheitlich abgelehnt gegen CDU bei Enthaltung
Grüne und FDP

Lfd. Nr. 11 B: Dringliche Beschlussempfehlung

Vermögensgeschäft Nr. 21/2006 des Verzeichnisses über Vermögensgeschäfte

Beschlussempfehlung Haupt Drs 16/0185
Vorlage – zur Beschlussfassung – gemäß § 38 Abs. 1 GO Abghs
einstimmig angenommen bei Enthaltung CDU, Grüne und FDP

Lfd. Nr. 11 C: Dringliche Beschlussempfehlungen

Bei der Sanierung der Staatsoper darf der Wowereit-Senat nicht länger kneifen

Beschlussempfehlungen Kult und Haupt Drs 16/0186
Antrag der CDU Drs 16/0057
mehrheitlich in neuer Fassung angenommen
Fachausschuss: gegen CDU, Grüne und FDP
Hauptausschuss: gegen FDP bei Enthaltung CDU und Grüne

Lfd. Nr. 11 D: Dringliche Beschlussempfehlung

Nachträgliche Genehmigung der im Haushaltsjahr 2005 in Anspruch genommenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für die Bezirke

Beschlussempfehlung Haupt Drs 16/0187
Vorlage – zur Beschlussfassung – Drs 16/0102
mehrheitlich angenommen gegen FDP bei Enthaltung CDU und Grüne

Anlage 2

Konsensliste

Der Ältestenrat empfiehlt, nachstehende Tagesordnungspunkte *ohne Aussprache* wie folgt zu behandeln:

Lfd. Nr. 6: I. Lesung

**Gesetz zur Aufhebung des
Straßenausbaubeitragsgesetzes**

Antrag der CDU Drs 16/0063

zurückgezogen

Lfd. Nr. 8 a: I. Lesung

**Zehntes Gesetz zur Änderung der
Verfassung von Berlin**

Antrag der FDP Drs 16/0103

vertagt

Lfd. Nr. 8 b: I. Lesung

**Gesetz zur Änderung der Verfassung von Berlin:
absolute Mehrheit für die Wahl des Regierenden
Bürgermeisters**

Antrag der Grünen und der CDU Drs 16/0109

vertagt

Lfd. Nr. 13: Antrag

**Keine Zustimmung zum Lotteriestaatsvertrag –
Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes
abwarten**

Antrag der FDP Drs 16/0096

an Recht und Haupt

Lfd. Nr. 14: Antrag

Mit Wassertaxis über die Spree

Antrag der FDP Drs 16/0099

an StadtVerk (f) und WiTechFrau

Lfd. Nr. 17: Antrag

**Flächennutzungsplan aus dem Jahr 1994 den
aktuellen Bevölkerungsprognosen anpassen**

Antrag der Grünen Drs 16/0132

an StadtVerk

Lfd. Nr. 19: Antrag

**Ausbau der Beratung und Unterstützung von
Kindern, Jugendlichen sowie jungen Erwachsenen
in schwierigen Lebenslagen**

Antrag der CDU Drs 16/0155

an BildJugFam

Lfd. Nr. 20: Antrag

**Bericht über Berliner Kitaqualität im
bundesweiten und EU-Vergleich**

Antrag der CDU Drs 16/0156

an BildJugFam

Lfd. Nr. 21: Antrag

**Gehörlose bei der Eingliederung in den
Arbeitsmarkt besser betreuen**

Antrag der CDU Drs 16/0157

an IntArbBSoz

Lfd. Nr. 22: Antrag

Hochbegabte brauchen bedarfsgerechte Förderung

Antrag der CDU Drs 16/0158

an BildJugFam

Lfd. Nr. 23: Antrag

**Berlin stellt sich dem Wettbewerb –
professionelles Benchmarking für die
gesamte Verwaltung einführen!**

Antrag der CDU Drs 16/0159

an VerwRefKIT und Haupt

Lfd. Nr. 25: Antrag

**Betreuungsaufsicht sichern –
Kitaufsicht stärken!**

Antrag der FDP Drs 16/0161

an BildJugFam

Lfd. Nr. 29: Antrag

ÖPNV attraktiver machen

Antrag der Grünen Drs 16/0166

an StadtVerk

Lfd. Nr. 30: Antrag

**Öffentliche Beschaffung nach ökologischen
Kriterien – gut für Umwelt, Haushalt und
umweltorientierte Unternehmen!**

Antrag der Grünen Drs 16/0167

an WiTechFrau (f) und GesUmVer

Anlage 3

Beschlüsse des Abgeordnetenhauses**Vermögensgeschäft Nr. 21/2006 des Verzeichnisses über Vermögensgeschäfte**

1. Dem Verkauf einer ca. 12 850 m² großen Teilfläche des Grundstücks Hertzallee 41 in Berlin-Mitte zu den im beigefügten Kaufvertrag vom 19. August 2006 zur Urkundenrolle Nr. 85/2006 des Notars Dr. Matthias Welte in Berlin – in Verbindung mit den Nachtragsvereinbarungen vom 19. September 2006, Urkundenrolle Nr. 100/2006, und 30. November 2006, Urkundenrolle Nr. 176/2006 des vorgenannten Notars – vom Liegenschaftsfonds Berlin vereinbarten Bedingungen wird zugestimmt.
2. Zustimmung zu Mehrausgaben durch die Verlagerung des Wirtschaftshofes der Zoo AG und die Zahlung der Entschädigung für die Entlassung des Kaufgrundstückes aus dem Erbbaurecht durch das Land Berlin gem. Auflagenbeschluss II. A 1 zum Doppelhaushalt 2006/2007, Drucksache 15/4501.

Bei der Sanierung der Staatsoper darf der Wowerit-Senat nicht länger kneifen

Die Sanierung der Staatsoper Unter den Linden ist ein drängendes Anliegen, das angesichts des baulichen und sicherheitstechnischen Zustandes des Hauses keinen Aufschub duldet. Deshalb fordert das Abgeordnetenhaus von Berlin den Senat auf, im Rahmen der Erstellung des Haushaltsplanes 2008/2009 ein Finanzierungskonzept der Sanierung des Hauptgebäudes der Staatsoper Unter den Linden darzustellen.

Nachträgliche Genehmigung der im Haushaltsjahr 2005 in Anspruch genommenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen für die Bezirke

Das Abgeordnetenhaus genehmigt gemäß Artikel 88 Abs. 2 der Verfassung von Berlin nachträglich die von den Bezirken zugelassenen, in der vorgelegten Übersicht – Anlage zur Drucksache Nr. 16/0102 – enthaltenen Haushaltsüberschreitungen der Bezirke in folgender Aufteilung:

Ausgaben	547 389 287,50 €
Verpflichtungsermächtigungen	21 187 916,99 €